

WINDENERGIEGENOSSENSCHAFTEN

Energiewende in Bürgerhand mit neuem Schwung

Gelähmt, handlungsunfähig, paralytisch, blockiert, ohnmächtig – so kann die dezentrale Energiewende zurzeit beschrieben werden. Seit Monaten starren die meisten Akteure gebannt nach Berlin. Sie wollen rechtzeitig wissen, welche weiteren Widrigkeiten die Politik ausbrütet, um Projekte der Erneuerbaren Energien, umgesetzt durch Bürger und Energiegenossenschaften, zu verhindern. Der Elan der letzten Jahre kommt so weitgehend zum Erliegen. Haben die wichtigsten Akteure zur Umsetzung der Erneuerbaren resigniert? Geben sie das Gesetz des Handelns aus der Hand? Wird künftig auf die Umsetzung von Windprojekten im Binnenland verzichtet, obwohl dies grundsätzlich zu den wirtschaftlichsten Lösungen gehört?

VON BURGHARD FLIEGER, REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Mitte des letzten Jahres wurden noch zahlreiche Energiegenossenschaften gegründet mit dem Ziel, Windenergieprojekte auf den Weg zu bringen. Mittlerweile ist es um viele dieser Gründungen still geworden. Die Risiken, bei Vorlaufzeiten von zwei Jahren eine Windkraftanlage oder gar einen Windpark in Betrieb zu bringen, erscheinen kaum noch schulterbar. Schließlich sind seitens der Politik zahlreiche Verhinderungsregelungen in Vorbereitung. Eine verwirrende Gesetzesmaschinerie soll die Energiewende stoppen – begleitet mit den üblichen beschönigenden Begriffen wie Strompreispbremse, atmender Deckel, Ausbaupfad, Energiewende 2.0.

Die Energiewende war aber nie nur ein rechtliches, technisches oder wirtschaftliches Konzept, sondern immer Politik von unten pur. Nirgendwo sonst wurde in den letzten Jahrzehnten so viel Engagement aufgebracht, um »die Welt zu retten«. Die Auswirkungen für die vier Oligopole sind mittlerweile massiv, so dass nur eine Vollbremsung deren weitere Machterosion verhindern kann. Eine solche Vollbremsung lässt sich nur verhindern, wenn »Energie in Bürgerhand« weiterhin durch aktive Projektumsetzungen vorangetrieben wird. Windenergieprojekte durch Genossenschaften nehmen hier einen zentralen Stellenwert ein. CONTRASTE greift das Thema auf und veranschaulicht konkrete Möglichkeiten anhand von Beispielen.

SO GELINGT DER ATOMAUSSTIEG:
ENERGIE IN BÜRGERHAND.



Charta jetzt unterzeichnen: www.die-buergereenergiewende.de

Aufklären über Desinformation

Der Einstieg in das Thema durch Henrik Paulitz zeigt die Perfidität der Kampagnen auf, mit denen die letzten Jahre immer wieder erfolgreich die Energiewende in falsche Bahnen gelenkt wurde. Von der »Desertec«, die Wüstenstromphantasie der Großkonzerne, über die Vorhersage von »Blackouts« bei der Stromversorgung bis hin zur Unbezahlbarkeit der Erneuerbaren wurden und werden immer wieder neue Debatten angezettelt. Sie sollen von den eigentlichen Möglichkeiten und Notwendigkeiten ablenken. Vor allem aber die Gründe der Energiewende – die grundlegende Gefährdung aller Lebensmöglichkeiten auf der Erde – werden immer wieder »vernebelt«.

Der Entmutigung entgegenwirken

Anschließend stehen drei genossenschaftliche Unternehmen im Mittelpunkt der Darstellung. Auf den ersten Blick unterscheiden sie sich elementar. Tatsächlich geht es aber immer um das Thema Kooperation. Zusammenarbeit mit Projektierern und mit anderen Energiegenossenschaften ist der Schlüssel, um Überforderung und Risiken zu verringern. Die Energiegenossenschaft Main-Kinzigtal

▲ Energie in Bürgerhand

Foto: Burghard Flieger

macht vor, wie durch planvolles Vorgehen, frühzeitige Einbindung von Bürgern und die Zusammenarbeit mit einem Projektierer vor Ort der Einstieg in die Windkraftzeugung möglich ist.

Die beiden anderen Ansätze, die Regionalentwicklungsgenossenschaft Baden-Württemberg (REGE BW) und die EGBB Energiegenossenschaft Berlin-Brandenburg setzen stärker auf eine Zusammenarbeit mit anderen Energiegenossenschaften. Sie leisten hier Pionierarbeit, wird doch die Weiterentwicklung der Energiegenossenschaften mittelfristig nur über solche Kooperationsmodelle gelingen. Die Energiegenossenschaft Berlin-Brandenburg plant den Aufbau einer eG & Co. KG, also die Verknüpfung einer Genossenschaft mit ein oder mehreren Kommanditgesellschaften. Damit wird den verbreiteten Pseudobürgerbeteiligungsmodellen in Form der GmbH & Co. KG eine von den Bürgern kontrollierte Alternative entgegengesetzt.

Der Ausklang erfolgt mit praktischen Hilfen. Handlungsanleitungen in Form von Literatur und Informationen über eine Tagung. Auf der Veranstaltung in Essen wird vom 5.-7. März 2014 Energiegenossenschaften das notwendige Praxiswissen zur Verfügung gestellt. Beides rundet den Schwerpunkt zum Handeln wider der Resignation ab. ●

AUS DEM INHALT:

EIN KONGRESS FORDERT: CARE REVOLUTION

Die Aktionskonferenz vom 14.-16. März in Berlin sucht nach Formen eines solidarischen Lebens. Allen soll es möglich sein, miteinander auszuhandeln, wie sie leben und arbeiten wollen.

Wie können kooperative Lösungen aussehen?
Eine Tagung, die feministische Theorien aufgreift und zum Mitmachen und Handeln einlädt. Seite 3

HALLE IM WANDEL

Auf dem Gelände eines zentral gelegenen ehemaligen Schlachthofs werden Visionen einer offenen Nachbarschaft praktiziert. Nachhaltigkeit und solidarisches Miteinander sind hierbei zentral. Seite 3

DRESDEN GEGEN NAZIAUFMÄRSCHE

Unsere Artikel beleuchten unterschiedliche Aspekte der Dresdner Geschichte und positionieren sich gegen eine rechte Vereinnahmung der Vergangenheit. Sichtbar wird, wie es einem breiten Bündnis linksradikaler und breiter gefächerter gesellschaftlicher Kräfte gelingen kann, Grabenkämpfe zu überwinden und gemeinsam Naziaufmärsche zu verhindern. Seite 4 + 5

GRAUZONEN

Handelt es sich bei der Band Frei. Wild um eine Gruppe, die rechte Positionen propagiert?
Eine Nazi-Band? Seite 6

GENOSSENSCHAFTSVERBUND MONDRAGON

Der genossenschaftliche Konzern im spanischen Baskenland hat mehr als 80 000 Beschäftigte. Im Dezember berichteten ReferentInnen der Universität Mondragon in Berlin von der Arbeitsweise des Genossenschaftsverbunds, hierbei wurde die Vielschichtigkeit der Organisation deutlich, auch internationale Aspekte wurden diskutiert. Seite 7

ÜBERNAHME DURCH DIE ARBEITERINNEN

Eine internationale Konferenz in Marseille behandelte die Frage, wie ArbeiterInnen in Zeiten der Wirtschaftskrise ihre Betriebe selbstorganisiert weiter führen können. Ein Vorbild hierfür sind die zahlreichen Projekte in Argentinien, die diesen Weg gewählt haben. Vorhergehende Konferenzen fanden in Lateinamerika statt. Seite 8

GANDHIS UNBEKANNTES KONZEPT

Das alternative ökonomische Modell Gandhis als constructive programme ist weitgehend in Vergessenheit geraten. Doch kann es für die Probleme der Gegenwart relevante Lösungsansätze bieten, die auch für die Transformation von Industriestaaten nutzbar sind. Dezentrale Organisationsformen und ökologische Aspekte spielen eine wichtige Rolle in Gandhis Modell. Seite 9

► www.contraste.org

D 8008

BREAKING NEWS: ++ BUKO ++
BRAUCHT SPENDEN ++ !!! ++
FÜR ++ RADIKAL ++
GLOBAL ++ DENKEN ++
HANDELN ++ !!!



Konto: Verein zur Förderung
entwicklungspädagogischer Zusammenarbeit
Bank: Ex. Darlehensgenossenschaft Kiel
BLZ: 210 602 37, Kto.: 234 389

WWW.BUKO.INFO

BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN

Europäische Bürgerinitiative: »Zu sperrig für Basisbewegungen«

Im Januar endete die »Europäische Bürgerinitiative für ein Grundeinkommen«. Nur etwas über einem Viertel der nötigen Unterschriften sind zusammengekommen. Als Misserfolg verbuchen die InitiatorInnen ihr Projekt dennoch nicht. Aber sie fordern: Bürgerinitiativen auf europäischer Ebene müssen einfacher werden.

SUSANNE SCHWARZ, BERLIN ● In Brüssel wird es um das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) wohl erst einmal ruhig bleiben. Bis zum 14. Januar lief die entsprechende »Europäische Bürgerinitiative für ein Grundeinkommen«. Genau 285.041 Menschen haben unterschrieben. Eine ganze Million hätten es sein müssen, um die Europäische Kommission zur Prüfung der Forderungen zu zwingen – offiziell gilt die Bürgerinitiative also als gescheitert.

Dabei hat die Bewegung im Endspurt noch einen großen Sprung nach vorn gemacht: Allein am letzten Tag wurden 13.629 Unterschriften registriert. Die meisten MitzeichnerInnen kommen aus Deutschland – 40.542 BürgerInnen der Bundesrepublik haben die Initiative unterschrieben. Gemessen an der deutschen Gesamtbevölkerung macht das allerdings nur 0,05 Prozent aus.

In Slowenien haben 0,45 Prozent (absolut: 9.255) der Einwohner die Bürgerinitiative unterstützt, einen größeren Anteil an MitzeichnerInnen hat kein anderes Land. Dabei ist die Debatte um ein Grundeinkommen dort relativ jung – vor Anlauf der Europäischen Bürgerinitiative gab es noch keine slowenische Organisation, die das BGE vertreten hätte. Auch in Kroatien, im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung das Land mit der drittgrößten Beteiligung, wurde eine solche Gruppe erst im vergangenen Jahr gegründet.

Überraschend ist auch das bulgarische Ergebnis: Aus dem südosteuropäischen Land kamen noch in den letzten fünf Tagen der Bürgerinitiative rund 30.000 Unterschriften. Nicht zuletzt ist das auf den bulgarischen Gewerkschaftsverband CITUB zurückzuführen, der sich zuvor für das BGE ausgesprochen hatte. »Die führenden europäischen Medien berichten deswegen nun auch«, sagte Martin Jordo, Pressesprecher der Bürgerinitiative. Dass Gewerkschaften das BGE unterstützen, ist eher die Ausnahme. In deutschen Gewerkschaften etwa findet der Sozialtransfer bislang kaum Zuspruch.

Eine europäische Bürgerinitiative braucht nicht nur insgesamt genügend Stimmen, auch deren Verteilung spielt eine Rolle: Um offiziell als erfolgreich zu gelten, müssen in sieben

der 28 EU-Länder Quoren erfüllt werden, die von der Zahl der entsendeten Europaabgeordneten abhängen. Mit Bulgarien, Slowenien, Kroatien, Belgien, Estland und den Niederlanden wurde das Kriterium für das BGE nur in sechs Ländern erfüllt.

Obwohl weder die erforderliche Gesamtzahl der Stimmen noch alle nötigen Länderquoten zusammengekommen sind, sehen die InitiatorInnen der Bürgerinitiative nicht schwarz für ihr Projekt. Die europäischen AktivistInnen seien nun besser vernetzt, resümieren sie auf ihrer Webseite. »Der Antriebs des vergangenen Jahres wird auch 2014 noch spürbar sein, um das BGE voranzubringen«, sagte Stanislas Jourdan, der die Kampagnenarbeit in Frankreich organisiert hat.

Eine neue europäische Bürgerinitiative zum BGE wird es vorerst nicht geben. »Die derzeitigen Regelungen sind zu sperrig für eine Basisbewegung wie unsere«, kritisiert Jourdan. Ronald Blaschke, stellvertretender Repräsentant der Bürgerinitiative, sieht das ähnlich. »Wir haben gegenüber den Zuständigen in der EU-Kommission deutlich gemacht, dass man die Europäischen Bürgerinitiativen infrastrukturell und materiell-finanziell unterstützen muss«, hatte er gegenüber CONTRASTE im November bereits zum Zwei-Drittel-Stand der Kampagne erklärt. ●

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

ihr haltet nun die Februar Ausgabe in den Händen. Dieses Jahr ist ein besonderes. Mit großen freudigen Schritten nähert sich die CONTRASTE ihrem 30. Geburtstag im Oktober.

2014 hat bereits vielversprechend begonnen: In Hamburg gibt es vielfältige Auseinandersetzungen um Wohnraum und aktive Solidarität mit Flüchtlingen. In Stuttgart werden die Montagsdemonstrationen auch unter einer grünen Landesregierung fortgesetzt. Die Energiewende wird von politischer Seite blockiert, zeitgleich bringen AktivistInnen sie mit neuem Schwung der Öffentlichkeit nah.

In der vorliegenden CONTRASTE sogar mit einem Schwerpunkt zu praktischen Ansätzen, der anregt, die Umsetzung selbst in die Hand zu nehmen. Unterdessen traut sich das Projekt Pizzeria-Anarchia in Wien, sich mit dem Vermieter zu streiten und ist räumungsbedroht. In Marseille gab es eine Konferenz mit den Arbeitern von »fralib«, einer französischen Teefabrik. Sie planen, den Betrieb gemeinsam mit GenossInnen aus Lateinamerika selbstorganisiert zu übernehmen.

In den hiesigen Breitengraden ist es derzeit noch kalt. Dies lädt zum Stubenhocken und Tee-Trinken ein – gemütlich, mit einer Zeitung, die die Welt hinter dem Fenster ins Zimmer lockt.

Wir freuen uns auch 2014 interessante Berichte aus (euren) selbstorganisierten Projekten und Genossenschaften zu erhalten und anregende Beiträge für euch zu verfassen.

Wir berichten, hoffentlich spannend, über Kämpfe und Initiativen für eine solidarische Gesellschaft. Im März findet die Care Revolution -Konferenz in Berlin statt, sowie die Linke Medien Akademie, LiMA. Spannend für alle, die sich für einen linken Journalismus interessieren. Derweil gibt es in Wiesbaden, Hannover, Kiel, Düsseldorf und weiteren Städten Demonstrationen zur Rettung der Energiewende: »Sonne und Wind statt Fracking, Kohle und Atom«. Es bleibt spannend – auch in diesem Jahr.

Viel Spaß beim Lesen,

Ulrike und Antonia

LESERINNENBRIEF

Die Alternative Liste der Universität Köln kritisiert den Arbeitskreis Zivilklausel

Als Reaktion auf den Schwerpunkt zur Zivilklausel an den Universitäten in der Januar Ausgabe der CONTRASTE erreichte uns ein LeserInnenbrief der Alternativen Liste der Universität Köln (ALUK). Es handelt sich um eine Entgegnung auf den CONTRASTE-Beitrag des AK Zivilklausel in diesem Schwerpunkt. Aufgrund der Länge des Briefes und der langen Zitate, die im Brief enthalten sind, veröffentlichen wir an dieser Stelle lediglich eine Zusammenfassung der Kritik.

VON ULRIKE KUMPE, REDAKTION BERLIN ● Der AK Zivilklausel hat dem Senat der Universität Köln einen Antragstext zum Beschluss einer Zivilklausel vorgelegt, der bei der ALUK auf Kritik stößt. Die AL kritisiert die Bezugnahme des AK Zivilklausel auf Völkerfreundschaft, den positiven Bezug auf die Aufklärung, dass die gesellschaftlichen Machtverhältnisse nicht ausreichend thematisiert werden, sowie eine Formulierung, die die WissenschaftlerInnen der Universität zur kritischen Reflexion auffordert. Letzteres

geht der ALUK nicht weit genug. Der Antrag hätte ihrer Ansicht nach ein explizites Verbot enthalten müssen, wie es in einer Unterschriftenliste für eine Zivilklausel an der Universität Köln formuliert war: »Die Universität wirkt für eine friedliche und zivile Gesellschaftsentwicklung. Sie ist selbst eine zivile Einrichtung, betreibt keinerlei Militär- oder Rüstungsforschung und kooperiert nicht mit Einrichtungen des Militärs oder der Rüstungsindustrie.« Die Positionen der ALUK sind auf ihrer alten und neuen Webseite zu finden. In ausführlicher Form ist die Kritik im »Forum« der Zeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Stadtverband Köln, in dem Artikel »Friedliche Wissenschaft ist mehr, als die Anwesenheit einer Zivilklausel« von Dieter Asselhoven, erschienen in der fünften Ausgabe 2013, dargelegt. ●

✉ www.contraste.org/index.php?id=56

✉ LeserInnenbrief in voller Länge: <http://alunikoeln.blogspot.de/2013/11/26/friedliche-wissenschaft-ist-mehr-als-die-anwesenheit-einer-zivilklausel-2>

SPENDEN-UND ABOZÄHLER

Aktion 2014

Liebe UnterstützerInnen, im Januar gab es ein neues Abo, eine neue Fördermitgliedschaft und eine Aufstockung vom Abo zur Fördermitgliedschaft. Leider müssen wir auch acht Kündigungen vermelden.

Und wieder sind viele Spenden eingegangen, zusammen habt ihr 725,50 Euro gespendet. Nun benötigen wir noch 5270,85 Euro, um auch im Jahr 2014 kostendeckend arbeiten zu können.

Noch ein wichtiger Hinweis: Umstellungen von

Normalabos auf Fördermitgliedschaften tragen sehr dazu bei, unser Projekt zu stabilisieren. Bei Eintritt in den Contraste e.V. (Coupon auf dieser Seite) können wir den vollen Beitrag für unser Projekt verbuchen, da die im Abopreis enthaltene Umsatzsteuer wegfällt. Im Förderbeitrag ist der kostenfreie Bezug der CONTRASTE inbegriffen, der Mitgliedsbeitrag kann zudem von der Steuer abgesetzt werden.

Vielen Dank,

Eure CONTRASTE - Redaktion

JETZT CONTRASTE FÖRDERN!

- Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- Mein Mitgliedsbeitrag beträgt Euro pro Jahr (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname

Straße

Wohnort

Datum Abo-Nr:

Unterschrift

Coupon ausschneiden und einsenden an:

CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20
D-69035 Heidelberg



elis.corner (zum letzten Mal)

Jedem Ende wohnt ein Anfang inne...

VON ELISABETH VOSS, REDAKTION SOLIDARISCHE ÖKONOMIE ● Im Oktober diesen Jahres wird CONTRASTE 30 Jahre alt. Wenn ich in alten Ausgaben blättere, habe ich den Eindruck, dass sich viele Fragen nicht so grundlegend verändert haben über die Jahrzehnte. Anders Arbeiten unter den Bedingungen marktwirtschaftlicher Konkurrenz, Selbstverwaltung und informelle Hierarchien, Umgang mit Fördermitteln, Politik und/oder Projekte – all das waren auch damals Fragen, die aus unterschiedlichen Perspektiven und Interessenlagen in unserer Zeitung behandelt wurden.

Wenn ich mich richtig erinnere, war ich 1989 zum ersten Mal auf einem CONTRASTE-Plenum. In der Ausgabe 90 (Juli/August 1990) habe ich wohl meinen ersten Beitrag geschrieben, im Schwerpunkt über die viertägige »Ost-West-Begegnung Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften«, die ich mit einigen anderen in Kleinmachnow (bei Berlin) organisiert hatte. Ab 1991 war ich zuständig für die Fachredaktion Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften. Als ich mich irgendwann nicht mehr als aktives Mitglied dieser Projektwelt verstand, bin ich stattdessen in die Berlin-Redaktion gewechselt. Ein Highlight war für mich die CONTRASTE als taz-Beilage im März 1999, als wir gemeinsam mit Netzwerk Selbsthilfe den Kongress »Anders arbeiten – oder gar nicht?!« organisiert haben. Auch beim Kongress »Wie wollen wir wirtschaften? Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus« 2006 waren wir Mitträger. Seit März 2012 gibt es in Berlin eine wöchentliche CONTRASTE-Radiosendung.

Meine Mitarbeit in der Redaktion war oft aktiv und intensiv, lag aber auch mal über längere Zeit fast brach – je nach Arbeitsbelastung und auch Konfliktlage in der Redaktion. Ich war eine Dazugekommene, und hatte immer ein bisschen das Gefühl: Da gibt es noch andere,

die haben die Zeitung gegründet und sind schon länger dabei, die wissen viel mehr darüber als ich. Im Frühjahr 2013, nach dem plötzlichen Tod unseres Gründers und Zeitungsmachers Dieter Poschen, stand ich plötzlich da als diejenige, die über Manches vielleicht am meisten wusste. Aber es gibt auch noch MitstreiterInnen, die von Anfang an dabei sind, und in der Notsituation wieder aktiver wurden. Gleichzeitig gibt es Neue, denen unsere Zeitung gefällt – nicht auf die leichte Tour, Daumen hoch und das war's (wir sind immer noch nicht bei facebook), nein, ganz aktiv, indem sie mitmachen, Energie und Lebenszeit in unser Zeitungsprojekt einbringen. Das finde ich ein Phänomen, dass es gelungen ist, dass so unterschiedliche Menschen gemeinsam CONTRASTE gerettet haben – mit Unterstützung der LeserInnen und SpenderInnen, die ein wichtiger Teil des Ganzen sind.

Als ich nach dem Sommerplenum im letzten Jahr die Koordination unseres Zeitungsprojekts wieder abgegeben hatte, war ich noch recht zentral im Hintergrund für viele Fragen zuständig oder habe mich nicht zuständig gefühlt. Jetzt ist es für mich an der Zeit, die Verantwortung ganz abzugeben und mich voll und ganz auf meine Themen und Inhalte zu konzentrieren. Darum ziehe ich mich aus allen organisatorischen Dingen zurück und verlasse auch die Berlin-Redaktion. Diesen Platz auf Seite 2 mache ich frei für andere, neue MitredakteurInnen.

Es gibt vieles, das ich spannend finde und was mir Freude macht, für CONTRASTE auszuarbeiten. Viele Themen, die teils schon seit Jahren brachliegen, Interviews, die ich schon immer gerne führen wollte, und kritische Fragen, die mir unter den Nägeln brennen. Das werde ich in meiner neuen Fachredaktion Solidarische Ökonomie ausleben.

Adieu an dieser Stelle und bis bald ... ●

Change of Address !

Neue Adresse oder Bankverbindung?

Leider erreichen uns immer wieder Reklamationen von Leuten, die CONTRASTE trotz Nachsendeauftrag nicht mehr erhalten. Der Postzeitungsvertrieb ist nicht Bestandteil des Nachsendeauftrags, wir erfahren auch nicht, dass die Zeitung nicht zustellbar ist. Die Zustellerin entsorgt diese Monat für Monat, bis sich unsere LeserIn mit einer neuen Anschrift meldet. Deshalb ist es wichtig, uns bei eurem Umzug sofort eure neue Anschrift mitzuteilen! TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren bitten wir bei der Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht, damit die bei einer geplatzen Lastschrift anfallenden Bankgebühren vermieden werden können. Die beteiligten Banken belasten unser Konto mit Gebühren in Höhe von mindestens 5,50 €.

NEU:

Änderungen bitte an: abos@contraste.org senden.

SCHNUPPERABO

3 AUSGABEN FÜR NUR 5 EURO

Online-Bestellung unter:

www.contraste.org

oder einfach das Geld, in Form von Briefmarken oder einem Schein, mit Anschrift und Stichwort »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Lieferungen ins europäische Ausland kosten 10 Euro. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus.

SPENDEN FÜR CONTRASTE

Contraste e.V.
Kontonummer: 515 124 05
BLZ 508 900 00
Volksbank Darmstadt eG

IBAN DE02508900000051512405
BIC GENODEFIVBD

SPENDENTICKER 2014 ✉ Das Zeitungsprojekt benötigt für 2014: 5270,85 Euro

BUCHBESPRECHUNG – MUMIA ABU JAMAL »JAILHOUSE LAWYERS - KNASTANWÄLTE«

Juristischer Kampf um die Freiheit

Der Autor des hier zu besprechenden Buches braucht man kaum näher vorstellen: Mumia Abu Jamal. Journalist, Aktivist, von den USA in einem unfairen Verfahren zum Tode verurteilt und seit Jahrzehnten mit Artikeln und Büchern auch in Deutschland präsent. Das er nach langem juristischem Kampf nicht mehr von der Hinrichtung bedroht ist, macht seine Situation nicht besser. Mit seinem 2013 erschienenen Band »Jailhouse Lawyers – Knastanwälte« setzt er seine unermüdliche Berichterstattung aus den Verliesen des US-Justizsystems fort. Diesmal widmet er sich jenen Männern und Frauen, die sich – in aller Regel im Selbststudium – rechtliche Kenntnisse angeeignet haben, um dem unmenschlichen Haftregime, für welches US-Gefängnisse berüchtigt sind, die Stirn zu bieten. Auf über 262 Seiten führt Abu Jamal nicht nur in die Historie des US-Rechts, unter besonderer Berücksichtigung, der Inhaftierten und auch der Afroamerikaner, ein, sondern stellt anhand einzelner GefangenenanwältInnen und von diesen geführten Verfahren, sehr anschaulich die konkrete Lebenssituation in US-Gefängnissen dar. Besonderes Augenmerk richtet er auf Bill Clinton, der 1996 ein Gesetz unterzeichnete, welches die Rechtsschutzmöglichkeiten der Inhaftierten noch weiter beschränkte. Und hinterfragt kritisch, welche Funktion das Recht im Allgemeinen aber auch im Kontext »Knast« hat. Spannend ist zu verfolgen, wie sich die Bemühungen von US und BRD Politik ähneln, Gefangene medial zu magalisieren und zu diskreditieren.

Anhand jenes erwähnten Gesetzes von 1996 beschreibt der Autor wie eine mediale Hetzkampagne in Gang gesetzt wurde, um durch verzerrte Darstellungen, angeblich die Gericht mit unsinnigen Klagen belästigender Gefangener, den Boden zu schaffen für das »Reformgesetz« zur Beschneidung der Klagemöglichkeit. Ein Vorgehen, das auch in Deutschland praktiziert wird: als 2013 in der niedersächsischen Haftanstalt Rosdorf Sicherungsverwahrung durch einen Hungerstreik auf ihre hoffnungslose Situation hinweisen wollten, wurde medial verbreitet, es ginge im Wesentlichen um einen Kampf um das Verbot von Kaugummi und Backpulver; das heißt die Journalie griff eine Fußnote heraus, um sie zur angeblich zentralen Forderung aufzublasen. 1995/1996, so Abu Jamal wurde in den USA ähnlich agiert: man bezog sich auf eine angebliche Klage eines Gefangenen über ein fehlendes Salatbuffet in der Knastkantine. Dabei ging es in der Klage um die unmenschlichen Haftbedingungen und in einer Nebenbemerkung wurde auch die mangelhafte Ernährung angeführt, und der Hinweis darauf, dass es in den besser ausgestatteten Anstalten Salat zu essen gäbe. Ein unbedingt zu empfehlendes Buch; zumal es nicht nur um die konkreten Lebensbedingungen geht, sondern auch um den juristischen Kampf um die Freiheit. ●

Thomas Meyer-Falk zur Zeit JVA Freiburg
Mumia Abu Jamal »Jailhouse Lawyers – Knastanwälte« erschienen 2013 im Unrast Verlag
Preis 16,00 Euro, ISBN 978-3-89771-046-7

DIE AKTIONSKONFERENZ BETREIBT AUSGEHEND VOM PRIVATEN GESELLSCHAFTLICHE UMWÄLZUNG

Care Revolution: »Das Private ist politisch!«

»Das Private ist politisch!« war ein Slogan der 2. Frauenbewegung. Jetzt nimmt sich ein Zusammenschluss von über 50 Gruppen diesem Slogan wieder an und trifft sich auf der Aktionskonferenz Care Revolution vom 14.-16. März 2014 in Berlin.

VON AK REPRODUKTION, BERLIN ● Doch was umfasst das Private: Wie wir leben? Mit wem wir leben? Und all das was im Privaten erledigt werden muss? Kochen, Einkaufen, Kinder betreuen. Alles Arbeiten, die im Patriarchat an Frauen delegiert worden sind. Und was ist wenn wir krank sind? Oder im Alter? Linksradikale und anarchistische Bewegungen haben hier schon lange Antworten gefunden. Häuser besetzen, Wohnprojekte gründen, in Kommunen leben, all das bietet Möglichkeiten von Veränderungen zwischen Öffentlichem, Lohnarbeitswelt und Privatem und von Verschiebungen zwischen den Geschlechtern. Ein solidarisches Leben, wo die Menschen miteinander aushandeln, was sie brauchen, wer was tun kann, wer welche Arbeit macht, welche Arbeit wichtig ist und: »gemeinsam geht es oft besser«, für einander da

sein und sich unterstützen. All das sind Wünsche und Ideen, die einige ein Stück weit verwirklichen. Doch wie können größere Teile der Gesellschaft, Solidarität und ein an dem Bedarf der Menschen orientiertes Handeln und Arbeiten stärken? Ein Zusammenschluss von über 50 Gruppen und Initiativen versucht das derzeit und nimmt zum Ausgangspunkt einen Begriff, der immer mehr in Mode kommt: Care. Care umfasst alle Formen von Sorge/Selbstsorge und Sorgearbeit, alles was Menschen brauchen, um gut zu leben und gut für sich und andere da zu sein. Konkret denken die Gruppen an Bereiche der Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung, Pflege, Assistenz und an Wohnen. Das sind nur einige Bereiche, doch irgendwo wollten sie einen Anfang machen. Viele Gruppen, die in diesen Bereichen arbeiten oder politisch aktiv sind, kommen in Berlin zur Aktionskonferenz »Care Revolution« zusammen. Sie wollen das Wochenende nutzen, um sich auszutauschen, darüber wie sie in diesen Bereichen politisch aktiv sind und wo sie sich gegenseitig stärken und Tipps geben können oder inwieweit sie Kämpfe aufeinander beziehen können. Die,

die hier zusammenkommen, spannen ein weites politisches Feld, da kommen nicht nur Anarchist_innen und Linksradikale, sondern auch Menschen einer zivilgesellschaftlichen Linken, die sich engagieren und einmischen. Das bedeutet natürlich viel Vermittlung und die Gruppen hoffen auf Offenheit, Interesse, Zuhören und Nachfragen. Nicht nur die eigene politische Linie zu vertreten, die vermeintlich schon verdeutlicht, wo es lang geht, sondern sich auch für Politikansätze neben sich zu interessieren. Neben dieser Vermittlung treffen jedoch auch handfeste Interessenskonflikte aufeinander, denn die Gruppen stehen für unterschiedliche Positionen im Care-Bereich. So treffen Pflegekräfte im Krankenhaus auf Partient_inneninitiativen, Erzieher_innen auf Elterninitiativen, also Gruppen, die sich für bessere Bedingungen im Care-Lohnarbeitsbereich einsetzen auf Gruppen, die sich gegen Diskriminierung, für mehr Sichtbarkeit und Verbesserungen der Pflege und Sorge einsetzen. Das verspricht spannend zu werden, denn in einem »guten Leben für Alle« braucht es Formen, diese Interessensgegensätze zu formulieren und auszu-

handeln, ohne dass der Stärkere oder die Mehrheit sich durchsetzt. Gesellschaftliche Aushandlungsprozesse im Konsensprinzip sollen versucht werden, das ist ein ganz schön hoher Anspruch. So ist auch hier Offenheit, Fehlerfreundlichkeit und solidarische Kritik gefragt. Welche Gruppen dies wagen, kann auf der Webseite der Aktionskonferenz nachgelesen werden. Doch es geht nicht nur um punktuelle Verbesserungen, sondern um grundsätzliche Veränderungen. Denn: Ein gutes Leben ist mit dem Kapitalismus nicht zu machen. Darum: Care Revolution! ●

INFO

Aktionskonferenz Care Revolution:

14.-16. März 2014, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, weitere Informationen:

☞ <http://care-revolution.site36.net/>

Anmeldungen an:

☞ care-revolution@riseup.net

HALLE IM WANDEL EG STELLT SICH VOR

Nachbarschaftsvisionen

Seit April diesen Jahres gibt es die Genossenschaft »Halle im Wandel eG« und die Idee, auf dem Gelände des »Alten Schlachthofs« an der Freimfelder Straße eine nachhaltige und für alle offene Nachbarschaft zu errichten. Um diese konkrete Vision zu verwirklichen, braucht die Genossenschaft »Halle im Wandel« viele Mitstreiter. Jeder, der sich beteiligen möchte, ist herzlich dazu eingeladen.

VON NILS WAGNER, HALLE ● Das Vorbild für diese Umwandlung eines großräumigen Denkmals der industriellen Revolution in modernen urbanen Lebensraum ist die Initiative »Neustart Schweiz«.

Für dieses Vorhaben wäre das 5,5 Hektar große und seit 1991 ungenutzte alte Schlachthofgelände in Halle ideal, denn es liegt mitten in der Stadt und bietet genug Raum für die verschiedensten Nutzungen.

Ausgangspunkt für diese Bewegung und auch für »Halle im Wandel« ist das Problem des enormen Ressourcenverbrauchs, das durch unsere Art zu wohnen, den Verkehr und die Nahrungsmittelproduktion entsteht. Dies sind keine auf Halle beschränkten Probleme und eine Nachbarschaft mit 500 bis 1000 Bewohnern in Halles Osten wird die Welt allein nicht retten können. Aber es ist wichtig, im eigenen Lebens- und Arbeitsumfeld aktiv zu werden, anstatt den ökologischen und gesellschaftlichen Problemen ohnmächtig zuzusehen. Denn für jede der Hauptquellen des zu hohen Ressourcenverbrauchs gibt es praktikable Alternativen.

Der Verein »Neustart Schweiz« will Nachbarschaften errichten, in denen das Leben lokaler, synergetischer und gemeinschaftlicher wird. Es geht darum, den Herausforderungen der Zukunft – Peak Oil, Klimawandel, ökonomische Krisen, verschwindende Lohnarbeit, Verknappung von Kulturland, Wasser und anderen Ressourcen – mit einer Ressourcen schonenden Lebensweise ohne Verlust an Lebensqualität zu begegnen. Diese multifunktionalen Nachbarschaften haben den Vorteil, sich aus der näheren Umgebung versorgen zu können. Dadurch fallen lange und energieintensive Transporte weg. Alle nötigen Dienstleistungen und Einrichtungen sollen durch nur wenige Stunden Arbeitseinsatz im Monat aller BewohnerInnen zur Verfügung stehen und so auch für Menschen mit kleinem Einkommen erschwinglich sein. Investitionen in eine nachhaltige Infrastruktur sind ein Beitrag zur Überwindung der wiederkehrenden Finanzkrisen. Sie schaffen ein System, das unabhängig von Marktschwankungen funktioniert und ein sozial abgestütztes Auffangsystem gegen äußere Schocks darstellt.

Solche Ideen können im kommunalen Rahmen auf große Unterstützung treffen – das zeigt das Beispiel der Stadt Zürich: In einer Abstimmung haben 76% der Bevölkerung dem Ziel, eine 2000-Watt-Gesellschaft zu werden, zugestimmt. Und seit 2008 ist die Umsetzung dieses Vorhabens bis 2050 in der Gemeindeordnung verankert. Es geht dabei um eine Energienutzung, die die Ressourcen der Erde nicht wie heute übermäßig belastet. Es soll ein Niveau erreicht werden, das eine global gerechte Energienutzung aller Menschen auch in Zukunft ermöglicht. Das bedeutet neben der nachhaltigen und gerechten Ressourcennutzung auch den CO₂-Ausstoß auf unter eine Tonne pro Kopf und Jahr zu reduzieren, wozu rein rechnerisch sogar eine 1000-Watt-Gesellschaft nötig wäre, um den Klimawandel zu stop-



▲ Gelände des alten Schlachthof in Halle

pen. Allerdings sind diese Ziele bei unserer gegenwärtigen Lebensweise, ohne Komfortverlust und nur mithilfe nachhaltiger Energiequellen nicht zu erreichen. Es bedarf also anderer Formen des Zusammenlebens!

Die Genossenschaft »Halle im Wandel« greift all diese Überlegungen auf. Schon bei der Errichtung der Nachbarschaft wird Wert auf nachhaltiges Bauen gelegt. Der Nutzung bestehender Gebäude wird Vorrang vor Neubauten gegeben und mit erneuerbaren und recycelten Materialien sollen PlusEnergie-Häuser entstehen. Das sind Häuser, die – z. B. mithilfe von Fotovoltaik – mehr Energie produzieren als sie verbrauchen.

Das Gelände liegt mitten in der Stadt und ist somit sehr gut an den öffentlichen Nahverkehr angebunden. Für Situationen, in denen die Straßenbahn oder das Fahrrad nicht ausreicht, kann man Carsharing betreiben und somit lässt sich das Gelände nebenbei auch noch autofrei gestalten. Alle Einrichtungen und Dienstleistungen, die für das tägliche Leben wichtig sind, sollen innerhalb der Nachbarschaft zur Verfügung stehen. Sie werden gemeinschaftlich betrieben und genutzt.

Und auch die Versorgung der Bewohner mit Nahrungsmitteln will die Genossenschaft in die eigenen Hände nehmen. Durch die Nutzung von ca. einem Hektar des Geländes als Anbaufläche in Kombination mit Ökolandbau in der Region auf weiteren 80 Hektar soll die Versorgung der Bewohner ohne lange Transportwege gewährleistet werden und gleichzeitig eine Rückkopplung an die Natur entstehen.

Aber diese Nachbarschaft will nicht nur ökologische Ziele verfolgen, sondern auch gesellschaftliche Probleme, wie soziale Ungerechtigkeit und Ausgrenzung, aktiv bekämpfen. Ziel ist es, Lebensbereiche nicht zu entkoppeln, sondern Menschen zu vernetzen und

zusammenzubringen. Jeder Mensch soll sich eingeladen fühlen und jede/r MitstreiterIn soll Raum für die Verwirklichung eigener Ideen haben, sich selbstbestimmt ausprobieren und entwickeln können. Das Projekt »Alter Schlachthof« möchte einen Ort schaffen, an dem integratives Leben möglich ist, ein gemeinschaftliches, heterogenes Zusammenleben von Jung und Alt, von Menschen unterschiedlicher Herkunft und aus unterschiedlichen sozialen Lagen. Und gleichzeitig soll diese Nachbarschaft fest im Leben des Stadtteils Halle Ost verankert sein. Sie ist der Versuch, der Zersiedelung der Stadt entgegenzuwirken und möchte dem Viertel und der ganzen Stadt neue Perspektiven bieten.

Zu dieser Art des Zusammenlebens gehört es auch, kooperative Beziehungen statt Konkurrenz untereinander herzustellen. Das gemeinsame Wirtschaften in dieser Nachbarschaft soll nicht gewinnorientiert sein, sondern auf Gemeinwohlökonomie basieren. Tauschen und Reparieren sollen übermäßigen Konsum ablösen, durch die Nutzung von Umsonstladen, Reparaturcafé oder Tauschmarkt. Außerdem soll das lokale Gewerbe, das Handwerk und die Landwirtschaft gefördert werden, damit ein Regionalmarkt entsteht, der der Zersiedelung unserer Stadt entgegenwirkt.

Die derzeitige Hauptaufgabe ist, eine Anschubfinanzierung für das Projekt auf die Beine zu stellen. Dazu befindet sich die Genossenschaft bereits in Gesprächen mit dem Verwalter des Geländes und der Stadt Halle, die dankenswerter Weise Interesse an einem Nutzungskonzept für das Schlachthofgelände gezeigt hat. Da der Weg bis zur fertigen Nachbarschaft lang ist und einige Zeit in Anspruch nehmen wird, sind verschiedene Zwischennutzungen in Planung: Es soll bereits mit der urbanen Landwirtschaft begonnen und ein Stadtgarten eingerichtet werden. Außerdem will die Genossen-

schaft Bau- und Bastelworkshops organisieren und eine Recyclingwerkstatt ins Leben rufen. Das Projekt Alter Schlachthof beginnt bereits jetzt, die Stadt zu verändern. Das zeigt sich durch bereits bestehende Kooperationen mit anderen Einrichtungen in der Gegend, wie z. B. der Freiraumgalerie.

Eine Möglichkeit das Projekt zu unterstützen ist, der Genossenschaft beizutreten. Der Genossenschaftsanteil wurde während der 2. Generalversammlung am 4. November auf 50 Euro gesenkt. Aber natürlich sind auch alle anderen Arten des Engagements, jede Art von Unterstützung und alle Ideen, die der Verwirklichung dieses Projektes helfen können, willkommen! ●

Genossenschafter werden:

☞ www.genossenschaft.hallesche-stoerung.de

weitere Informationen:

☞ www.2000watt.ch

☞ www.neustartschweiz.ch

INFO

ANZEIGEN

»Alles was zählt...«
Nicht nur an Weihnachten



SPENDET
für inhaftierte Genossinnen
und Genossen!

IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39 0001
Kontonummer: 260502739 0022 260 500 01 Sparkasse Göttingen
Verwendungszweck: Weihnachtshilfe

SOLIDARITÄT
www.rote-hilfe.de

Foto: privat

NAZIAUFMÄRSCH IN DRESDEN

Ende eines Mythos

Seit Ende der 90er Jahre nutzten Nazis verschiedener Spektren die Gedenkfeiern anlässlich des Jahrestags der Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945 als Plattform für geschichtsrevisionistische Propaganda. Hinter der vordergründigen »Trauer um die deutschen Opfer« wurde mit Begriffen wie »Bombenholocaust« und »eliminatorischer Antigermanismus« die Bombardierung Dresdens mit der Shoah gleichgesetzt. Anfangs nahmen Nazis zunehmend an den offiziellen Trauerfeiern der Stadt teil. Doch schon bald organisierten sie eigene Aufmärsche. Innerhalb weniger Jahre stieg die Teilnehmerzahl an diesen »Trauermärschen« auf über 6.000 an. Der Aufmarsch in Dresden wurde zum größten regelmäßigen Naziaufmarsch in Europa. Der Autor war Aktivist in Dresden und gibt in seinem Artikel seine Einschätzungen zur Ausgangslage und den Entwicklung des Widerstands gegen den Naziaufmarsch in Dresden wieder.

VON MALTE JOHNSEN, HANNOVER ● Das offizielle Gedenken der Stadt Dresden bot den Nazis viele Anknüpfungspunkte. Losgelöst vom Kontext des Nationalsozialismus, des faschistischen Angriffskrieges und der Vernichtungspolitik wurde nicht einfach nur den deutschen Opfern gedacht, es fand eine regelrechte Opferinszenierung statt, deren Aufhänger der Mythos von Dresden als »unschuldiger Kulturmetropole an der Elbe« war. So wundert es wenig, wenn im Allgemeinen kein Problem in der Teilnahme von Nazis an den offiziellen Veranstaltungen und Märschen bestand. Die Ansichten zur Bombardierung Dresdens waren sich doch nur allzu ähnlich.

Antifaschistische Proteste vor Ort zeigten vor allem eine grundsätzlich ablehnende Position zu jeglicher Form des Gedenkens und begrüßten offen die Bombenangriffe. Dies war wenig geeignet, um breitere Unterstützung innerhalb Dresdens zu erreichen. Nicht zuletzt ist die alles andere als zentrale Lage Dresdens schwierig für eine große überregionale Mobilisierung. So blieb der Widerstand marginal.

Erste Schritte

Vor Ort gründete sich die Gruppe »No Pasarán!«. Dies sollte bald der Name des im Frühjahr 2008 gegründeten überregionalen Aktionsbündnisses werden. Ziel war die effektive Störung, Behinderung und schlussendlich dauerhafte Verhinderung der Naziaufmärsche in Dresden. Hierzu mussten neue Konzepte gefunden werden, um eine breitere Mobilisierung und die Einbeziehung der Bevölkerung vor Ort zu schaffen. Man gab sich zurückhaltend mit einer Kritik am Gedenken selbst, konnte aber nur unwesentlich gesellschaftliche Kräfte erreichen.

Als Ergebnis der Mobilisierungsbemühungen fand 2009 eine Gegendemonstration mit etwa 4.000 TeilnehmerInnen statt. Das Ziel, die Route der Nazis zu erreichen und zu blockieren konnte aber ebenso wenig erreicht werden wie eine Beteiligung über das linksaktivistische Spektrum hinaus. Zwar gab es eine bürgerliche Protestveranstaltung mit circa 8.000 TeilnehmerInnen, jedoch kam es zu keinerlei gemeinsamer Aktion.

Aus Fehlern lernen

Es wurde die Notwendigkeit gesehen, den Widerstand auf deutlich breitere Füße zu stellen. Mehr gesellschaftliche Gruppen mussten erreicht und einbezogen werden. Der wesentliche Punkt war, Transparenz zu schaffen, klar zu benennen, was erreicht werden soll und wie dieses erreicht werden kann. Das Schlagwort war »Massenblockaden«, also blockierende Menschen und keine Materialblockaden. Doch wie sollte es gelingen, deutlich mehr Menschen zu erreichen, zivilen Ungehorsam auszuüben und sich den Nazis in den Weg zu stellen?

Ein erster wichtiger Schritt war die Veranstaltung eines Kongresses im Herbst 2009 in Dresden, bei dem 250 TeilnehmerInnen aus verschiedenen Spektren auch unter öffentlicher Beteiligung über Möglichkeiten des effektiven Widerstands berieten. Aus diesem Kongress ging das lokale Bündnis »Nazifrei - Dresden stellt sich quer« hervor. Eine Willenserklärung zum Blockieren des Aufmarsches 2010 wurde verabschiedet.

In der Folge fanden bundesweit viele weitere regionale und überregionale Bündnistreffen und Veranstaltungen statt. Unterstützung durch gesellschaftliche Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen wurde gesucht. Und immer wieder wurde offen für zivilen Ungehorsam in Form von Blockaden geworben. Hierzu wurden bundesweit eine Vielzahl von Aktionstrainings als Vorbereitung veranstaltet.

Möglichen Versuchen, den Widerstand in legitimen friedlichen Protest und potentiell verfassungsfeindli-



▲ »Come together. Dresden und der 13. Februar«, Regie: Barbara Lubich, D 2012

Foto: privat

che, gewaltbereite Kräfte, zu spalten, wurde von Anfang an offensiv entgegengetreten. Alle Beteiligten einigten sich auf eine gemeinsame Erklärung zum Aktionskonzept. Dieses besagte, dass der Aufmarsch entschlossen blockiert und von den Blockaden keine Eskalation ausgehen wird, aber man solidarisch mit allen ist, die den Aufmarsch verhindern wollen. Diese Erklärung bildete die Grundlage, fortschrittliche zivilgesellschaftliche Kräfte zu erreichen und zu mobilisieren.

Auch die politische Kritik am Gedenken deutscher Opfer insbesondere, aber nicht nur, in Dresden wurde deutlicher. Nicht nur der Nazi-Aufmarsch sondern auch die Bedeutung von geschichtspolitischen und gesellschaftlichen Prozessen wurde öffentlich thematisiert.

2010: Der erste Erfolg und die Folgen

Wohl kaum jemand hatte damit gerechnet, dass der erste Versuch von Massenblockaden ein derartiger Erfolg werden würde. Die Blockadepunkte wurden frühzeitig und ohne wesentlichen Widerstand etabliert. Zum Teil konnten die Buskonvois direkt bis zu ihren Punkten fahren. Schon am frühen Morgen war der Startpunkt der Nazis, der Neustädter Bahnhof, komplett blockiert. An weiteren Stellen, die als Ausweichorte hätten dienen können, standen ebenfalls Blockaden. So waren die Nazis den ganzen Tag nicht in der Lage, den Bahnhofplatz zu verlassen. Auch vereinzelt Gruppen von Nazis, die in der Stadt unterwegs waren, um sich körperlich auszuagieren, konnten keine Erfolge gegen die AntifaschistInnen erzielen, die an diesem Tag das Stadtbild dominierten. Und dieses Bild war wie angestrebt sehr bunt. Die Blockaden setzten sich zusammen aus allen irgendwie antifaschistisch eingestellten Spektren: Linksradikale, diverse Parteien und Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Gruppen und Organisationen und eben auch Dresdener Bevölkerung.

In der Folge klagten die Veranstalter des Naziaufmarsches und bekamen vor Gericht recht. Die Polizei habe sich nicht ausreichend dafür eingesetzt, ihr Recht auf Versammlungsfreiheit zu schützen und den Aufmarsch zu ermöglichen. Vom Gericht erging die Aufforderung, im Folgejahr eine räumliche Trennung beider Demonstrationen durchzusetzen. Es zeichnete sich ab, dass der antifaschistische Widerstand es das nächste Mal nicht so leicht haben würde.

Bedeutender für den Widerstand war aber die Mobilisierungskraft, die der Erfolg 2010 zeigte. Die Unterstützung für die Massenblockaden wuchs rasant an. Immer mehr Gruppierungen und Organisationen beteiligten sich an der Vorbereitung für 2011. Die Anzahl der bundesweit organisierten Busse überstieg sehr bald die 200. Wo die Konvois vorher noch regional organisiert waren, stellten jetzt mitunter einzelne Städte einen eigenen Konvoi.

2011: Jetzt kommt's drauf an!

Das Polizei-Konzept der räumlichen Trennung sah die Elbe als Trennlinie vor. Die Nazis sollten in der südlich gelegenen Innen- und Altstadt mit dem Hauptbahnhof als Ausgangspunkt, die AntifaschistInnen in der nördlich gelegenen Neustadt demonstrieren können. Da ein symbolischer Protest nicht in Frage kam, galt es also auf die Südseite zu gelangen und den Hauptbahnhof in alle Richtungen abzusperren. Um dies zu verhindern, errichtete die Polizei Sperren an allen südlich gelegenen Autobahnabfahrten, um Buskonvois frühzeitig stoppen und umleiten zu können.

Das Polizeiaufgebot reichte aber nicht, um tausende entschlossene AktivistInnen daran zu hindern, die Busse zu verlassen und die rund 10 km entfernte Altstadt zu Fuß zu erreichen. Dieses Unterfangen stellte sich nicht gerade leicht dar. Keiner der Demonstrationzüge erreichte einen Blockadepunkt ohne zumindest einseitig ausgetragene körperliche Gewalt. Der Akti-

onskonsens, nicht mit der Eskalation zu beginnen und nicht darauf einzusteigen, hielt dieser Belastungsprobe aber fast uneingeschränkt stand.

Schließlich gelang es etliche strategische Punkte rund um den Hauptbahnhof, darunter auch den Bahnhofsvorplatz und die Straße auf der Rückseite, zu besetzen und über Stunden zu blockieren. Dadurch wurde dieser als Startpunkt eines Aufmarsches unmöglich gemacht. Um den Nazi-Aufmarsch noch zu ermöglichen, wurden am frühen Abend Sonderzüge bestellt, welche die Nazis nach Dresden-Plauen brachten. Durch umgehende Information aller Blockadepunkte und schneller Entscheidungen an diesen war der Ausweichort aber innerhalb kürzester Zeit von AktivistInnen abgeriegt. Die Nazis kamen keine hundert Meter weit.

Und das war dann auch das Ende der Naziaufmärsche für 2011 und die Folgejahre.

Das Geheimnis des Erfolges

Abschließend stellt sich die Frage nach den Faktoren, die zu einem derartigen und offen gesagt vielfach unerwarteten Erfolg führten. Die Ausgangslage in Dresden war weder einladend, noch erfolgversprechend: Zu ablegen am Rand der Karte der BRD, zu gering die antifaschistische Organisation vor Ort, zu emotional besetzt das Gedenken an die eigenen Opfer, um hieran einfach Kritik zu üben. Antifaschistischer Protest wurde zuvor als ungerechtfertigte Störung des stillen Gedenkens angesehen. Nicht zuletzt haben wir es mit dem größten regelmäßigen Naziaufmarsch in Europa zu tun.

Zuerst einmal steht meines Erachtens außer Frage, dass das Konzept der Massenblockaden in Dresden das Mittel der Wahl war, um sich effektiv den Nazis in den Weg zu stellen, ihnen den Aktionsraum zu nehmen. Daher will ich versuchen, die wesentlichen Faktoren für das Gelingen dieser Blockaden heraus zu stellen.

Unabdingbar für Massenblockaden ist es natürlich, eine Masse zu erreichen und von dieser Aktionsform zu überzeugen. Das Schlagwort musste eine Plattform bekommen, in die öffentliche Diskussion gebracht werden. Zunächst wurden Bündnispartner aus verschiedensten Spektren gesucht, die das Vorhaben unterstützen. Zusammen wurde ein verbindlicher Aktionskonsens ausgehandelt, der allen Beteiligten darlegt, worauf sie sich einlassen. Mit diesem Aktionskonzept wurde dann die Öffentlichkeit gesucht. Mobilisierungsvideos wurden im Internet veröffentlicht, Interviews und Filmberichte folgten, die Presse wurde zu öffentlichen Aktionstrainings eingeladen. Bundesweit fanden Informationsveranstaltungen statt. Der Schlüssel war Transparenz. Es wurde gezeigt, was geplant ist, wie es erreicht wird und worauf sich jede und jeder einlässt. Und nicht zuletzt wurde begründet, warum dies der Weg zum Erfolg ist und warum dieser legitim ist. Die Kampagne erzielte breite Zustimmung für Methoden des zivilen Ungehorsams zur Verhinderung von Nazipropaganda. Das bereitete den Weg für ein breites Bündnis gesellschaftlicher wie linksradikaler Kräfte. Die Solidaritätserklärung gegenüber allen, die den Aufmarsch verhindern wollten, wirkten einer Spaltung des Widerstandes in unterschiedliche Lager entgegen und ermöglichte gemeinsamen Protest.

Um die Unternehmung zum Erfolg zu führen, reicht allein die Mobilisierung nicht aus. Es braucht bundesweite, überregionale, regionale und lokale Organisation und Vernetzung. Die verschiedenen Buskonvois und Demonstrationen mussten koordiniert werden sowie Kommunikation und Informationsweitergabe. Bei der Größe der Mobilisierung zu Dresden war dies eine gewaltige Aufgabe, die aber überaus gut bewältigt wurde.

Was alle Organisation und Planung vorausgesetzt und schlussendlich zum Erfolg führt, ist die Entschlossenheit, diese Aktion durchzuführen. Wie es wohl bei fast allen Aktionstrainings zu Blockaden gesagt wird: Es geht nicht um den Heldenmut Einzelner, sondern um die Entschlossenheit aller. ●

INFO Mythos Dresden

Der Mythos von Dresden als unschuldiges Opfer eines nicht gewollten Krieges, als einzigartige Katastrophe, ist genauso alt wie die Bombardierung. Umgehend nutzte das NS-Regime die Angriffe für die Propaganda eines »Vernichtungskrieges gegen Deutschland«. Wurden nach Gründung der DDR die Luftangriffe anfangs noch als notwendiges Mittel zur Befreiung vom Faschismus begrüßt, deutete man sie später um zur »antisowjetischen Machtdemonstration«. Dies sollte die Frontstellung im Kalten Krieg unterstützen, festigte aber auch die Opferinszenierung der DresdnerInnen. In Westdeutschland hielt sich die These vom unnötigen Angriff ungebrochen. So wurde in West wie Ost die Bombardierung Dresdens aus dem Kontext des Krieges gegen ein faschistisches Deutschland gelöst.

Die Bombardierung Dresdens diente immer wieder der Relativierung der deutschen Kriegsschuld und dem Aufbau eines deutschen Opferbilds. Kern des Mythos ist die Legende einer unschuldigen Stadt, die quasi unverschuldet und unvorhersehbar Opfer alliierter »Verbrechen« wurde. Dresden wird als doppeltes Opfer sowohl des Nationalsozialismus, als auch der alliierten Bomben inszeniert. Ignoriert wird die grundlegende Tatsache, dass der Krieg von Deutschland ausging und nun auf den Verursacher zurückfiel. Hier ist nur schwerlich von Unschuldigen zu sprechen. Darüber hinaus wird aber verschwiegen, dass Dresden eben nicht nur eine Stadt des Bürgertums und der Kultur war, sondern durchaus wesentliche strategische Bedeutung hatte. Dresden war die zweitgrößte Garnisonstadt mit einem autarken Militärstadtteil, verfügte über bedeutende Rüstungsindustrie und eine Offizierschule und war logistisches Drehkreuz für Transporte an die Front im Osten und in die Vernichtungslager. Als ergänzende Randnotiz zur Behauptung, der Krieg wäre doch zum Zeitpunkt der Bombardierung eigentlich schon entschieden gewesen: Dresden wurde nach zweitägigen Kämpfen mit über 2.000 Toten am 8. Mai 1945 von der Roten Armee eingenommen.

Jetzt könnte der Mythos Dresden als ärgerliches Beispiel für ein paar unverbesserliche Ignoranten gesehen werden. Dabei müsste aber der Kontext und das Ausmaß der Inszenierung missachtet werden, ebenso wie der damit verbundene gesellschaftliche Diskurs. Mit großer Zustimmung wird seit Jahren ein neues Geschichtsbild präsentiert, in dem die Deutschen sich auch als Opfer sehen dürfen. Wirklichen Nazis begegnet man in medialen Aufbereitungen in Form von Fernsehfilmen oder »Geschichts-Infotainment« kaum. Es geht um deutsche Schicksale einfacher Menschen, die schuldlos Opfer der Umstände werden. Der Mythos Dresden wirkt in bedeutender Weise mit an der Bagatellisierung der NS-Verbrechen, in dem die Stadt auf eine Stufe mit Städten wie Warschau, Rotterdam und Coventry gestellt wird, die von den deutschen Aggressoren zerstört wurden. Diese Sichtweise dient einem geschichtspolitischen Normalisierungsprozess. Real existierender Sozialismus und Faschismus werden als »totalitäre Systeme« gleichgesetzt, historische, soziale und politische Ausgangsbedingungen werden hier ebenso ignoriert wie konträre Zielsetzungen. Das Besondere des Nationalsozialismus und die Einzigartigkeit der Shoah verschwinden in einem sogenannten Europa der Diktaturen. An diese Prozesse können nicht nur Nazis mit ihrer Propaganda leicht anknüpfen. Innenpolitisch wird die Extremismustheorie genutzt, um linke AktivistInnen auf eine Stufe mit Nazis zu stellen, außenpolitisch kann das »geläuterte Deutschland« wieder Kriege führen.

Aus allen diesen Faktoren ergibt sich für Dresden eine besondere Rolle sowohl für die Propaganda der Nazis als auch für eine linke Kritik an gesellschaftlichen Diskursen. Es war wichtig, den Nazis die Plattform Dresden zu nehmen und ebenso wichtig und richtig ist es, deutliche Kritik an der bürgerlichen Gedenkkultur zu üben und derartigen Relativierungen auf allen Ebenen entgegen zu treten. -maj-

weitere Informationen:

www.mdr.de/damals/archiv/artikel94964.html

www.dresden.de/media/pdf/infoblatt/Historikerkommission_Dresden1945_Abschlussbericht_V1_14a.pdf

www.frauenkirche.de

Empfehlungen:

»Come Together. Dresden und der 13. Februar«, Regie: Barbara Lubich, D 2012, ab Herbst als DVD erhältlich, bis dahin in ausgewählten Programmkinos zu sehen »Gedenken abschaffen – Kritik am Diskurs zur Bombardierung Dresdens 1945« AutorInnenkollektiv »Dissonanz«, Verbrecher Verlag Berlin 2013, ISBN 978-3-943167-23-8

Attack of the Monster-Lizzard, Kurzfilm/Animation, Regie/Gestaltung: Falk Töpfer, Paul Barsch, Produktion und Copyright: Balance Film GmbH, 2006

GESCHICHTE(N)

Dresden und der 13. Februar

Der Autor war sicher nicht einer der ersten Aktivisten, die das Problem erkannt und etwas unternommen haben, aber nah genug am Geschehen, um an dieser Stelle darüber zu berichten.

VON REINHARD LICHTENHAHN, DRESDEN ● Das Gedenken an die Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg wurde ab Ende der 90er Jahre von neonazistischen Gruppierungen immer stärker für Großdemonstrationen in Form von Aufmärschen genutzt, und dem wurde von offizieller Seite, dem Stadtrat, der Stadtverwaltung und der Landesregierung einschließlich deren federführender Partei, der CDU, tatenlos zugesehen.

Nach einigen Blockadeversuchen ab 2005 gelang den Gegendemonstranten aus dem antifaschistischen Spektrum erst im Jahr 2010 nach bundesweiter Mobilisierung, durch ihre zahlreiche Anwesenheit, die Marschroute zu blockieren und so den Naziaufmarsch, der sich zum bedeutendsten in ganz Europa entwickelt hatte, zu verhindern. Es ist mir eine Herzensangelegenheit, den vielen AktivistInnen, die geholfen haben, den braunen Spuk einzudämmen und in die Schranken zu weisen, ein grosses Dankeschön auszusprechen.

Zum Geschehen

Die Dresdner Innenstadt wurde am 13./14. Februar 1945 durch englische und amerikanische Bomberverbände weitgehend zerstört. Es kamen ca. 25.000 Menschen ums Leben. Die Stadt Dresden setzte im Jahr 2004 eine Historikerkommission ein, in deren Abschlussbericht sie die Opferzahlen veröffentlichte, auf die ich mich beziehe. Das Bombardement, das kurz vor Kriegsende die bis dahin vom Krieg fast verschont gebliebene Großstadt traf, kam keineswegs plötzlich, Immerhin wütete der Krieg bereits seit 5 Jahren und es traf auch keine »unschuldige« Stadt, wie oft behauptet.

Dresden war wie viele andere Großstädte betroffen, als der Krieg, der hier seinen Ausgangspunkt hatte, nach Deutschland zurückkam. Die Stadt steht auf Platz 12 der Liste der zerstörten Städte in Deutschland hinter Pforzheim, Hamburg, Magdeburg und anderen, und doch wird keine andere Stadt in diesem Zusammenhang mit größerem Grauen in Verbindung gebracht. Die unglaublich effektive Propagandamaschinerie der Nationalsozialisten, die noch 1945 den Mythos der unschuldigen Kunst- und Kulturstadt mit 300.000 Toten begründete, ist eine der Wurzeln der bis heute andauernden Missverständnisse und Fehlinterpretationen.

Durch den Wiederaufbau in den 1950er/60er Jahren – ausgenommen die sehr zentral gelegene Frauenkirche mit ihrem Umfeld, dem Neumarkt – wurden zwar viele architektonischen Wunden geschlossen, doch die Traumata der Menschen blieben.

Die DDR-Geschichtsschreibung nahm es mit den Opferzahlen nicht so genau. Ein paar mehr konnten nicht schaden, denn im Kalten Krieg, und in der Auseinandersetzung zwischen Ost und West kamen sie ganz recht, um die »Aggressivität des Imperialismus« zu unterstreichen.

In den 1980er Jahren formierte sich auch in der DDR die Friedensbewegung und Dresden spielte dabei eine wichtige Rolle. Hier fanden die AktivistInnen in der Ruine der Frauenkirche einen geeigneten Ort und ein starkes Symbol für ihren Protest gegen Wettrüsten und Krieg. Da dieser außerhalb der offiziellen Gedenkfeierlichkeiten stattfand und unter dem Schirm der evangelischen Kirche organisiert wurde, wohnte ihm auch ein systemkritisches Element inne. Aber auch die friedens-



▲ 'Attack of the Lizard-Monster' ein Kurzfilm von Falk Töpfer und Paul Barsch, Copyright: Balance Film GmbH, 2006

bewegten AktivistInnen waren keinesfalls eine homogene Gruppe und so wurden die jährlichen Gedenkveranstaltungen rasch mit Forderungen, beispielsweise nach schneller Ausreise aus der DDR angereichert.

Am 19. Dezember 1990 hielt Helmut Kohl, der die Symbolkraft des Ortes erkannte, an der Ruine der Frauenkirche seine berühmt-berüchtigte Rede, in der er zum ersten Mal sein 10-Punkte-Programm zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten vorstellte. Wie schwach die »Opposition« war, zeigte sich an diesem Tag in der Tatsache, dass Herr Kohl und der ihm zujubelnden Menschenmenge nur ein kleines Häuflein Gegendemonstranten entgegen trat. In den 1990er Jahren wandelte sich das Bild: Die Friedensbewegung war out, Ausreisen war nicht mehr nötig, das wiedervereinigte Deutschland triumphierte – zunächst.

Aufmarsch der Neo-Nazis

Als mit den Aufbauarbeiten der Frauenkirche begonnen wurde, fanden dort jährlich im Februar Gedenkgottesdienste statt. Seit Mitte/Ende der 1990er Jahre mischte sich zunehmend braunes Volk unter die Trauergäste. Ungeniert wurde die Opferzahl um eine Zehnerstelle erweitert. Unter anderem berief man sich auf den Holocaust-Leugner David Irving, der einen viel beachteten Auftritt in der Stadt hatte, dessen Erkenntnisse aber längst als Fehler entlarvt waren.

Dem hatte die ganze Region wenig bis nichts entgegenzusetzen – nicht von offizieller Seite und kein so oft zitiertes bürgerschaftliches Engagement. Nein, es kam noch schlimmer: Die Nazis konnten ungehindert marschieren.

Es dauerte lange Zeit, bis die Mahnungen der ersten AktivistInnen gehört wurden und sich immer mehr Menschen dem Nazi-Aufmarsch entgegenstellten.

Erst im Jahr 2010 kam der Wendepunkt: Ca. 6.000 Neonazis standen fast doppelt so vielen Gegendemonstranten gegenüber – von starken Polizeikräften getrennt. Beschämend für die Behörden der Stadt, den Polizei- und Justizapparat ist, dass die Gegendemonstranten wiederholt aufgefordert wurden, das Feld zu räumen, um den Nazis ihre Aufmarsch zu ermöglichen.

Später urteilte ein Gericht sogar, dass man sie hätte marschieren lassen müssen.

Mit Anzeigen, Haussuchungen und Strafprozessen wurden in diesem und den Folgejahren ausgerechnet diejenigen kriminalisiert, die sich dem Aufmarsch der braunen Horden am entschiedensten entgegenstellten – oder besser – setzten. Das ist nicht nur Ironie des Schicksals, das ist einfach ein Skandal. Andere Städte haben bewiesen, dass die Behörden einem solchen Treiben nicht tatenlos zusehen müssen. Aber in der sächsischen Landeshauptstadt ticken die Uhren anders, oder sollte man besser sagen, hier ist ein anderer Kalender – der die Jahre 1968 und folgende ausklammert – gültig.

Die verbalen und juristischen Auseinandersetzungen schlugen seitdem hohe Wellen und halten weiterhin an. Da nun die Stadtoberen zu dem Problem Position beziehen mussten, wurde die »Menschenkette« ins Leben gerufen.

AG 13. Februar und Menschenkette

Über die NPD im Dresdner Stadtrat und die damit verbundenen Einladung zur offiziellen Kranzniederlegung zum 13. Februar auf dem Heidefriedhof gelang es den Neonazis, ihrem Treiben einen seriösen Anschein zu geben – man wolle ja nur der „gemordeten Volksgenossen“ gedenken. Dies nahm so groteske Formen an, dass z.B. ein Kranz der jüdischen Gemeinde umringt von NPD-Kränzen mit entsprechenden Parolen abgelegt wurde (siehe Foto) – sicher ein Novum in der Bundesrepublik und für sich genommen schon skandalös genug. Aber in Dresden ist so etwas möglich.

So musste die Jüdische Gemeinde erst damit drohen, den Gedenkkreis zu verlassen, bis auf konservativer Seite ein Umdenken einsetzte und man mit der Gründung der AG versuchte, ein breites Bündnis gegen den Naziaufmarsch zu schaffen. Auf der entsprechenden Webseite heißt es dazu im Original: »Die Arbeitsgruppe 13. Februar wurde 2009 erstmals von Oberbürgermeisterin Helma Orosz berufen. Ziel war und ist es, dass viele wichtige gesellschaftliche Gruppen sich auf ein gemeinsames Vorgehen am Jahrestag der Zerstörung Dresdens verständigen.«

Bis dahin hatte das »stille Gedenken« an die Zerstörung der Stadt im Vordergrund gestanden. Die Menschenkette, zu der – von der AG organisiert – ab 2010 aufgerufen wurde und die rings um die Innenstadt incl. der neu errichteten Synagoge mehrere tausend Menschen zusammenbrachte und -bringt, war sozusagen der kleinste gemeinsame Nenner, auf den man sich in der AG einigen konnte. Somit war aber ein Anfang gemacht, nun war zumindest auch seitens der CDU von Protest »in Hör- und Sichtweite« der Nazis die Rede, auch wenn der Streit um Blockaden als legitimes Mittel des Protestes weiter schwelt.

Das »richtige« Gedenken

Die Auseinandersetzungen gehen also weiter. Die Gedenkstätte auf dem Heidefriedhof stammt aus den 1960er Jahren und kann leider nicht als positives Beispiel dienen. Dort steht Dresden nicht nur in einer Reihe mit anderen zerstörten Städten des Krieges, sondern auch mit Konzentrationslagern der Nazis, so als ob man die eine Schuld mit der anderen aufwiegen könnte. Überhaupt schwebt(e) über dem lange offiziell praktizierten »Stillen Gedenken« immer die

Gefahr, die Opferrolle zu sehr zu betonen. Dass dabei in Dresden nur wenige Widerständler lebten, viel Mitläufer des Nazi-Regimes und auch zahlreiche Täter (wie es Henning Obens vom Bündnis „Dresden Nazifrei!“ im Film „Come Together“ formulierte), wird nur all zu schnell vergessen. Zu gern werden die Verbrechen der Nazis dabei relativiert, die Zerstörung der Stadt wird aus dem Kontext gerissen und so wird ein Opfermythos geschaffen, der mit einem modernen, angemessenen Geschichtsverständnis nichts zu tun hat. Andere Städte in Ost und West sind bei der Aufarbeitung ihrer Geschichte deutlich weiter. Hamburg (Partnerstadt von Dresden) ist dabei ein gutes Beispiel.

Ein sehr guter Ansatz für Dresden scheint mir der sogenannte »Täterspuren-Rundgang« zu sein, bei dem jährlich zum Gedenktag Stätten besucht werden, an denen die Verstrickung der Stadt und ihrer Bewohner in die Verbrechen des Nazi-Regimes deutlich zu Tage tritt. Bezeichnend ist, dass auch dieser Rundgang – eine absolut friedliche Demonstration von zuletzt mehreren tausend TeilnehmerInnen – von den Behörden der Stadt und der sächs. Justiz zunächst durch hohe Auflagen quasi verboten wurde und sich erst nach mehreren Anläufen etablieren konnte.

Aufbau der Frauenkirche

Die Frauenkirche war ein imposantes Bauwerk aus der Mitte des 18. Jahrhunderts. Sie brannte im Februar 1945 völlig aus und stürzte wenige Tage nach dem Angriff ein. Die Ruine am Neumarkt überdauerte die DDR.

1994 begann der Wiederaufbau, der wenig umstritten war. Vorarbeiten dazu liefen bereits seit 1992. Zwar gab es vereinzelt kritische Stimmen, da die Kosten sehr hoch kletterten, auf 182,6 Millionen Euro, und der Ort mit dem zerstörten Bauwerk als Mahnung gegen den Krieg sehr gut geeignet war, doch waren dies absolute Minderheitsmeinungen.

Zunächst war es das Engagement einiger Weniger, welches den Stein ins Rollen brachte. Später setzte eine große Welle der Solidarität ein, und auch in den USA und England beispielsweise gründeten sich Freundeskreise, die den Bau unterstützten. So konnten ca. 56% der Baukosten durch Spenden und andere private Mittel aufgebracht werden (www.frauenkirche-dresden.de). Zweifello ist das eine großartige Leistung aller Beteiligten und auch bautechnisch war die Wiederherstellung der steinernen Kuppel unter teilweiser Verwendung alter Steine eine Herausforderung und Meisterleistung.

Im Nachhinein betrachtet muss man nüchtern feststellen: Niemand braucht in unserer säkularisierten Zeit eine Kirche, doch für eine ganze Generation war es der Versuch, ihr Trauma aufzuarbeiten – sowohl auf Täter- als auch auf Opferseite. Ob das gelingt, bleibt abzuwarten. Zwar will ich nicht bezweifeln, dass sie ehrlich gemeint ist, doch ich glaube nicht an den Erfolg.

Außerdem war dieser Aufbau die Initialzündung für eine grandiose »Neugestaltung« des Dresdner Neumarkts. Die Anführungsstriche sind angebracht, da dabei – orientiert an den historischen Vorlagen – nichts »Neues« hervorgebracht wird. An dieser Stelle ist also definitiv kein Platz für Veränderungen in der Stadt, nicht in der Architektur und nicht im Denken.

Ich befürchte, dass eine Puppenstube entsteht, die eine »heile Welt« vortäuscht, dass das Ganze zur Wirtschaftsförderung verkommt und das Gedenken auf der Strecke bleibt.

Fazit

Es ist schon viel erreicht, doch bleibt noch viel zu tun und es werden noch viele Menschen gebraucht, die mitwirken.

Der große Spuk ist vorbei. In den Jahren nach 2010 nahm nicht zuletzt aufgrund der zahlreichen Blockaden die Beteiligung am Nazi-Aufmarsch deutlich ab, aber keineR weiß, ob dies von Dauer ist. In Sachsen jedenfalls ist der Widerstand dagegen noch längst nicht überall gefestigt und speziell Dresden hat noch viel an seinem Geschichtsbild zu arbeiten, bis es begreift, dass die Historie nicht mit dem Barock endet.

Zwar hat sich die Polizeistrategie seit 2010 geändert, doch wurden z.B. Personen, die gegen die rechten Aufmärsche in Aktion traten, immer wieder angefeindet und werden auch heute noch strafrechtlich verfolgt. Lothar König, der bekannte Pfarrer aus Jena, ist nur einer von ihnen. Das Wort »Skandal« – schon oft gebraucht – ist hier besonders passend.

Apropos Jena: Da ließe sich auch schnell der Bogen zum NSU-Netzwerk spannen, vor dem Lothar König schon lange gewarnt hat und das keineswegs so überraschend auftauchte, wie oftmals verbreitet. Aber das ist eine andere »Skandalgeschichte« – ebenso wie die diesjährige Kundgebung, die die Neonazis genau an der Frauenkirche stattfinden lassen wollen. ●



▲ Kränze auf dem Dresdner Heidefriedhof 2009

Foto: Danilo Starosta, Kulturbüro Sachsen e.V.

WAS IST VON DER BAND FREI.WILD ZU HALTEN?

Nationalistische Töne aus der Grauzone

Vor einiger Zeit sollte erstmals in meinem Heimatort in der Provinz ein Open-Air-Festival stattfinden. Klar musste ich dabei sein, obwohl das Festival durch den Auftritt einer Böse Onkelz-Coverband für mich einen komische Beigeschmack hatte. Aufgrund der Beliebtheit in den rechtsextremen Kreisen, die den Bösen Onkelz weiterhin nachgesagt wird, achtete ich auf dem Festival besonders auf die T-Shirt-Aufdrucke und mögliche Merkmale im Publikum. Eindeutig rechte Codes konnte ich nicht entdecken, dafür aber überdimensional viele Shirts mit einem Hirschgeweih und dem Schriftzug »Frei.Wild«. Bisher hatte ich noch nie von dieser Band gehört und so begann ich zu recherchieren und stieß auf ein Phänomen, dass wieder stärker um sich zu greifen scheint: die sogenannten »Grauzonenbands«. Damit werden Musikgruppen bezeichnet, die sich nicht eindeutig der rechtsextremen Szene zuordnen lassen, aber durch ihre Texte oder ihr Auftreten Anknüpfungspunkte für diese bieten.

VON UWE CIESLA, REDAKTION SELBSTORGANISIERTE LEBENSWEISHEITEN

• Eine ungewöhnlich erfolgreiche Gruppe, die diesem Bereich zugeordnet wird, ist Frei.Wild. Aufgrund der hohen Verkaufszahlen waren sie 2013 sogar für den deutschen Musikpreis »Echo« nominiert, in der durchaus passend erscheinenden Kategorie »rock/alternative national«. Nachdem die ebenfalls nominierten Bands Kraftklub und MIA aus Protest dagegen ihre Teilnahme an der Preisverleihung abgesagt hatten, wurde Frei.Wild wieder eingeladen. Ähnliches geschah als Frei.Wild in 2012 auf dem »With Full Force«-Festival auftreten sollten. Hier verabschiedeten sich einige Sponsoren, wie Jägermeister und die Musikzeitschrift »Visions«, was dazu führte, dass die Band ihren Auftritt von sich aus zurückzog.

Frei.Wild selbst fühlen sich zu Unrecht in der rechten Ecke verortet. Sie betonen in Interviews wie auch in ihrem Erfolgssong »Land der Vollidioten«, dass sie heimatliebende Bürger, aber keine Nazis seien. Die Vergangenheit von Sänger Philip Burger bei der Rechtsrock-Band »Kaiserjäger« und der FPÖ-Schwesterpartei »Die Freiheitlichen« bezeichnet dieser als »Jugendünden«, die schließlich jeder mal begangen habe. Die Band stilisiert sich als Opfer von Medienkampagnen und der »Political Correctness«. Mutig und aufrecht trauen sie sich zu singen, was schließlich alle denken würden, so die Attitüde der Band. In »Land der Vollidioten« heißt es »Das ist das Land der Vollidioten, die denken, Heimatliebe ist gleich Staatsverrat.« und in dem Song Südtirol »Ich dulde keine Kritik an diesem heiligen Land, das unsre Heimat ist«. Ihre Angehörigkeit zur nationalen Minderheit der deutschsprachigen Südtiroler in Italien, zieht die Band oft als Begründung für ihren übersteigerten Patriotismus heran.

So zwielichte Gesichtspunkte, wie sie die Vergangenheit und die Texte der Band bieten, so eindeutig positionieren sich die Südtiroler gegenüber Nazis oder was sie dafür halten mögen. Auf ihren Konzerten lassen auch schon mal »Nazis raus«-Sprechchöre skandieren. Als die NPD, die sich gern mal auf Frei.Wild bezieht, in Berlin gegen die Ausladung beim Echo demonstrierte, ging die Band am gleichen Ort mit ihren Fans gegen diese Vereinnahmung auf die Straße. Dabei achteten sie jedoch auch auf Distanz zu den linken Gegendemonstranten, mit denen sie ebenfalls nichts gemein hätte.

Viele Linke stellt der Versuch eines angemessenen Umgangs mit dem Phänomen Frei.Wild vor Schwierigkeiten. Die Band sieht sich und ihre Fans erst durch die Kritik in die rechte Ecke gedrängt. Dabei sei sie es, die am glaubwürdigsten dazu neigende Jugendliche vor dem Abrutschen nach ganz rechts bewahren könne. In der Tat scheint die pauschale Verteufelung eher kontraproduktiv zu sein. Frei.Wild sind keine Naziband und der größte Teil ihrer Fans vermutlich auch nicht. Die

Band feiert jedoch einen teils aggressiven Nationalismus ab, den sie als »Heimatliebe« bezeichnet und spricht damit ein breites Spektrum von Leuten an. Und ihr Erfolg dabei beruht wohl nicht nur auf Zufälligkeit. Die aus der Hausbesetzer- und Wagenplatzszene stammende Band Turbostaat erzählt in einem Interview des Musikmagazins »Intro«, dass nach der Auslösung der »Bösen Onkelz« die Plattenfirmen gezielt und mit viel Aufwand nach einer Nachfolgeband für das Marktsegment »rechts vom Mainstream« gesucht haben. Mit Frei.Wild scheint diese gefunden zu sein, wie die vielen Frei.Wild-Fans auf dem besagten Festival mit der Onkelz-Coverband zeigt.

Dieses fand auch 2013 wieder statt. Auf den Plakaten dazu stand der Slogan »Wir sprechen deutsch - ehrlich und laut«. Neben der Onkelz-Coverband standen einige Bands auf dem Programm, die laut Internet-Recherche ebenfalls dem Grauzonenbereich zuzuordnen sind. Ich hatte keine Lust, dieses Festival erneut zu besuchen. ●

INFO

Die Grautöne in der Grauzone

Das Phänomen »Grauzonenbands« ist alt. Bereits in den 80er Jahren gab es eine Reihe von Punk- und Hardcorebands, die den heutigen Kriterien von Grauzonenbands entsprechen. Sie wurden damals nur nicht so bezeichnet, sondern hatten das Label »unpolitisch«. Ein klassisches Beispiel war z.B. die Punkband OHL (= Oberste Heeresleitung), die mit Songtexten à la »Verbrennt die roten Fahnen« Anknüpfungspunkte für rechte Ideologien boten.

Wenn die Rede von Grauzonenbands ist, sollte näher unterschieden werden. Es gibt deutliche Differenzen im Bereich der Grauzone, die sich grob in drei Richtungen gliedern lassen.

• Bands, aus dem linken Lager mit Anknüpfungspunkten für rechte Ideologien

Das klassische Beispiel wäre die Gruppe Bandbreite, die sich selbst im linken Kontext verortet, aber mit ihrer Übernahme von Verschwörungstheorien bezüglich des 11. Septembers ein Einfallstor für rechte Ideologien bietet.

• Bands, die mit rechter Ästhetik und Provokation spielen

Das Spiel mit der Provokation ist ein wichtiger Bestandteil von Rockmusik aller Schattierungen. Sex Pistols Bassist Sid Vicious trat mit Hakenkruz-T-Shirt auf, Rammstein untermalen ihre Musik mit Leni Riefenstahl-Aufnahmen (Olympia 1936 – Das Fest der Völker) und ein jüdisch-amerikani-

scher Psychiater trat in den 90er Jahren in Strapsen, Hakenkreuzarmbinden und einem Kleid aus dem Stoff einer Israelflagge unter dem Titel Sado Sluts on Smack vor sein Publikum und sang Lieder à la »My baby's got aids«. Die Newfolk Band Death in June (benannt nach dem Todesmonat von Röhm) trat in SA-Uniformen auf und hatte ein Song namens »Holocaust« im Programm. Hier scheint die Grenze längst überschritten zu sein. Die Liste der Bands, die mit der Naziästhetik spielen ist beliebig lang. Bei manchen ist die Abgrenzung klar, bei anderen weniger. Einige jener Bands fallen auf jeden Fall in die Kategorie der Grauzone. Sie bieten durch ihre Ästhetik Anknüpfungspunkte.

• Bands, deren Attitüde mit rechter Ideologie kompatibel ist

In diese Kategorie dürften die meisten Grauzonenbands fallen – u.a. Frei.Wild. Es handelt sich um Bands, die die klassische Attitüden des Rechtsrocks mittragen. Das reicht von Geschlechterkonstruktionen (»der Mann« als Krieger und Kämpfer, »die Frau« als Sexobjekt), der Selbststilisierung als Opfer (»von denen da oben«, »von der Presse«), unreflektierten patriotischen Tönen, Gewaltaffinität und politischen Statements auf Stammtischniveau.

DJ Chaoz

DIE KOLUMNE DER AG-BERATUNG

Das müssen wir zusammen entscheiden...

Selbstverständlich gehören gemeinsame Entscheidungen, die gleichberechtigte Suche nach und die Auseinandersetzung mit Fragestellungen beziehungsweise Problemen zum Gruppenalltag. Und noch viel mehr, es ist einer der sichtbaren Unterschiede egalitärer Strukturen zu allen hierarchischen Organisationsformen. »Das müssen wir erst mal im Plenum besprechen« ist deshalb eine völlig gängige Redewendung, die zu hören ist, wenn etwa die Unterstützung für eine politische Kampagne angefragt wird, ein unheilvoller Brief vom Finanzamt angeflattert kommt, eine große Investition ansteht oder die Änderung einer Raumnutzung im Hausprojekt auf der Tagesordnung stehen. Ja sicher doch, gemeinsam sind wir clever, stark und vielseitig, wenn wir denn einig sind. Auf die geballte Weisheit und die ultimative Beschlusskompetenz der Projektplena wird gleichfalls sofort verwiesen, wenn Problemlagen erkennbar sind, bei Streitfällen untereinander, drohenden oder manifesten Meinungsdivergenzen, bei inhaltlichen Richtungsunterschieden oder beim Umgang mit einmaligen Ereignissen: »Das müssen wir zusammen entscheiden« ist das Dogma.

Entscheiden schon, aber wie kommt eine Gruppe zu einer für alle tragbaren Lösung, die von allen auch bewusst umgesetzt wird? Und hier zeigt uns die Praxis, dass die Plenumskultur dafür nur sehr bedingt geeignet ist. Es kommen alle zusammen und dann fällt uns

schon etwas ein? Das alleine ist kein Erfolgsrezept, um knifflige, besonders strittige oder sogar persönliche Konflikte angemessen zu lösen. Im Gegenteil. Das Plenum ist damit sehr oft überfordert, agiert in akuten Fällen selten mit gut durchdachten Beschlüssen, wird als Bühne von den Konfliktbeteiligten genutzt oder produziert oberflächlich schnell wirksame Maßnahmen, damit der nervende und gefährliche Zankapfel oder die Streithähne oder -hennen endlich vom Tisch sind. Menschlich sehr verständlich, doch fern von einem solidarischen und gemeinschaftlichen Umgang. Und oft noch fern von den eigentlich vorhandenen sozialen und fachlichen Ressourcen der Gruppe. Nicht selten schlägt auf Plena dann die Stunde der Schnellen, der Lauten, der Kompromissfinder_innen, der Wortgewaltigen, die - in bester Absicht - trotzdem leider Hierarchien informell reaktivieren.

Etliche Projekte haben diese langjährigen Erfahrungen umgemünzt, ergänzende Wege der Kommunikation gefunden und sie im kollektiven Alltag implantiert. Dabei spielt die thematische Vorbereitung vor einem Plenum oder größeren Treffen eine der entscheidenden Rollen. Wurden unterschiedliche Zielvorstellungen vorher schon mal genauer und praxisnah ausgearbeitet, haben einige Mitstreiter_innen konkrete Vorschläge angedacht und vorbereitet, haben die Streitparteien u.a. mit Begleitung

ihren Konflikt schon mal angeschaut und präzisiert, haben Gruppenmitglieder fachlich und sachlich zum Thema recherchiert oder wurde einfach mal das nächste Kollektiv um die Ecke zu einem Problem befragt? Ob alleine, zu zweit oder als kleine AG, die ganze Gruppe wird euch dankbar sein, wenn im Vorfeld anstehenden Themen oder Fragen verantwortlich nachgegangen werden. Denn es muss nicht mehr nur auf die heilende Spontanität, die kreative Zufälligkeit, letztlich auf die allmächtige Erlösung durch ein Plenum gehofft werden.

Gemeinschaften können mehr! Doch Gruppen bestehen ausschließlich aus Individuen und können letztlich nur deren Fähigkeiten und Stärken bündeln und bekräftigen, doch (leider) keine »Neuen« erfinden. Es kommt also auf jede/n Einzelnen an... ●

Willi Schwarz

BUCHBESPRECHUNG

Rassisten in Deutschland

Der Historiker Harry Waibel beschreibt und analysiert die Entwicklung des Rassismus in Deutschland seit 1949. Einleitend erläutert er seinen Forschungsansatz und begründet die Wahl der von ihm verwendeten Begriffe Nazismus und Rassismus. In drei Kapiteln geht es um Rassisten in der BRD, in der DDR und in Deutschland ab 1990.

Der Autor illustriert mit einer Fülle von Ereignissen, wie die Entnazifizierung weder in der BRD noch in der DDR gelang. In beiden deutschen Staaten gab es rassistische Gewalt. In der BRD waren rassistische Parteien und Organisationen sichtbar. Ende der 1970er Jahre war Adolf Hitler noch Ehrenbürger in mehr als 100 Orten. Gegen Zuwanderung hetzten 17 Professoren 1980 mit einem »Heidelberger Manifest«. In der DDR gab es demgegenüber einen offiziellen Antifaschismus, jedoch konnte auch sie nicht darauf verzichten, ehemalige Nazi-Funktionäre mit ihren beruflichen Erfahrungen in den Aufbau von Wirtschaft und Gesellschaft einzubeziehen.

Seit dem Anschluss der DDR an die BRD 1990 bis heute hat sich die Zahl rassistischer Vorkommen mehr als verzehnfacht. Rassistische Einstellungen sind kein Randphänomen, sondern »diese Gefahr kommt jetzt aus der Mitte der etablierten, bürgerlichen Gesellschaft«, in der sich eine »Kultur des Rassismus« etabliert hat. Rassistische Gewalt richtet sich sowohl gegen Menschen aus anderen Ländern, als auch gegen andere als minderwertig Definierte wie Homosexuelle, Obdachlose oder Menschen mit Behinderungen.

Belege dafür, wie die Ungleichwertigkeitsideologien zu oftmals tödlicher Gewalt wurden, finden sich im umfangreichen Anhang, der fast die Hälfte des Buches umfasst. Darin legt der Autor Chronologien rassistischer Ereignisse in der DDR und rassistischer Tötungen von 1990 bis 2011 mit Quellenangaben vor. Während die Amadeu Antonio Stiftung für 1990 bis 2012 von 184 Opfern rassistischer Gewalt und einer Dunkelziffer ausgeht, zählt Waibel schon bis 2011 mehr als 250 Tote.

Harry Waibel hat am Zentrum für Antisemitismusforschung (ZfA) der Technischen Universität Berlin promoviert und forscht zum Rassismus in der DDR, denn: »Wer nicht bereit ist, über Neo-Nazismus, Rassismus und Anti-Semitismus in der DDR zu sprechen, sollte über den Anti-Faschismus schweigen.« Jedoch verweigert er sich der Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus, wie sie in der Totalitarismusforschung vorherrscht. Darin sieht er einen Grund dafür, dass er im deutschen Wissenschaftsbetrieb ein Außenseiter geblieben ist. Der aktuellen Forschung zum Thema hält er vor, dass sie sich begrifflich und inhaltlich an den Vorgaben des Verfassungsschutzes orientiert und führt aus: »Spätestens als ich am ZfA eine Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz kategorisch ablehnte, war meine historisch-materialistische Position nicht mehr zu halten und ich musste das Institut verlassen.«

Harry Waibel: Rassisten in Deutschland, Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien, 2012. 447 Seiten, 59,95 Euro (Österreich: 61,60).

Elisabeth Voß

ANZEIGEN

Querstellen
statt querlesen

ak
analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis
Jetzt testen: 4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen unter www.akweb.de

GENOSSENSCHAFTSVERBUND MONDRAGÓN IM SPANISCHEN BASKENLAND

Solidarisch Wirtschaften in der Krise?

Mondragón ist ein genossenschaftlicher Konzern mit mehr als 80.000 Beschäftigten, vor allem in Industriebetrieben und Supermärkten. Von den 289 Unternehmen und 15 Forschungs- und Entwicklungszentren sind 110 Genossenschaften, 105 Produktionsstätten befinden sich im Ausland. Eine Genossenschaft des Verbundes, die Haushaltsgeräte herstellte, FAGOR Electrodomésticos, musste im Oktober 2013 Insolvenz anmelden.

Im Dezember 2013 waren Ainara Udaondo und Frederick Freundlich von der Universität Mondragón zu Besuch in Berlin und berichteten auf zwei Veranstaltungen über fast 60 Jahre genossenschaftliche Erfahrungen und diskutierten mit den Teilnehmenden.

VON ELISABETH VOSS, REDAKTION SOLIDARISCHE ÖKONOMIE ● So manche Teilnehmenden der beiden Veranstaltungen hatten hinterher mehr Fragen als vorher. Kein Wunder bei einem Konzern dieser Größenordnung, und angesichts der Vielfalt innerhalb des Genossenschaftsverbundes. Denn Mondragón ist keine Einheit, über die menschlich ein Bild machen oder wörtlich ein klares Urteil geben könnte. Die Mitgliedergenossenschaften des Verbundes funktionieren ganz unterschiedlich, haben sich eigene Regeln gegeben und verschiedene Praxen der Gestaltung des betrieblichen Alltags entwickelt.

Es gibt Regeln, die müssen von allen befolgt werden, weil sich in ihnen die gemeinsamen Werte und Prinzipien ausdrücken. Dies ist insbesondere die Interkooperation, also die solidarische Zusammenarbeit zwischen den Genossenschaften. Zum Beispiel in die gemeinsamen Fonds einzuzahlen, oder den KollegInnen in anderen Genossenschaften des Verbundes einen Teil des eigenen Arbeitsentgelts abzugeben, wenn es ihnen wirtschaftlich schlecht geht, oder ihnen Arbeitsplätze im eigenen Unternehmen zur Verfügung zu stellen. Zu den gemeinsamen Regeln gehört es auch, dass sich die Genossenschaften untereinander keine Konkurrenz machen, sondern im Gegenteil einander Vorteile gewähren, ihr Wissen teilen und Synergien in der Zusammenarbeit suchen. Wenn Genossenschaften sich nicht an dieser Interkooperation beteiligen möchten, müssen sie den Verbund verlassen. Darüber hinaus ist jedoch jede Genossenschaft frei darin, ihre eigene Kultur der Kooperation zu entwickeln.

Globalisierung

Von den vielen Themen, die an beiden Tagen angesprochen wurden, greife ich hier die Fragen auf, die sich im Zusammenhang mit Globalisierung und Wettbewerb, und dem Scheitern von FAGOR Electrodomésticos auf. Denn in Deutschland gibt es keine Industrie-genossenschaften, und solidarökonomische Diskussionen beziehen sich eher auf Fragen lokalen Wirtschaftens in überschaubaren Dimensionen. Und so gab es bei den Veranstaltungen in Berlin auch verschiedene Diskussionsstränge. Einige TeilnehmerInnen stellten die Industrieproduktion und die Beteiligung am Wettbewerb um globale Märkte an sich in Frage und schlugen vor, sich doch besser auf lokale oder regionale Selbstversorgung zu beschränken und zu versuchen, aus dem bankengesteuerten Geldsystem auszusteigen.

Auch wenn diese Fragen sicher wichtig sind, so helfen sie doch nicht dabei, Mondragón zu verstehen. Denn dieser Genossenschaftsverbund bewegt sich nun mal an globalen Märkten. Und auch diejenigen, die sich wachstums- und globalisierungskritisch engagieren, sind darauf angewiesen, industrielle Produkte zu nutzen. Frederick betonte, dass Mondragón die Industrieproduktion nicht dem Kapital überlassen will, sondern sie genossenschaftlich organisiert. Ainara wies mehrfach darauf hin, dass die GenossInnen fast besessen davon sind, Arbeitsplätze zu schaffen, auch wenn damit keine großen Gewinne gemacht werden. Denn es geht ja nicht ums Geld, das ist nur eine dienende Ressource, sondern es geht um die Arbeit, um Würde und Selbstbestimmung in der Arbeit, und um gesellschaftliche Transformation durch Arbeit.

Dieses Prinzip der Transformation ist konstituierend für die Genossenschaften des Verbundes. Ein Unternehmen, das sich davon verabschiedet, ist nach ihrem Verständnis keine Genossenschaft mehr. Umgekehrt sind sie überzeugt davon, dass Selbstorganisation in allen gesellschaftlichen Bereichen möglich ist, und dass Menschen in der Lage sind, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und ihre Bedürfnisse gemeinsam zu erfüllen. Darum machen sie sich fast verrückt damit, neue Genossenschaften zu gründen, um diese gesellschaftliche Transformation voran zu bringen, um Wohlstand zu schaffen und diesen gerecht zu verteilen. Darum engagieren sie sich auch mit Arbeitszeit und Geld in gesellschaftlichen Projekten, gründen Stiftun-



Foto: LANKI-Institut

gen und unterstützen lokale Entwicklung und Gruppen, die ihnen nahestehen.

Es war nicht die freie Entscheidung des Genossenschaftsverbundes, Unternehmen in anderen Ländern zu übernehmen, sondern sie hatten keine andere Wahl. Um am Markt zu bestehen und die Arbeitsplätze im Baskenland zu erhalten, waren sie dazu gezwungen. Zum Beispiel verlangten große Automobilkonzerne, die zu ihren wichtigen Kunden zählen, dass sie an deren Standorten in Brasilien, Mexiko oder China ebenfalls eigene Zulieferer aufbauen.

Dass diese ausländischen Unternehmen keine Genossenschaften sind, hat finanzielle, kulturelle und andere Gründe. Viele Beschäftigte wollen überhaupt keine Genossenschaftsmitglieder werden, wollen sich nicht finanziell am Unternehmen beteiligen und mitbestimmen. Die Muttergenossenschaften versuchen, den Beschäftigten in den Tochterunternehmen wenigstens gute Arbeitsbedingungen zu bieten. In China zahlen sie zum Beispiel 20 Prozent mehr Lohn als üblich. Trotzdem machen sie dort die Erfahrung, dass die Fluktuation in einem Jahr mehr als 60 Prozent beträgt. Die Beschäftigten gehen einfach ohne sich abzumelden, wenn sie hoffen, irgendwo anders einen besseren Job zu finden. Ganz anders im Baskenland, wo der Eintritt in eine Genossenschaft einen Arbeitsplatz fürs Leben verspricht, und wo die meisten Mitglieder diese Sicherheit schätzen.

FAGOR Electrodomésticos

Die FAGOR-Gruppe ist eine der wichtigen industriellen Genossenschaftsgruppen im Mondragón-Verbund. Ihr gehören acht Genossenschaften an, die unter anderem Werkzeugmaschinen, Steuerungs- und Kontrollsysteme und elektronische Geräte herstellen, die zum Beispiel in der Industrieproduktion, für Solarenergie und Elektromobilität eingesetzt werden. Der FAGOR-Gruppe gehört auch die erste, 1956 unter dem Namen ULGOR gegründete Genossenschaft an, die heute FAGOR Electrodomésticos heißt und Haushaltsgeräte herstellt. Nachdem sie im Oktober 2013 Insolvenz anmelden musste, wurde das Genossenschaftswesen in den spanischen Medien grundsätzlich in Frage gestellt. Es sei zu demokratisch, es fehlten starke Führungspersönlichkeiten, die schnelle Entscheidungen treffen können – als würden nicht täglich Kapitalgesellschaften pleite gehen, ohne dass gleich das Ende der kapitalistischen Wirtschaftsweise herbeigeschrieben würde.

Die Gründe, die zur Insolvenz geführt haben, sind vielfältig und müssen noch genauer analysiert werden.

Eine wesentliche Rolle hat der Markt gespielt. Durch den krisenbedingten Rückgang der Bautätigkeiten und die hohe Arbeitslosigkeit sank die Nachfrage nach Haushaltsgeräten. Vor zehn Jahren gab es noch 4.000 Arbeitsplätze bei FAGOR Electrodomésticos, die im Laufe der Jahre auf 1.600 reduziert wurden – war das vielleicht ein

Fehler? Das Unternehmen war dadurch kleiner als seine Mitbewerber. Oder wäre es vielleicht besser gewesen, nach China zu gehen, wo die Löhne niedriger sind, statt 2005 die Firma Brandt in Frankreich zu kaufen? War der Kauf vielleicht zu schnell und zu wenig durchdacht erfolgt? Zur Finanzierung wurden Vorzugsanleihen von mehr als 50 Mio. Euro ausgegeben, deren InhaberInnen nun wahrscheinlich ihr ganzes Geld verloren haben. Neben Brandt hat FAGOR Electrodomésticos auch noch das Tochterunternehmen FAGOR Mastercook in Polen. Beide sind keine Genossenschaften, die etwa 3.000 Beschäftigten verlieren ihre Arbeitsplätze.

Die Mitglieder im Baskenland verlieren ihre Genossenschaftseinlagen, denn diese dienen der Genossenschaft als Eigenkapital, und haften für die Schulden des Unternehmens, die bei FAGOR Electrodomésticos etwa 800 Mio. Euro betragen. Den Arbeitsplatz hat bisher in der Geschichte von Mondragón noch kein Mitglied verloren, aber bisher musste auch noch keine Genossenschaft in dieser Größe schließen. Nun wurde ein Beschäftigungsbüro eingerichtet, um bis April diesen Jahres Lösungen für 1.000 Mitglieder zu finden. Wer mindestens 58 Jahre alt ist, kann in den vorzeitigen Ruhestand gehen, die meisten sollen Arbeitsplätze in anderen Genossenschaften des Verbundes bekommen. Dafür wurden 50 Mio. Euro bereit gestellt. Die Zahlungen aller Genossenschaften des Verbundes in die gemeinsame Sozialversicherung Lagun Aro wurden erhöht, denn daraus wird nicht nur ein Teil der Rente, sondern notfalls auch eine vorübergehende Arbeitslosigkeit von bis zu 2 Jahren finanziert. Spätestens danach sollen die Mitglieder wieder einen Arbeitsplatz haben, damit ihre Qualifikation nicht verloren geht.

Bereits im Frühjahr 2013, als es noch Hoffnung gab, FAGOR Electrodomésticos erhalten zu können, war ein Rettungsfonds von 70 Mio. Euro aufgelegt worden. Dafür hatten alle Mitglieder des Verbundes ihr Arbeitsentgelt um ein Prozent gesenkt. Die Mitglieder der anderen Genossenschaften der FAGOR-Gruppe hatten sich sogar nur noch 80 Prozent ausbezahlt, und mit 20 Prozent die KollegInnen von FAGOR Electrodomésticos unterstützt. Vielleicht können nun, nach der Insolvenz, wenigstens einige Teilbereiche der Produktion von FAGOR Electrodomésticos durch andere Genossenschaften fortgeführt werden.

Sicher gab es auch Gründe innerhalb von FAGOR Electrodomésticos, die zum Scheitern mit beigetragen haben. So war es zum Beispiel üblich, dass – entgegen dem Genossenschaftsprinzip des freien Zugangs – Angehörige von Mitgliedern bevorzugt eingestellt wurden, vor allem auf gute und gut bezahlte Arbeitsplätze. Es

ist nicht auszuschließen, dass diese Mitglieder, die es so leicht hatten, vielleicht bequem geworden sind, dass sie nur ihre Rechte gesehen haben, aber nicht ihre Pflichten. Dieses Problem gibt es in einigen Genossenschaften des Verbundes, dass das Bewusstsein dafür, dass es der eigene Betrieb ist, mit der Zeit verloren gegangen ist. Dass die Mitglieder sich wie Angestellte verhalten, und der Vorstand alles selbst entscheidet. Auch die Transparenz hat bei FAGOR Electrodomésticos nicht so funktioniert, wie sie sollte, so dass einige Mitglieder nicht wussten, wie ernst die Lage ist, obwohl sie eigentlich informiert wurden.

Wachstum und Demokratie?

Politisch sehen sich die Genossenschaften zwischen allen Stühlen. Von Linken wird Mondragón kritisiert, weil es im System mitspielt und nur Trostpflasterchen gegen die übelsten Folgen der zerstörerischen Marktwirtschaft zu bieten hat. Rechte kritisieren umgekehrt, dies sei Sozialismus. Und wie stellt es sich aus wachstumskritischer Sicht dar? Macht es überhaupt Sinn, Genossenschaften Expansion und Wachstum vorzuwerfen? Sollten sie nicht gerade blühen und gedeihen, um besser und größer zu werden als kapitalistische Unternehmen? Auf ihre Wettbewerbsfähigkeit sind die Mondragón-Genossenschaften besonders stolz. Über Weihnachten 2013 haben sie ihre Website relaunched – mir scheint darin nun allerdings weniger Genossenschaft und mehr marktwirtschaftliche Orientierung kommuniziert zu werden. Ab wann verlieren Genossenschaften ihren genossenschaftlichen Charakter? Die Gründer von Mondragón gingen davon aus, Demokratie sei nur mit bis zu 300 Mitgliedern möglich. Im Mondragón-Verbund gibt es heute auch Genossenschaften mit mehreren tausend Mitgliedern.

Für eine lebendige genossenschaftliche Demokratie sind die Transparenz und die Kommunikation entscheidend. Oft ist die Entscheidungsfindung nur noch ein Ritual. Das LANKI-Institut der Universität Mondragón, das Ainara leitet, versteht sich als eine Art psychologischer Ratgeber für Genossenschaften. Sie erinnern immer wieder an die genossenschaftlichen Ziele, an die genossenschaftliche Identität, und an die Notwendigkeit, mit Missständen offen umzugehen. Sie unterstützen die Genossenschaften bei der pädagogischen Herausforderung, komplexe Themen so darzustellen, dass die Mitglieder wirklich befähigt werden, bewusste Entscheidungen zu treffen. Darüber hinaus möchten sie das Genossenschaftswesen neu beleben und weiterentwickeln als soziales Projekt, das eine Logik jenseits des Kapitals in die Gesellschaft trägt. Ein Teil davon ist der internationale Masterstudiengang Solidarwirtschaft, den das LANKI-Institut anbietet. ●

INFO

Am 18./19.12.2013 fanden in Berlin eine Abendveranstaltung und ein Tagesseminar zum Genossenschaftsverbund Mondragón im spanischen Baskenland statt. Die Rosa Luxemburg Stiftung und das NETZ für Selbstverwaltung und Kooperation Berlin-Brandenburg hatten Ainara Udaondo Alberdi und Frederick Freundlich von der Universität Mondragón eingeladen, um aus erster Hand zu erfahren, vor welchen Herausforderungen der Genossenschaftsverbund heute steht, und welche Widersprüche und Ambivalenzen sich aus dem Spannungsfeld zwischen globaler Konkurrenz und genossenschaftlichen Werten auf. Mehr Informationen dazu:

www.mondragon.solioeko.de

Im Jahr 2013 veröffentlichten wir drei Beiträge von Elisabeth Voß zum Thema: Mondragón im spanischen Baskenland – Ein selbstverwalteter Konzern? CONTRASTE 344/345, Mai/Juni 2013 (eine Einführung).

Solidarität kann Wettbewerbsfähigkeit nicht ersetzen. Eine Genossenschaft scheitert am Weltmarkt, CONTRASTE 350, November 2013 (zur Insolvenz von FAGOR Electrodomésticos).

Interview mit Ainara Udaondo and Frederick Freundlich: Was bedeuten Globalisierung und Krise für einen Genossenschaftsverbund? CONTRASTE 531, Dezember 2013.

Die Zahlenangaben, insbesondere zur Anzahl der Unternehmen des Verbundes und der Beschäftigten, unterscheiden sich mitunter, je nachdem, welche Quelle herangezogen wird. Die Zahlen in der Einleitung dieses Beitrags stammen von der Website www.mondragon-corporation.com, wie sie dort Anfang Januar 2014 mit Stand 2012 angegeben sind.



Foto: LANKI-Institut

KONFERENZ ZUR BETRIEBLICHEN SELBSTVERWALTUNG

Europa zieht nach

Am 31. Januar und dem Folgetag trafen sich ArbeiterInnen zur Konferenz »Die Wirtschaft der Arbeiter«, um über Selbstverwaltung als Antwort auf die globale Wirtschaftskrise zu diskutieren. Organisiert von der »Offenen Fakultät« der Universität Buenos Aires hatte die Tagung seit 2007 regelmäßig in Lateinamerika stattgefunden. Erstmals wurde mit dem französischen Marseille ein europäischer Standort gewählt.

VON SUSANNE SCHWARZ, BERLIN ● Es ist ein Meilenstein für den europäischen Arbeitskampf, dass die internationale Konferenz »Die Wirtschaft der Arbeiter« dieses Jahr im französischen Marseille stattfand. Der Standort zeigt: Betriebliche Selbstverwaltung ist auch hier relevant geworden.

Dass das Treffen ausgerechnet in Marseille stattfand, ist kein Zufall. Nahe der Großstadt ist mit der Teebeutel-Fabrik Fralib ein selbstverwaltetes ArbeiterInnenkollektiv ansässig. Dreh- und Angelpunkt der Konferenz ist der Arbeitskampf der AktivistInnen – er richtet sich gegen den niederländisch-britischen Konzern Unilever. Auf dem Programm stand unter anderem ein Rundgang durch die mittlerweile besetzte Fabrik in der französischen Provence.

Die TeilnehmerInnen diskutierten nicht nur den Fall »Fralib«, sondern auch weitere Beispiele der betrieblichen Selbstverwaltung aus Frankreich, Italien, Griechenland und Spanien – und auch allgemeine Fragen: Welche Rolle können Gewerkschaften spielen? Wie verhält man sich zu anderen antikapitalistischen Widerstandsbewegungen wie »Occupy Wall Street«?

Auch lateinamerikanische AktivistInnen fanden an diesem Wochenende ihren Weg nach Europa. Zu ihnen zählte etwa der Sozialwissenschaftler Andrés Ruggeri. Er leitet an der Universität Buenos Aires eine Arbeitsgruppe zu »reaktivierten Betrieben«, Firmen wie Fralib also, die von den einstigen BetreiberInnen geschlossen und von den ArbeiterInnen selbstverwaltet weitergeführt wurden. Solche Arbeitsorganisationen hätten es schwer im Kapitalismus, gab Ruggeri im Interview mit der Tageszeitung Neues Deutschland

zu bedenken. »Die staatlichen Institutionen sind einflussreicher, die ökonomischen und repressiven Kapazitäten der Mächtigen sind wesentlich größer«, so der Sozialwissenschaftler.

In Lateinamerika sind selbstverwaltete Strukturen wesentlich weiter verbreitet als in Europa. In Argentinien etwa reagierten viele ArbeitnehmerInnen auf den Wirtschaftseinbruch im Jahr 2001, indem sie ihre Betriebe einfach selbst in die Hand nahmen. Immer noch werden etwa 300 argentinische Betriebe von ihren ArbeiterInnen geführt. Für andere lateinamerikanische Staaten liegen laut Ruggeri weniger exakte Zahlen vor. Auch in Ostasien und den USA vermute er Beispiele, über deren Existenz jedoch wenig bekannt sei. In Europa entstünden reaktivierte Betriebe meist wegen Standortverlagerungen nach Osteuropa und Asien.

So auch bei Fralib: Unilever hatte im Jahr 2010 bekannt gegeben, die Fabrik schließen zu wollen. Dabei lief diese eigentlich gut, von roten Zahlen keine Spur. Der Verdacht liegt nahe, dass Unilever seine ohnehin riesigen Gesamtgewinne auf Kosten der 183 französischen LohnarbeiterInnen von Fralib nur noch weiter steigern wollte: Man erhoffte sich, mit neuen Fabriken in Polen und Belgien Personalkosten einzusparen.

Die ehemalige Belegschaft wollte sich damit nicht zufrieden geben und um ihre Arbeitsplätze kämpfen. Seit Januar 2011 haben sich die ArbeiterInnen organisiert. Sie wollen die 2012 letztendlich geschlossene Fabrik in Eigenregie übernehmen. Die Verhandlungen mit Unilever gestalten sich schwierig. Die Fralibs, wie sich das Kollektiv in Anlehnung an seine Fabrik nennt, fordern: Ihre alte Teemarke »L'Éléphant« wollen sie nutzen dürfen, um geschäftlich Chancen zu haben. Unilever verwendet sie sowieso nicht mehr, längst laufen die ehemaligen L'Éléphant-Produkte mit unter der großen Marke Lipton. Der Konzern sperrt sich dagegen. Regelmäßig versuchen sie, ihr Problem öffentlich zu machen. Im Dezember etwa riefen sie innerhalb eines Aktionstages zum Boykott von Unilever-Produkten auf. ●

WORKSHOPANKÜNDIGUNG

Tun wir uns zusammen: gegen sexuelle Gewalt!



Wir – eine Gruppe Betroffener von sexualisierter Gewalt in der Kindheit – möchten mit euch anderen Betroffenen diskutieren und laden euch dazu ein.

Meistens wird sexuelle Gewalt in den Medien, auf Veranstaltungen etc. als persönliches Schicksal dargestellt. Sowohl Ursachen als auch Folgen werden individualisiert. Die Vereinfachung, Pathologisierung und Individualisierung verhindert eine Diskussion über gesellschaftliche Strukturen, die sexualisierte Gewalt ermöglichen und fortführen. Unser Ziel ist es, auch mit diesem Workshop, gewaltverursachende Strukturen aufzudecken und perspektivisch zu überwinden. Deshalb richten wir in diesem Workshop unseren Fokus auf Ursachen und Folgen als Ausdruck einer Gesellschaft, in der vielfache Unterdrückungsverhältnisse stattfinden. Aus unserer eigenen Sicht wollen wir konkrete Strategien und politische Auswege entwickeln. Für Selbstbestimmung, Solidarität und eine politische Auseinandersetzung!

Der Workshop findet statt:

Samstag den 15. März 2014 von 14 bis 20 Uhr in der Mosaik-Jugendkulturretze in der Oranienstr. 34 in 10999 Kreuzberg (Hinterhof rechts, 1.OG mit Lift)

all gender open & nur für Betroffene

Workshopsprache ist deutsch, bei Bedarf einer anderen Sprache bitten wir darum, mit uns im Vorfeld Kontakt aufzunehmen. Wir würden uns dann um eine Übersetzung bemühen. Wer selbst bereit ist, für andere zu übersetzen, melde sich gern bei uns! Kontakt: tun-wir-uns-zusammen@riseup.net

Wir über uns: Wir sind eine gemischte Gruppe, bestehend aus 7 Menschen. Unsere Gruppe hat sich 2012 gegründet und ist unabhängig und selbst-organisiert. Nach dem Workshop sind wir gerne offen für neue Mitstreiter*innen. ●



TICKER REPRESSION UND RECHTSFÄLLE

Die Phantasie der Gießener Justiz

Gießens Justiz zeigt sich einmal mehr von seiner ihrer »besten« Seite: Als phantasievolle Erfinderin schlimmer Straftaten, als kreative Uminterpretiererin des geltenden Strafprozessrechts und als Verkünderin von Wahrheiten, die keiner Logik standhalten. Seit Monaten läuft ein Verfahren gegen den regionalen Linken-Politiker Dennis Stephan. Ihm wird schwere Brandstiftung vorgeworfen, aber von Nachbar_innen über die Brandexperten bis zur vor Ort eingesetzten Feuerwehr gibt es keine Zeug_innen, die diesen Vorwurf bestätigen konnten. Der Angeklagte wurde darüber hinaus vier Monate gegen seinen Willen in der Psychiatrie festgehalten, zeitweilig mit Kontaktsperre. Zwei erfahrene Strafverteidiger_innen aus dem Umfeld der Projektwerkstatt Saasen wurden als Rechtsbeistände abgelehnt, weil der Prozess angeblich für sie zu kompliziert sei. Der Angeklagte hingegen sei in der Lage, sich selbst zu verteidigen. Gleichzeitig soll er für unzurechnungsfähig erklärt werden. Bei vielen der meist zahlreich vertretenen Prozessbeobachter_innen entstand der Eindruck, dass der eigentliche Sinn des langatmigen und absurden Manövers ganz woanders liegt: Dennis Stephan hat sich von einem Auto überfahren lassen. Das fuhr eine bekannte Lokalgröße aus der Politik. Musste dieser vor Strafverfolgung geschützt werden? Ist deshalb Dennis Stephan für verrückt erklärt und weggesperrt worden? Ein Bericht findet sich auf <http://tv-orange.de/2013/12/weiterer-psychiatisierungsversuch-aufgedeckt-dennis-stephan-gustl-mollath-und-weitere-faelle/>.

Berichte über die Brutalität von Knast und Strafe

Thomas Meyer-Falk, Sicherungsverwahrter in der JVA Freiburg, hat einen eindrucksvollen Fall beschrieben, wie perspektivlos das System von Strafe und Einsperren ist. Die viele Jahre inhaftierte Carmen wurde von einem Tag auf den anderen entlassen. Sie war auf sich gestellt, wurde aber weiter von Behörden drangsaliert, die sie kontrollieren und bevormunden, aber nicht unterstützen wollten. Schließlich tauchte sie unter, um - wie sie selbst schrieb - zu »l-e-b-e-n, jeden Tag, als wäre es mein letzter!«. Thomas Meyer-Falk beendete seinen lesenswerten Text mit den Worten: "Lauf Carmen! Lauf! Denn die Freiheit wird einem nicht gegeben, man muss sie sich nehmen!" Nachzulesen ist dieser auf <http://de.indymedia.org/2013/12/351140.shtml>

Repression durch Große Koalition

»In den mehrere Monate dauernden Koalitionsverhandlungen von CDU/CSU und SPD im Bund wurde auch beschlossen die Therapieunterbringung, sowie die polizeiliche Dauerüberwachung auszubauen.« »Für Gefangene und Verwahrte bedeutet die Koalitionsvereinbarung weitere Unsicherheit und weitere Verschärfungen ihrer Lebensbedingungen. Die Freiheit jemals wiederzuerlangen, wenn man einmal als »gefährlich« abgestempelt ist, und das geht leichter, als Viele sich vorstellen können, wird immer unwahrscheinlicher.« Der vollständige Text findet sich unter <http://de.indymedia.org/2013/12/351178.shtml>.

Rote-Flora-Demo in Hamburg

Es stand in vielen Medien: Polizei und Demonstrant innen gerieten am 21.12.2013 in Hamburg heftig aneinander. Der Bericht des Ermittlungsausschusses Hamburg zu den Ereignissen vom 21.12. versucht die Abläufe kritisch zu durchleuchten. Er kann unter <http://de.indymedia.org/2013/12/351083.shtml> nachgelesen werden.

Westlicher Hauptpartner in Nahost: Todesurteile

»Am 10. Dezember, dem »Tag der Menschenrechte«, wurden Todesurteile durch Enthaupten (also Kopf-Abschlagen) vollstreckt – eines wegen »Blutschande« in der Stadt Jizan und eines wegen Heroinschmuggels in Riad.« berichtet <http://de.indymedia.org/2013/12/351072.shtml>. Das ist die übliche Nicht-Reaktion auf die Verhältnisse in der autoritären Monarchie des Wüsten- und Ölscheitums. Wer dem Westen nützt, wird von der Kritik ausgenommen, stellt derselbe indymedia-Bericht fest.

RWE will Antibraunkohleprotest verbieten

»Im August 2013 besetzten etwa 200 Aktivist_innen die Hambach-Bahn – den Haupttransportweg für Braunkohle aus dem Tagebau Hambach zu RWEs Kraftwerken. Sie protestierten damit gegen die sozial und ökologisch desaströsen Auswirkungen der Kohleindustrie.« schreiben die AktivistInnen auf ihrer Webseite www.nicht-wir.de. RWE fordert nun von den Aktivist_innen, sich dazu zu verpflichten, zukünftige Proteste, die das Treiben des Konzerns beeinträchtigen könnten, zu

unterlassen. Der Konzern will dagegen weiterhin an seinem schädlichen Geschäftsmodell festhalten und so auf Kosten von Klima, Mensch und Natur Profite erwirtschaften. Gegen den Versuch wehren sich Betroffene und Unterstützer_innen, wie es auf der Informations- und Aktionsseite www.nicht-wir.de lautet. Informationen zum Versuch der Unterlassung des Protests durch RWE finden sich unter <http://www.kohle-protest.de>. Währenddessen liefen im Januar die ersten Prozesse wegen Klimaschutzaktionen im Zusammenhang des Klimacamps 2013 an. Informationen dazu unter: www.projektwerkstatt.de/kohle.

Freispruch: Offenes »Schwarzfahren« nicht strafbar

Ein klarstellendes Urteil erreichte ein Schwarzfahrer vor dem Amtsgericht Eschwege. Im Freispruch vom 12.11.2013 (Az. 71 Cs – 9621 Js 14035/13) wurde als Grund angegeben: »Der Angeklagte hat zwar eingeräumt, jeweils den Zug der Cantus Verkehrsgesellschaft benutzt zu haben, ohne im Besitz des erforderlichen Fahrscheins gewesen zu sein. Seine Einlassung, dass er jedoch in allen 3 Fällen vor Fahrtantritt deutlich sichtbar einen Zettel an seine Kleidung geheftet hatte mit der Aufschrift »Ich fahre umsonst« war nicht zu widerlegen. Damit hat er allerdings gerade offenbart, kein zahlungswilliger Fahrgast zu sein, weshalb bereits der objektive Tatbestand des § 265 a Abs. 1 StGB nicht erfüllt ist.« wie auf www.prozesstipps.de zu lesen ist. Die Staatsanwaltschaft hatte auch selbst den Freispruch beantragt. ●

Jörg Bergstedt

ANZEIGEN

DER RABE RALF
Umweltabhängiges Monatsblatt aus Berlin

Unkonventionelles & Hintergründiges aus der vielfältigen Umweltszene - von Naturschutz bis "Anders Leben" - dazu Tips, Termine & Adressen

Kostenlos an vielen Auslagenorten wie Bibliotheken, Naturwaren- und Umweltaiden oder für halbjährlich 10 € per Untersützungskoche ins Haus.
Kostenlose Problemlösung bei: DER RABE RALF, Pfendauer Allee 236, 10405 Berlin, ☎ 030/443391-47

Genossenschaft gründen?

www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90

Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

www.graswurzel.net

Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft - seit 1972 -

GWR Nr. 386, Feb.: Wer nichts zu verbergen hat, ist langweilig. Internet im Zeitalter des Großen Bruders; Europas Umgang mit Flüchtlingen; Kein Fall fürs Gesetz: Prostitution; 100 Jahre Erster Weltkrieg; Rote Flora; Ukraine; Klimawandel; Karl May; Anarchismus in Chile; Woody Guthrie,...

Probeheft kostenlos ; Abo: 30 Euro (10 Ex.)
Bestellformular & Infos: www.graswurzel.net/service/

graswurzel revolution

GANDHIS »CONSTRUCTIVE PROGRAM«

Widerstand braucht konstruktive Alternativen

Gandhi ist Aktivist*innen in aller Welt bekannt als erfolgreicher Vertreter des gewaltlosen Widerstands gegen die britische Kolonialherrschaft. Dass er darüber hinaus ein antikapitalistisches ökonomisches Programm für Indien entworfen hat, das bis heute nicht umgesetzt wird, weiß kaum jemensch in den westlichen Industriestaaten, auch in den kapitalismus- und globalisierungskritischen Bewegungen nicht. Im Radioprojekt des Allerwelthaus Köln »alleweltonair«, mit dem CONTRASTE kooperiert, wurde kürzlich ein Feature über das auch aktuell höchst interessante »Constructive Programme« des indischen Freiheitskämpfers und Denkers gesendet.

VON BRIGITTE CZYBORRA UND G. PRESA-PEYRAN, KÖLN

»Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier.«

(Mahatma Gandhi)

Heute folgen fast alle Staaten dem Phantasma des »Wachstums«. Täglich werden uns in unzähligen Statistiken die Nachkommastellen berichtet, die angeblich über unser aller Wohl und Wehe entscheiden. Unbegrenztes Wachstum auf einem begrenzten Planeten? Wachstum um jeden Preis? Die indische Globalisierungskritikerin und Ökofeministin Vandana Shiva, ausgezeichnet mit dem alternativen Nobelpreis, hat es auf dem Global Media Forum der Deutschen Welle im Juni 2013 so auf den Punkt gebracht:

»Eine Wirtschaft, die bössartig geworden ist... Ich habe Elefanten beobachtet, die außer Kontrolle geraten sind, wissen Sie, sie verlassen ihre Herde und zerstören einfach... Die Wirtschaft ist bössartig geworden mit der Globalisierung. Weil sie nicht mehr die ökologischen Grenzen unseres Planeten achtet, sie achtet die Menschenrechte nicht mehr.«

Es gibt einen sehr alten Text aus Indien - Isha Upanishad -, der uns erinnert: Wenn du mehr nimmst, als du brauchst, dann stiehst du, weil ein anderes Wesen, eine andere Person oder die zukünftigen Generationen ein Recht auf diese Ressourcen haben. Eine Wirtschaft, die von Habgier geprägt ist, basiert also auf Diebstahl. Und traurigerweise scheint Habgier der einzige Wert unserer Zeit.

Kaum eine Regierung stellt das herrschende Entwicklungsmodell des grenzenlosen und rein profit-orientierten Wachstums als universale Option in Frage. Wie Indien hat die Mehrheit der Nationen heute die politische Unabhängigkeit erkämpft. Aber ihre Wirtschaft ist oft genug die des Kolonialherren geblieben. Was haben sie erreicht für das Wohl der normalen Bürger? Für ein Leben ohne Hunger, ohne Arbeitslosigkeit, ohne Armut?

Mohandas Karamchand Gandhi, der Indien aus der Kolonialherrschaft des britischen Imperiums befreite, erkannte dieses Problem schon früh. Schon in seinem gewaltfreien Kampf um die Unabhängigkeit wählte er bewusst Kampagnen zivilen Widerstands entlang der großen ökonomischen Themen: der Textilindustrie und dem Salzmonopol.

Das Spinnrad wurde zum großen Symbol des Kampfes für die Unabhängigkeit Indiens. Die Stoffe und Farben Indiens sind Teil einer tausendjährigen Kultur. Die Baumwolle wurde von den Briten außer Landes geschafft und industriell verarbeitet. Gandhi hatte sich vorgenommen, das Spinnen als Basis der wirtschaftlichen Autonomie Indiens zurückzugewinnen. Er selbst, der sich nach seinem Jurastudium in London wie ein Brite gekleidet hatte, fing an, das Spinnrad zu drehen. Mit dem dünnen Baumwollstoff umhüllte er seitdem seinen Körper.

Gandhi lebte zu einer anderen Zeit, aber dennoch berühren uns viele seiner Gedanken als seltsam aktuell. Was ist mit den unzähligen Arbeitslosen, nun auch schon mitten in Europa, die für Produktion und Konsum nicht gebraucht werden? Was nützen uns Billigst-Baumwoll-Shirts, in Massen produziert, mehr als wir brauchen, von Frauen, die zu Hungerlöhnen unsere Kleidung zusammennähen, bis der schwarz errichtete Bau, in dem sie sechs Tage die Woche eingespart arbeiten, über ihnen zusammenbricht?

Gandhi rief jedes Dorf dazu auf, das Spinnrad wieder in die Hand zu nehmen:

»Wir haben fast 700.000 Dörfer, von denen sich eine große Zahl in einem Zustand am Rande des Verhungerens befindet. Dies ist so, weil sie während sechs Monaten im Jahr keine Arbeit haben... Deshalb ist es notwendig, irgendeine zusätzliche Beschäftigung zu finden... Eine solche Beschäftigung ist das Spinnen von Hand.«

Auf seiner Reise nach Großbritannien im Jahr 1931, wo er Indien bei den Verhandlungen um die Unabhängigkeit vertrat, nutzte Gandhi die Gelegenheit auch

zu anderen Besuchen. Er, der gerade in Indien zum Boykott der britischen Textilien aufgefordert hatte, besuchte Lancashire, das Zentrum der britischen Textilindustrie, und sprach dort auch mit den Arbeitern:

»Sie haben drei Millionen Arbeitslose, aber bei uns sind fast 300 Millionen (!) Menschen arbeitslos und während der Hälfte des Jahres unterbeschäftigt.«

Gandhi bat die englischen Arbeiter, nicht die indischen Handwerker für ihre Not verantwortlich zu machen, zugleich fragte er sie unverblümt:

»Möchten Sie, dass der Wohlstand von Lancashire auf dem Ruin des indischen Handwerkers beruht?«

Gandhi setzte sich für einen einheitlichen Lohn für alle Arbeiten ein, Privateigentum sollte von »Treuhandsbesitz« abgelöst werden. Kapitalismus und Sozialismus lehnte er zugunsten einer egalitären, vorindustriellen, wenig bürokratischen Gesellschaft ab. Soziale Ungleichheit wollte er durch allgemeine nichtintellektuelle Bildung überwinden. Sein Fernziel war nichts weniger als eine von ihm selbst so genannte »aufgeklärte Anarchie«, eine staats- und herrschaftsfreie Gesellschaft.

Großbritannien als Kolonialherr Indiens hatte das Monopol zur Salzgewinnung an sich gerissen. Kein Inder hatte mehr das Recht, Salz zu schöpfen. Die Salzsteuer betraf vor allem die armen Bauern und war in ganz Indien extrem unbeliebt. Allein die Salzsteuer brachte den Briten 25 Millionen Dollar pro Jahr ein. Der Salzmarsch von 1930 gegen das britische Monopol war eine der bewegendsten Kampagnen des 20. Jahrhunderts. Tausende wurden inhaftiert, aber Millionen in ganz Indien fingen wieder an, ihr Salz selbst zu schöpfen. Landesweit kam es zu Streiks und Boykottaktionen.

Gandhi hatte gezielt zwei wirtschaftlich relevante Produkte - Salz und Textilien - für seine Kampagnen des zivilen Widerstands gewählt. Aber von vornherein war für ihn klar, dass Widerstand ohne ein begleitendes konstruktives Aufbauprogramm nur Abenteuerlust darstellte.

Schon früh arbeitete Gandhi immer wieder an einer Schrift, die er »Constructive Program« nannte, einem Entwicklungsmodell für das neue Indien, für ein Indien, das unabhängig vom britischen Kolonialismus, frei und selbstbestimmt sein sollte und das keinen Hunger mehr kennen sollte und keine Erniedrigung. Das »konstruktive Programm« - der »Aufbau einer alternativen Gesellschaft«, würden wir wohl heute sagen - war für Gandhi ebenso wichtig wie der gewaltfreie Kampf. Es waren die beiden Beine der Bewegung auf dem Weg zu einer echten Unabhängigkeit.

Gandhi wollte die indische Gesellschaft von Grund auf, von unten nach oben, neu aufbauen, in einem dezentralen System, das auf den Dörfern beruhte. Es war ein Modell für das Agrarland Indien, in dem auch heute noch 70% der Bevölkerung auf dem Land leben. Gandhis konstruktives Programm für Indien enthielt um die 18 Komponenten, darunter grundlegende Ideen wie kommunale Selbstverwaltung, ein Basis-Gesundheitswesen auf dem Dorf, die Respektierung der Rechte der Frau, der Rechte der Bauern und der städtischen Arbeiter... und auch der Ärmsten Indiens, der Kastenlosen.

»Die Frau hat dasselbe Recht wie ein Mann, ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Die Männer sind aufgewachsen in dem Bewusstsein, die Herren über die Frauen zu sein anstatt sie als Freundinnen und Gefährtinnen zu betrachten. Die Frauen sollen kein Spielzeug und keine Lustobjekte sein, sondern geachtete Gefährtinnen bei der Arbeit zum Wohl der Allgemeinheit.«

Die wirtschaftliche Gleichheit war für Gandhi der Schlüssel zur wirklichen Unabhängigkeit Indiens.

»Den Konflikt zwischen Arbeit und Kapital abschaffen, das Niveau der wenigen Reichen herabsetzen, in deren Händen sich der größte Reichtum konzentriert, und den Lebensstandard von Millionen von Menschen erhöhen, die sich nicht verteidigen können, halb tot vor Hunger. Der Gegensatz zwischen den Palästen von Neu Delhi und den Elendshütten der armen Arbeiterklasse darf in einem freien Indien nicht einen Tag lang weiter bestehen.«

Gandhi hatte das größte Imperium seiner Zeit herausgefordert. Und er hatte begriffen, dass dieses Imperium von der Kollaboration der indischen Bevölkerung abhing, um seine Macht aufrecht zu erhalten. Was bedeutet »Nicht-Zusammenarbeit«? Mahatma Gandhi, der Visionär, erkannte in der Nicht-Zusammenarbeit eine politische Strategie zur Schwächung des Gegners und einen aussichtsreichen emanzipatorischen Weg. Nehru, der erste Premierminister des unabhängigen Indiens, betrieb eine beschleunigte Industrialisierung. Das unabhängige Indien beschritt den Weg des Kolonialherren, ganz im Gegensatz zu dem von Gandhi vorgeschlagenen Weg.

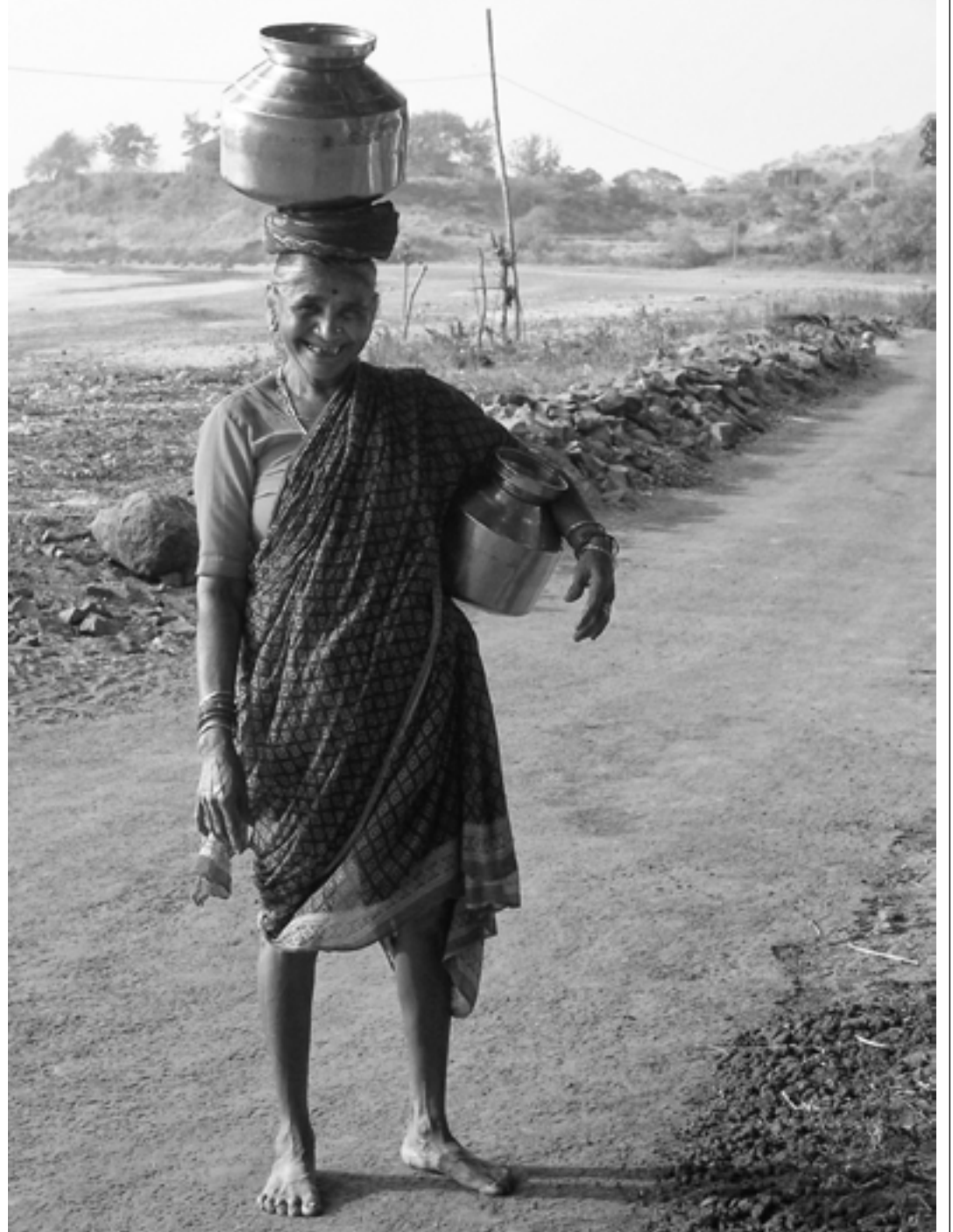


Foto: privat

Im Dezember 2012 erläuterte Rajagopal, der Gründer der indischen Landlosenbewegung »Ekta Parishad« die Bedeutung von Gandhis Ideen im modernen Indien: »Als Gandhi gefragt wurde, was für ein Indien er sich wünschen würde, sagte er: »Eigenständige, selbst verwaltete Dörfer, die sich in eine Nation namens Indien einfügen.« Er sagte nicht, dass eine Nation namens Indien alle Dörfer kontrollieren würde. »Wir sind also genau in die entgegengesetzte Richtung gelaufen. Das hat das Rückgrat der Dorfgemeinschaft gebrochen. Eine große Zahl von Dörfern ist zurückgeblieben. Die Bewohner müssen betteln und kämpfen um die Rente, kämpfen um billigen Reis, kämpfen um ein bisschen Arbeit.«

»Entwicklung« war auch in Indien wie vielerorts ein verheerender Prozess mit krassen Folgen wie der unglaublichen Armut der indischen Landbevölkerung selbst in Zeiten des erfolgreichen Wirtschaftsbooms oder dem Selbstmord von rund 270.000 (!) indischen Kleinbauern, die keinen Ausweg mehr aus der Verschuldungsspirale gesehen haben. - »...eine Wirtschaft, die Amok läuft«, sagt Vandana Shiva.

Gandhis konstruktives Programm hat zum Ziel, zuallererst die Grundbedürfnisse der Menschen durch eigene Arbeit zu erfüllen: Nahrung, ein Dach über dem Kopf, Kleidung, Bildung... und gleiche Rechte für Frauen und für Kastenlose.

Der Friedensforscher Wolfgang Sternstein fasst Gandhis Ansatz so zusammen:

»Ohne das konstruktive Programm droht der Widerstand in Resignation, Frustration, Hass und Gegengewalt zu versinken. - Ohne den gewaltfreien Widerstand gegen das Unrecht droht die konstruktive Aktion zur Idylle, zum kleinen Glück im Winkel zu verkommen.«

Wenn wir heutige Konflikte an allen möglichen Orten der Welt anschauen, sehen wir, dass Unabhängigkeit und ziviler Ungehorsam in vielen Bewegungen eine hohe Wertschätzung genießen - und auch die Satyagraha Gandhis, die »Kraft der Wahrheit« oder »Kraft der Güte«. In Bewegungen auf der ganzen

Welt, in der Verteidigung gegen das »Land Grabbing« durch Agrobusiness und Großinvestoren... überall geht es darum, die Hand abzuwehren, die uns angreift, um ungerechte Machtstrukturen durchzusetzen. Gandhi hat im indischen Dorf das Zentrum der Autarkie gesehen. Heute entstehen vielerorts Produktions- und Dorfgemeinschaften, die sich Unabhängigkeit in jeder Hinsicht zum Ziel nehmen. Als erste Priorität: Sich selbst zu versorgen bei den Grundbedürfnissen des täglichen Lebens und Arbeitsmöglichkeiten und ein Leben in Würde für alle.

Ernst Friedrich Schumacher, weltweit bekannt durch sein Buch »Small is beautiful« sah in Gandhi »den wichtigsten Lehrer der Ökonomie unserer Zeit«! ●

Die komplette Featurereihe »Gandhi Reloaded« gibt es als Podcast zum kostenlosen Download auf www.alleweltonair.de

Gandhis »Constructive Program« ist nachzulesen unter

<http://www.mkgandhi.org/cnstrct/cnstrct.htm>

ANZEIGEN

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT



Niddastraße 64 60329 FRANKFURT
express-afp@online.de
www.express-afp.info
Tel. (069) 67 99 84

Ausgabe 1/14 u.a.:

- »Die schwerste Arbeit liegt noch vor uns!« - ein Gespräch mit Jeffrey Raffo über Organizing in Deutschland
- »Niveaubestimmung« - In den Markt eingreifen, aber wie? Ein Beitrag zur tarifpolitischen Debatte im Gesundheitsbereich
- Willi Hajek: »Zwangsdialoge«. Ein Blick auf französische Zustände
- Rolf Geffken: »Harmonie und Klassenkampf« - Bericht über eine internationale Konferenz zur Transformation kollektiver Arbeitsbeziehungen in Beijing
- Niels Kadritzke: »Kein Kommunikationsproblem«, die Kluft zwischen regierungsamlichem Optimismus und der Wahrnehmung der Wirklichkeit in der griechischen Bevölkerung
- Pantelis Boukalás: »Überschusslyrik«, ein Kommentar zu den Versprechungen griechischer Politiker

Ich möchte den express kennenlernen und bestelle die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. VK.)

Besser leben durch Zeitwohlstand?



»Es bleibt noch viel zu tun, damit wir weniger tun müssen«, dieser, im Buch vorletzte Satz ist die Quintessenz der hier angezeigten Veröffentlichung. In ihr berichtet das Leipziger Konzeptwerk Neue Ökonomie darüber »Wie wir anders arbeiten, nachhaltig wirtschaften und besser leben« (Untertitel) können. Es geht also um Muße, Selberrichten, Kontakt und Sinn. Wieder einmal um die Frage, was eigentlich »Wohlstand« heute genau bedeutet und die simple Tatsache, dass Zeit nicht vermehrbar ist. Wohlstand heute auch – wenn nicht vorrangig – bedeutet, über die eigene Zeit zu verfügen. Mit diesem Ansatz ragt das Buch etwas aus der kaum mehr bewältigbaren Menge an Literatur zu Postwachstum, Downshifting, Commons, Burn-Out und der schon 2009 benannten Mehrfach-Krise heraus.

Die vier AutorInnen und die zwei HerausgeberInnen gehen davon aus, dass das viel genannte »gute Leben für alle« das Ziel politischen Handelns sein sollte. Sie konstatieren dann aber, dass viele viel, wenn nicht zu viel arbeiten, und zwar unabhängig vom Einkommen, und viele eindeutig zu wenig verdienen und damit von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen sind.

Die feministische Soziologin Frigga Haug beschreibt die von ihr entwickelte Vier-in-einem-Perspektive, die die gleichberechtigte Aufteilung der »Arbeit« in Fürsorge, politisches Engagement, persönliche Entwicklung und Lohnarbeit vorschlägt. Hartmut Rosa fragt danach, wie Menschen wieder die ihnen fehlenden Resonanzverfahren machen können und Niko Paech weist auf die psychischen Deformationen der Wachstumsgesellschaft hin und skizziert die persönlichen und gesellschaftlichen Gewinne einer Ökonomie, die nicht mehr auf Wachstum und Naturzerstörung fußt.

Sympathisch ist, dass fast alle AutorInnen die gängige Bewertung von Arbeit und deren geschlechtsspezifische Zuweisung und Abwertung kritisieren. Das Buch kann nach drei Monaten nochmals gelesen werden. Denn auch dann wird der nachfolgende Passus von Lena Kirschenmann noch gültig sein »Wir verfehlen unser Ziel. Die auf Wachstum ausgerichtete Wirtschaftsweise ist ökologisch nicht tragbar, führt zu psychischer Belastung sowie hohen Einkommensunterschieden und ungleicher Arbeitsbelastung. Der materielle Wohlstand steigt, das Wohlbefinden nicht. Es ist an der Zeit, über Alternativen nachzudenken.« Das Buch »Zeitwohlstand« ist ein empfehlenswerter Beitrag dazu.

Unter <http://www.zeitwohlstand.info/videos/> können die Vorträge der Veranstaltungsreihe in Leipzig angesehen werden.

Bernd Hüttner

Konzeptwerk Neue Ökonomie (Hrsg.): Zeitwohlstand; oekom Verlag, München 2013, 106 Seiten, 16,95 EUR (als PDF open access hier <http://www.zeitwohlstand.info/wp-content/uploads/2012/07/Zeitwohlstand.pdf>)

Von Stendal lernen?



Während die Politik noch behauptet, ländliche Regionen nicht aufzugeben, sieht die Realität in dünn besiedelten Räumen längst anders aus. Die schrumpfende Bevölkerung und andere Faktoren verunmöglichen es, eine flächendeckende Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse herzustellen. Der chronisch unterfinanzierte Staat kann auch nicht mehr mit Subventionen ausgleichen wirken.

Das Schrumpfen erfordert nicht nur in Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern Erneuerung und Modernisierung, ja es ermöglicht ein radikales Umdenken. Aus der Not und aus Überzeugung beginnen BewohnerInnen, sich um Fragen ihrer Lebensqualität selbst zu kümmern. Sie engagieren sich für Wasser-, Gas- und Stromversorgung, Verkehr, Gesundheit, Schulbildung, Freizeit und Kultur. Sie gründen freie Schulen, erfinden ihre eigene Abwasserversorgung oder stoßen neue Formen der Energiegewinnung an. Sie schaffen und erhalten Arbeitsplätze und lenken die Wertschöpfung wieder stärker in den Nahraum zurück.

Raumpioniere nennt sie dieses Buch und sie können sowohl Einheimische sein, als auch Zugezogene. Sie haben eine Wünschelrutenfunktion. Statt einer eh illusionären Sicherheit oder anderswo definierten Standards nachzujagen, gehe es jetzt, so die These um neue Kooperationen zwischen Bürgergesellschaft und staatlichen Instanzen. Diese könnten Konzepte der

Kritik- und Alternativbewegungen der letzten Jahrzehnte (Selbstorganisation, Kreativität, Dezentralisierung, Selbstorganisation und Eigenverantwortung) nutzen – mit dem Ziel – stattdessen – Vertrauen aufzubauen und lokale Lösungen zu finden.

Das Buch skizziert theoretische Konzepte einer Raumpolitik, die einer anderen Entwicklungslogik folgen, und damit neue, nicht ganz widerspruchsfreie Konzepte von »Regieren« und gesellschaftlicher Regulierung mit sich bringen. Denn die Raumpioniere sollten ja nicht die billigen Trüffelschweine für neue Verwertungsmodelle eines grünen Post-Neoliberalismus sein, und bürgerschaftliches Engagement kann und darf nicht zur Kompensation weggefallener staatlicher Leistungen missbraucht werden. Nicht zuletzt stellt das im Umfeld des Bauhauses in Dessau entstandene Buch ein Dutzend Projekte aus der Praxis vor. Diese Mischung macht es interessant und wirklich lesenswert. Die drei am Schluss skizzierten Utopien für das Jahr 2050 verdeutlichen dann, dass vieles möglich ist, etwa eine sozialökologische »Rurale Republik Harz« mit 800.000 EinwohnerInnen. Wünschenswerter und womöglich realistischer als die Wiederkehr der »Vollbeschäftigung« ist jene allemal.

Bernd Hüttner

Kerstin Faber, Philipp Oswald (Hg.): Raumpioniere in ländlichen Regionen. Neue Wege der daseinsvorsorge, Verlag Spector Books, Leipzig 2013, 216 Seiten, 25 EUR

Ein Panorama alternativen Lebens



Wer einen strukturierten Bericht zu einer der bedeutenden selbstverwalteten Gemeinschaften Westeuropas erwartet, wird auf den ersten Blick vom Longo mai-Buch enttäuscht sein. Der Autor Andreas Schwab ist zwar Historiker, verzichtet jedoch weitgehend auf eine distanzierte, beobachtende Haltung, sondern hat einen Reportage-artigen Reisebericht mit spürbarer eigener Anteilnahme verfasst. Damit nimmt er die LeserInnen mit auf seine Entdeckungstour zu mehreren Landkooperativen nach Südfrankreich, der Schweiz, Kärnten und Deutschland. Nicht zuletzt die lebendige, farbige Bebilderung trägt dazu bei, Klima und Lebensumstände eindrücklich nachvollziehbar zu machen.

Auch wenn es in den letzten Jahren ruhiger geworden ist um Longo mai, so galt die Kooperative vor allem in der Schweiz und in Österreich in den 70er- und 80er-Jahren als wichtiges Projekt mit Ausstrahlung, das auch für Gesprächsstoff in der Öffentlichkeit sorgte. 1973 brachen ein paar Jugendliche aus der Schweiz Richtung Provence auf, um dort einen Traum zu verwirklichen, der heute an gesellschaftlicher Bedeutung eher noch zugenommen hat: Auf 270 Hektar verlassenen Wald- und Ackerland gründeten sie zusammen mit anderen die Landkooperative Longo mai, belebten alte bäuerliche Traditionen wie die Wanderschäferei wieder und »bauten auf der Basis von Solidarität, Handwerk und Landwirtschaft freie und selbstverwaltete Kooperativen in Randregionen auf.«

2013 existiert Longo mai noch immer: 200 Menschen leben basisdemokratisch in mehreren Kooperativen zusammen und es eint sie der Wille, den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen zu trotzen und ein alternatives Modell jenseits des Kapitalismus zu leben.

Der Autor lässt die LeserInnen teilhaben an seinen unterschiedlichen Begegnungen in den Kooperativen: Dabei traf er eine junge Ziegenhirtin, die gern ausgelassen feiert und für eine bessere Welt kämpft, eine Journalistin aus der ehemaligen DDR, die nach der Wende ihre Träume nicht verraten wollte, und einen radikalen Gesellschaftskritiker, der Agro-Gentechnik konsequent ablehnt und sich am Aufbau einer eigenen Tauschbörse für Saatgut beteiligt hat.

Bei all den Begegnungen wird sowohl die Faszination deutlich, die Longo mai auf den Autor ausübt, als auch sein stetiger Versuch, die Geschichte, die inneren Strukturen sowie die schwierigen Wege der Entscheidungsfindung der Kooperative auszuleuchten. Auf diese Weise gelingt ihm eine nachvollziehbarere Darstellung gelebter Utopie als sie eine nur auf Fakten basierte Recherche leisten könnte. Parallel zur Entstehung des sehr lesenswerten Buchs hat der Autor eine Wanderausstellung zu 40 Jahren Longo mai konzipiert.

Peter Streiff

Schwab, Andreas: Landkooperativen Longo mai, Pioniere einer gelebten Utopie. Rotpunktverlag Zürich, 2013, 240 S., ISBN 978-3-85869-560-4, 29,90 Euro. Website zur Wanderausstellung »Die Utopie der Widerspenstigen, 40 Jahre Longo mai« <http://www.prolongomai.ch/die-kooperativen/berichte-von-den-höfen/ausstellung>

Punk in Deutschland



»(Über) Punk kann man nicht rein akademisch schreiben, ohne der Sache zu schaden« erklärte der Poptheoretiker Martin Büsser einst. Sein Zitat könnte um die Erkenntnis erweitert werden, dass die akademische Auseinandersetzung auch nur wenig neue Erkenntnisse für oder über die Subkultur bietet.

Diesen Vorwurf müssen sich wohl auch die Herausgeber dieses Buches partiell gefallen lassen. Viele der von ihnen angesprochenen Themen und Aspekte sind regelmäßiger Gegenstand von historischen Artikeln in einschlägigen Szenepublikationen (Fanzines etc.) - z.B. die Chaostage, APPD, Skinheadkultur und »Punk in der DDR«.

Einleitend präsentieren die beiden Herausgeber Philipp Meinert und Martin Seelinger unter dem Titel »Punk in Deutschland. Sozial- und kulturwissenschaftliche Perspektiven« eine kurze und prägnante Geschichte des Punkrocks – inkl. einer wissenschaftlichen Einordnung desselben. Neue Erkenntnisse bieten sie nicht – lediglich eine gute Einführung ins Thema. Einzelne Aspekte fehlen mir persönlich darin, aber das sind / wären szeneernter Diskussionen.... In weiteren Beiträgen geht es u.a. um das Verhältnis von »Punk und Anarchismus« (Peter Seyferth), »Chaostage und Facebook-Partys« (Oliver Herberthz) und »Liebes Stimmvieh, die APPD ist eine ganz normale Partei...« (Philipp Meinert). Viele Beiträge wirken dilettantisch und bieten dem Zielpublikum, das von den Herausgebern als ein Publikum, das »sich aus einer sozial- und kulturwissenschaftlichen Perspektive für Punk interessiert« definiert wird, nichts Neues.

Anhand von Interviews mit den deutschen Oi!-Bands Volxsturm, Loikämie und Stomper 98 arbeiten so z.B. Sebastian Bitterwolf und Moritz Müller die in den Songs und Aussagen der Bands auftauchenden Identifikationselemente der Skinheads subkultur heraus. Die Ergebnisse sind allerdings wenig verwunderlich, wenn man sich ein bisschen mit der Subkultur auskennt. Die Idee, einen Artikel über die wirtschaftswissenschaftlichen Aspekte des DIY-Prinzips zu schreiben, wie es Nejc M. Jakopin tut, spricht zwar für einen gewissen Witz, ignoriert aber auch die dahinter liegenden Beweggründe für dieses Prinzip, die über eine stupide Kapitalismuskritik hinausgehen und ihre primäre Quelle in einem Drang nach Unabhängigkeit haben. Nebenbei bemerkt gilt die Band Ton Steine Scherben in Deutschland als Vorreiter jenes D.i.Y.-Gedankens, d.h. dass sich ein solcher Gestus auch in anderen Richtungen vor Punkrock finden lässt. Der Band streift auch andere Stilrichtungen (NDW, Elektropunk) und Kunstformen (Super-8-Filme, Literatur), die Affinitäten zu Punkrock hatten. Damit spannt er einen weiten Bogen – und überspannt ihn dabei gelegentlich. Einige Beiträge wirken leider auch eher wie wissenschaftliche Hausarbeiten für ein Bachelorstudium als wissenschaftliche Analysen.

Wirklich relevant erscheinen mir lediglich drei Beiträge in jenem Sammelband ->Pogo auf dem Alltag« (Anne Hahn), ein Beitrag über die DDR-Punkgeschichte, »Punkrezeption in der BRD 1976/1977 und ihre teilweise Auflösung 1979« (Thomas Hecken), eine Auseinandersetzung mit der ersten medialen Rezeption in Deutschland, und »Alle Macht der Super-8« (Daniel Kulle), eine Auseinandersetzung mit der Hobby-Filmzene Anfang der 80er Jahre.

Insgesamt bleibt ein zwiespältiger Eindruck nach der Lektüre zurück. Mir ist nicht ganz klar, wer der konkrete Adressat sein soll und warum manch ein Beitrag statt in einem Fanzine, wo er hingehören würde, in Buchform erscheint. Einzelne Beiträge bieten interessante Aspekte; vieles ist aber leider kalter Kaffee und verbleibt in der Affirmation gängiger Thesen und Argumentationen bekannter Jugendforscher (Klaus Farin), Aktivisten (Karl Nagel) oder Poptheoretiker (Martin Büsser). Dabei gäbe es sicherlich noch einzelne Aspekte, die einer Untersuchung harren. Vielleicht sollte man nach der Lektüre des Buches nicht den Punk sondern eher die kulturwissenschaftliche Forschung über Punk für tot erklären.

Maurice Schuhmann

Philipp Meinert / Martin Seelinger (Hg.): Punk in Deutschland. Sozial- und kulturwissenschaftliche Perspektiven, transcript Verlag, Bielefeld 2013, 29,99 Euro, 312 Seiten.

Staat und nazistisches Terrornetzwerk »NSU«

In der Zeit des Kalten Krieges zogen der amerikanische Geheimdienst CIA und befreundete Geheimdienste mit Hilfe neofaschistischer Gruppen das Projekt Gladio auf. Geheime Waffenlager wurden angelegt, mit Terroraktionen Unruhe in der Bevölkerung bewusst angeheizt.



Sinn des kriminellen Spektakels war es, im Fall einer kommunistischen Machtergreifung, vor allem in Italien, mit Hilfe neofaschistischer, gut bewaffneter Kräfte die »Ordnung« wiederherzustellen. Der jüngste Skandal um den durch seine Mordserie zu trauriger Berühmtheit gelangten »Nationalsozialistischen Untergrund« erinnert entfernt an den Gladio-Skandal. Allerdings, so Wolf Wetzel in seinem Buch, geht es hier dem Kapital weniger um eine faschistische Diktatur, denn die kapitalistischen Interessen werden in der Demokratie prima bedient, sondern, so die These des Autors, um die Einzementierung des Alltagsrassismus. So wurde von den Ermittlungsbehörden und den Medien lange das Bild von Bluttaten unzivilisierter oder miteinander verfeindeter »Ausländer« transportiert, ehe sich die wahren Täter – eben einige Neonazis – nicht mehr verheimlichen ließen. Wetzel folgt Spuren, prüft Daten und stößt auf jeder Seite seines Buches auf Merkwürdiges. So hielt der deutsche Verfassungsschutz ständige Kontakte zu der Terrorzelle, ja einer der Beamten war bei einem der Morde dabei. Auch als es um die große Aktenvernichtung ging, die in etlichen Ämtern der Aufdeckung des Skandals folgte, wurde dieses mit »deutscher Gründlichkeit« durchgeführt. Letztlich erscheint auch der Mythos einer isolierten Drei-Personen-Killerzelle als lächerlich. Was sich nicht mehr leugnen lässt: Eine nicht zu übersehende gewaltbereite Neonazi-Szene ist fester Bestandteil des politischen Untergrunds. An dieser Tatsache sollte sich progressive Politik zukünftig orientieren.

Roman Schweidlenka

Wolf Wetzel: Der NSU-VS-Komplex. Wo beginnt der Nationalsozialistische Untergrund – wo hört der Staat auf? Unrast Verlag, Münster 2013, 180 Seiten, 14 EUR

Neues Eurotopia-Verzeichnis 2014: Gemeinschaften und Ökodörfer in Europa



»Nachhaltigkeit beginnt damit, dass Menschen sich auseinandersetzen und lernen, Probleme gemeinsam zu lösen. Lebensgemeinschaften sind Übungsfelder für eine Kultur der Toleranz und Achtsamkeit« schreiben die MacherInnen des neu erschienen Eurotopia

Verzeichnisses. Zu Beginn des Buches finden sich Artikel zur Gemeinschaftsgründung, zur gesellschaftlichen Relevanz von Gemeinschaften, zur wissenschaftlichen Forschung in und über Gemeinschaften und zur Definition von »Gemeinschaften« für dieses Buch. Nach einem kurzen Abschnitt mit einer statistischen Auswertung der ins Buch aufgenommenen Gemeinschaften, folgen dann – nach Ländern und innerhalb dieser nach Alphabet des Namens der Gemeinschaft sortiert – die Beschreibungen. Weiter sind die Adressen in eine Landkarte eingetragen. Eurotopia 2014 enthält Selbstbeschreibungen von 430 Gemeinschaften, Ökodörfern, Siedlungs- und Wohnprojekten, die Vorstellung von globalen oder europäischen Netzwerken von Gemeinschaften und weitere Adressen.

Seit 1996 sind vier Ausgaben des Verzeichnisses erschienen, dies ist nun die fünfte. Sie versammelt wiederum mehr Gemeinschaften als in denen zuvor. Allein für Deutschland sind 180 Projekte (etwa 20 davon im Planungsstadium) aufgeführt: Von der Kommune, in der Geld geteilt wird, über Selbstversorger und esoterische Gruppierungen bis hin zum etablierten Mehrgenerations-Wohnprojekt ohne gemeinsame Ökonomie ist alles vertreten. Das Buch bietet, so die HerausgeberInnen »einen Überblick über eine Bewegung, die Alternativen zur Ellbogengesellschaft aufzeigt, in der mit Lust das Wesentliche gelebt wird, die inspiriert und verblüfft.«

beh

Das Buch ist in deutscher und englischer Sprache erhältlich (520/484 Seiten) und kostet jeweils 20 Euro. Es ist versandkostenfrei über www.eurotopia.de erhältlich. Per Post bei eurotopia, Ökodorf Sieben Linden, Poppau, 38489 Beetendorf.

MACHTSTRUKTUREN

Gab es Kampagnen gegen Satellenschüsseln? Mit Massen-Suggestion die Energiewende ausbremsen

Die Konzerne der Energiewirtschaft bedienen sich regelmäßig der Massen-Suggestion, um positiven Entwicklungen, die sie insgesamt nicht aufhalten können, partiell negative Richtungen zu geben und sie zu verzögern. Der Flurschaden für die Volkswirtschaft, für die demokratische Entwicklung sowie für den inneren und äußeren Frieden, ist immens. Es ist höchste Zeit, dass sich Bürger, Politik und Unternehmen von dieser Einflussnahme emanzipieren.

HENRIK PAULITZ, REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN • Erinnern wir uns nur an »Desertec«, die Wüstenstromphantasie von Siemens, RWE, Deutscher Bank und anderen der Crème de la Crème der deutschen Wirtschaft. Die Konzerne vermittelten in der Öffentlichkeit das Bild, schon bald würde Solarstrom aus der Sahara morgens Toaster und Kaffeemaschine betreiben. Heute, nur wenige Jahre später spricht niemand mehr von Desertec. Im Nachhinein zeigt sich: Durch Massen-Suggestion wurde eine reine Fiktion zur vorweggenommenen Realität.

In den 1990er Jahren vermittelte eine weitere Kampagne der Energiekonzerne die Botschaft, erneuerbare Energien könnten auch langfristig maximal 4% zur Stromversorgung Deutschlands beitragen. Das wurde von vielen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft geglaubt. Auch dies war aber nur das Ergebnis erfolgreicher Massen-Suggestion. Heute tragen die Erneuerbaren mit rund 25% zur Stromversorgung bei und selbst der ehemalige Umweltminister Altmaier räumte hinter vorgehaltener Hand ein, dass in nur wenigen Jahren, nämlich schon 2020, bereits 100% realisierbar wären.

Inszeniert Debatten

Nach Fukushima wurde monatelang die Sau durchs Dorf getrieben, die sofortige Abschaltung von Atomkraftwerken könne zu »Blackouts« bei der Stromversorgung führen. In absurder Weise wurde eine Debatte inszeniert, ob das Atomkraftwerk Biblis noch als »Kaltreserve« benötigt werde. Wie viele »Ressourcen«

wurden damit vergeudet, auch diese neue »Erfindung« der Konzerne mit besorgten Mienen hin und her zu rechnen? In der Realität kam es, natürlich, nicht zu Stromausfällen. Vielmehr exportierte Deutschland sogar jede Menge Strom ins Ausland.

Bedrohte Konzernmacht

Seit Jahrzehnten befeuern die Energiekonzerne in dieser Gesellschaft einen Streit um die Weiterentwicklung der Energieversorgung, insbesondere mit dem Ziel, die massenhafte Markteinführung dezentraler Techniken wie der Photovoltaik zu verhindern. Gab es vergleichbare Desinformations- und Behinderungskampagnen von Großbanken und Industrie gegen die Einführung von Computern, Handys oder Smartphones? Gab es bei der massenhaften Einführung von Satellitenschüsseln Kampagnen gegen die Verschandelung unserer Städte, Gemeinden und Gebäude?

Die Energiewende bedroht offenkundig den Kern alter Machtstrukturen, die sich mit Händen und Füßen gegen die Moderne wehren. Es geht in der Tat um den Wechsel vom Atom- ins Solarzeitalter. Es geht global um ein Billionengeschäft und um die Frage, ob davon wie bei den Zentralstrukturen wenige oder wie bei der dezentralen Energiewende alle profitieren.

Meisterstück der Demagogie

Nach Fukushima wagten sich die Politiker aus der Deckung. Die Modernisierung der Energiewirtschaft, die Energiewende, wurde zum offen und nahezu einhellig getragenen Projekt dieser Gesellschaft. Endlich durften Politiker, Parteien und Wirtschaftsführer das sagen, was sie schon lange dachten. Die Atomkonzerne waren in der Defensive und so löste sich ein dumpfer Nebel des Schweigens und der Angst. Das war ein herber Rückschlag für die Konzerne und eine massive Bedrohung auch für die externen Profiteure des konventionellen Energiesystems, wie u.a. für die westlichen Ölmultis, die globale Finanzelite, den russischen Gasriesen Gazprom

sowie für Königshäuser wie in Saudi-Arabien und Katar.

Derart in der Defensive mussten die Energiekonzerne zunächst so tun, als trügen sie die Energiewende mit, während sie zeitgleich verlangten, das Erneuerbare-Energien-Gesetz umzubauen. Dafür wurde der Anschein erweckt, als seien die Erneuerbaren unbezahlbar. Die schlichte Botschaft, die wider besseren Wissens in Form einer Gehirnwäsche seitdem in das kollektive Bewusstsein dieser Gesellschaft gepresst wird, lautet: Energiewende gleich Kostenexplosion. In zahllosen Medienberichten wurde zudem auch mit anderen Argumenten Verunsicherung geschürt und insbesondere die Solarenergie gezielt diskreditiert.

Was noch vor einem Jahr das positiv besetzte Top-Thema der Politik war, praktisch einhellig getragen von allen Parteien im Bundestag, wurde im letzten Bundestagswahlkampf zur "no go area". Wenn das Thema zur Sprache kam, beeilte sich jeder zu beteuern, dass der Solarenergie-Ausbau sofort nach der Wahl ausgebremst werden müsse. In den Konzernen konnten die erfolgreichen PR-Strategen die Champagnerflaschen hervorholen und das neue Meisterstück der Demagogie feiern.

Teuerste Erneuerbare privilegiert

Entsprechend bremsen die aktuellen Strategien den flächendeckenden Ausbau der Windenergie an Land. Außerhalb von Top-Standorten soll es keine neuen Anlagen mehr geben. Dabei ist die Oneshore-Windenergie die preisgünstigste unter den Erneuerbaren. Obwohl die Windenergie an Land fast die Hälfte des in Deutschland produzierten Erneuerbaren Stroms ausmacht, liegt auf der Kostenseite der Anteil der Windenergie an der EEG-Umlage unter 20 Prozent. Die mittleren Stromgestehungskosten der Windenergie an Land berechnet auf 20 Jahre Betrieb schwanken laut einer aktuellen Studie von WindGuard standortabhängig zwischen gut 6 Cent pro Kilowattstunde an Standorten mit sehr starkem Wind und 11 Cent pro Kilowattstunde an Standorten mit sehr schwachem Wind (<http://www.trendresearch.de/studie.php?s=562>).

Dennoch und trotz der Behauptung die Kosten eindämmen zu wollen, plant die neue Bundesregierung vor allem die Windkraft auf hoher See auszubauen, die in der Hand der Energiekonzerne liegt. Die Betreiber von Offshore-Windparks bekommen die höchste Förderung von 19 Cent je Kilowattstunde auch dann noch, wenn ihre Anlage erst 2019 statt wie bisher vorgeschrieben spätestens 2017 ans Netz gehen. Sie werden zu den eigentlichen Kostentreibern der Energiewende.

Große Koalition der Bürger

Der Koalitionsvertrag ist ein „Energiewende-Torso“. Die neuen Ausbauziele beim Ökostrom liegen niedriger als die der ehemals schwarz-gelben Bundesregierung. Das Ausbautempo für scheint Wind-, Solar- und Biomasse-Energie wird um etwa ein Drittel gegenüber dem bisherigen Fahrplan gesenkt. Auch weiterhin wird die konventionelle Energiewirtschaft mit den Mitteln der Massen-Suggestion den Prozess der dezentralen Energiewende stören, beeinträchtigen, manipulieren und verzögern, insgesamt aber nicht aufhalten. Denn Träger der dezentralen Energiewende sind nicht wenige Großakteure, die mit ihren gegenseitigen, auch globalen Marktabsprachen dazu verdammt sind, in den alten Strukturen zu verharren. Träger sind vielmehr ungezählte Akteure, die insgesamt Kurs halten werden. Es ist daher davon auszugehen, dass das aktuelle Kommunikationsverhalten in Politik und Wirtschaft bei Manchen nur ein äußeres "Wegducken" ist. Insofern herrscht längst große Einigkeit in Deutschland, dass die dezentrale Energiewende uns allen nützt und nicht mehr aufzuhalten ist. Es wird in Deutschland viele Akteure auf allen Ebenen geben, die im Rahmen ihrer jeweiligen Möglichkeiten auch weiterhin die Energiewende im Interesse des Gemeinwohls voranbringen. Einigkeit und Recht und Freiheit – all das hat auch mit der Energiewende eine Menge zu tun. Jeder steht hierbei in der Verantwortung, mutige Schritte zu wagen. Energiegenossenschaften und Energie in Bürgerhand sind Ziel und wichtige Instrumente hierfür. ●

ERGEBNISSE EINER STUDIE

»Wir sind die Energiewende«

Der Beitrag der Bürger in Deutschland zur Energiewende ist bereits fast viermal so groß wie der der Energieversorger - das zeigt eine aktuelle Studie. Sie wurde am 23.10.2013 in Berlin präsentiert. Bürger betreiben fast die Hälfte der installierten Bio- und Solarenergie und zudem mehr als die Hälfte der installierten Windenergie. Das Marktforschungsinstitut trend:research stellte zusammen mit der Leuphana Universität Lüneburg auf einer Fachtagung in Berlin die Studie »Definition und Marktanalyse von Bürgerenergie in Deutschland« vor.

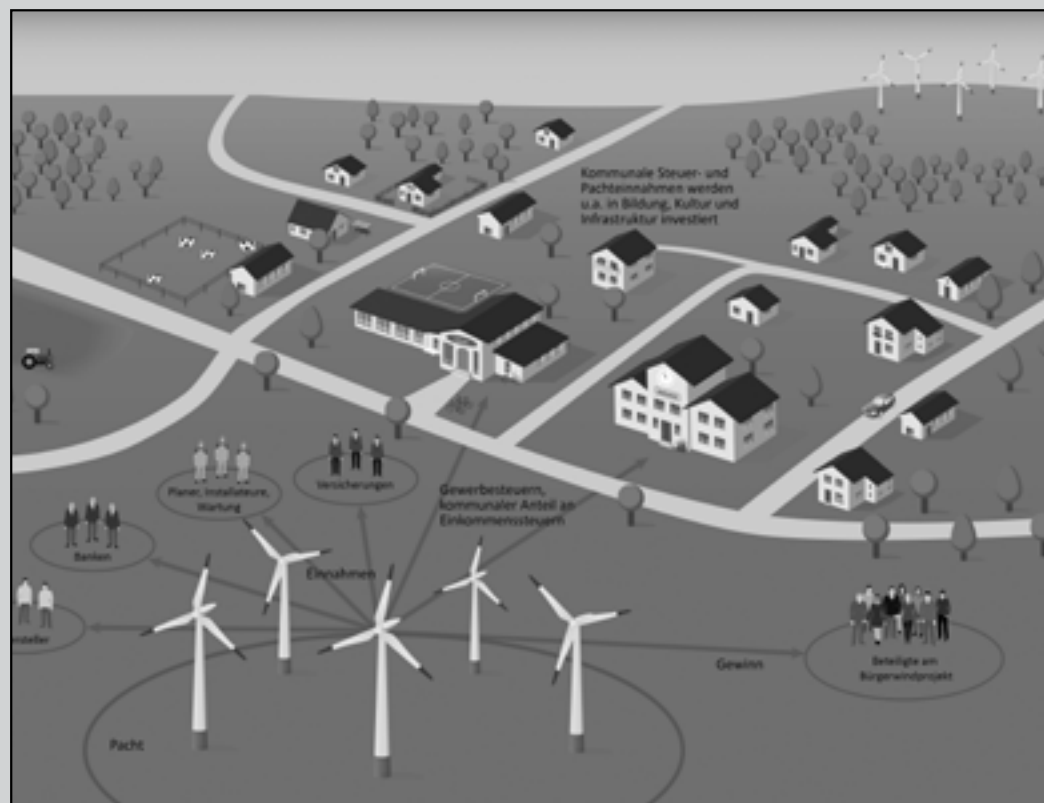
Die Studie differenziert bei der Bürgerenergie zwischen drei Akteursgruppen: den Einzeleigentümern, den Bürgerenergiegesellschaften, zu denen vor allem die Energiegenossenschaften gehören, und der Bürgerenergie im weiteren Sinne. Die Akteure unterscheiden sich in Beteiligungsgrad und Regionalität. Auf die Einzeleigentümer entfällt etwas mehr als die Hälfte der installierten Bürgerenergie, vor allem bei der Solarenergie, bei der Windenergie sind viele Energiegenossenschaften zuhause. Mit gerade einmal 12 Prozent Anteil an den regenerativen Energieanlagen sind die Energieversorger beteiligt – Energiewende als bloßes Lippenbekenntnis?

Der Beitrag der Bürger zur Energiewende ist fast viermal so groß wie der der Energieversorger (Quelle: trend:research, Leuphana Universität Lüneburg, Stand 10/2013).

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien führte dazu, dass sich dieser Teil des Energiemarkts von einem nahezu monopolistischen zu einem polypolitischen Markt entwickelt hat. Bürgerenergie ist der Marktführer bei der Erzeugung von Ökostrom: Über 56.000 Gigawattstunden (GWh) wurden in Erneuerbare-Energie-Anlagen erzeugt, die Bürgern gehören. Das sind 43 Prozent des produzierten Ökostroms und immerhin über 10 Prozent des gesamten Stromverbrauchs in Deutschland.

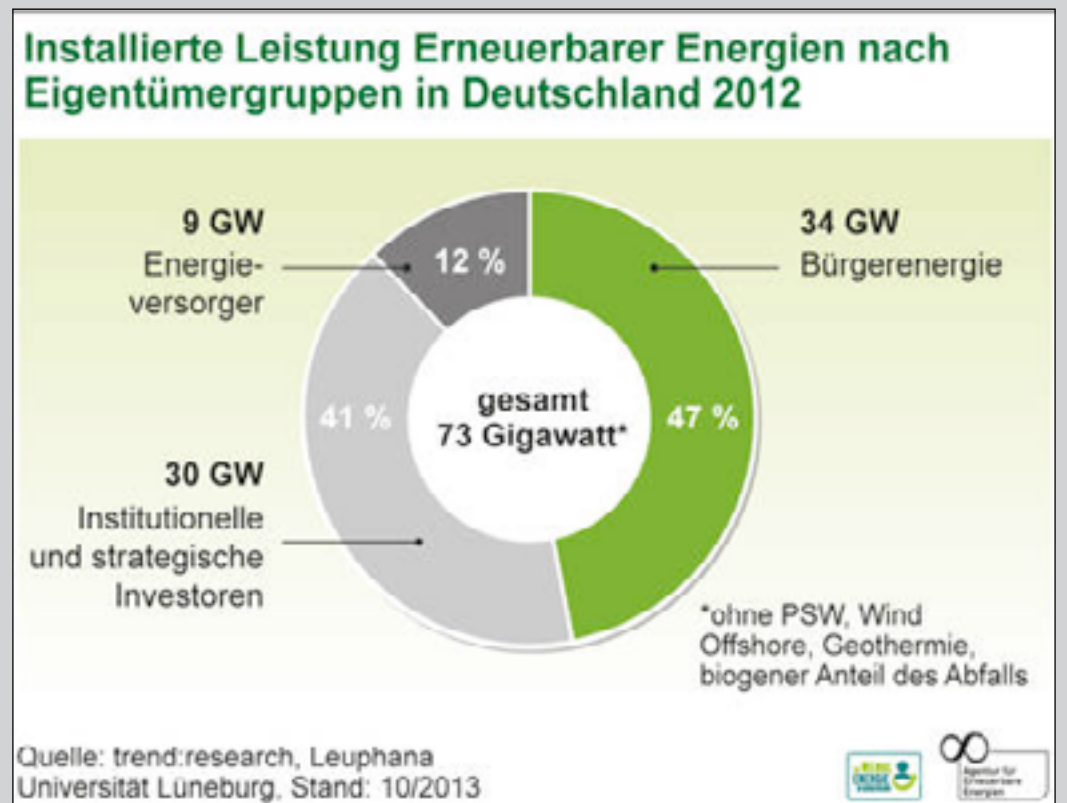
Das Erneuerbare-Energien-Gesetz hat dazu geführt, dass die Bürger sich an einer zunehmend dezentralen Energieversorgung beteiligen können. Veränderungen im bestehenden Gesetz könnten daher nur gemeinsam mit der Bürgerenergie diskutiert werden und jede Reform müsse sich daran messen lassen, ob die Energiewende in Bürgerhand möglich bleibt. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass die Bürger nicht nur bereit sind, Verantwortung für die dezentrale Energiewende zu übernehmen, sondern dafür bereits seit Jahren große Projekte erfolgreich schultern.

☞ <http://www.energiezukunft.eu/umwelt/wirtschaft/beitrag-der-buerger-zur-energie-wende-enorm-hoch/>



▲ Kommunale Wertschöpfung durch Bürgerenergie

Foto: BWE Bundesverband WindEnergie



▲ Der Beitrag der Bürger zur Energiewende ist fast viermal so groß wie der der Energieversorger (Quelle: trend:research, Leuphana Universität, Stand 10/2013)

ENERGIEGENOSSENSCHAFT MAIN-KINZIGTAL

Unterstützung, Zusammenarbeit und Risikostreuung

Voraussetzungen für den Einstieg ins Geschäftsfeld Windenergie

Die »Schöne Gela« dreht sich seit einigen Wochen. Das Windrad mit einer Nennleistung von 3 Megawatt ist die erste Windkraftanlage der Energiegenossenschaft Main-Kinzigtal eG. Das Projekt kam zustande durch die Einzahlung von über 130 Mitgliedern. Hierzu wurden gut 1,5 Millionen Euro Genossenschaftskapital eingeworben. Die anderen ca. 3,5 Millionen Euro finanzierte als Fremdkapital eine Landesbank im Norden Deutschlands als durchlaufendes Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW).

VON JÜRGEN STAAB, REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN ● Die Inbetriebnahme einer ersten eigenen Windkraftanlage bildete den Höhepunkt einer mehrjährigen, teils zähen Entwicklung der Energiegenossenschaft Main-Kinzigtal eG zwischen den Jahren 2010 und 2013. Die Genossenschaft wurde im Frühjahr 2010 nach einer Vorstellung der Idee durch den Gründungsberater des Genossenschaftsverbandes in Neu-Isenburg, Bernhard Brauner, mit zunächst fünf Mitstreitern gegründet. Vor der Gründung hatten sich mehrere Interessierte zu Stammtischen zusammengefunden, meist Photovoltaikanlagenbesitzer aus der Region, einberufen vom jetzigen Vorstandsmitglied Jürgen Staab. So konnten sich die Gründungsmitglieder kennen lernen, was die Gründung der Genossenschaft erleichterte.

»Abenteuer« Windenergie

Bis heute wurden neun Photovoltaikanlagen auf gemieteten Dächern installiert. Die Mitgliederzahl erhöhte sich nur langsam. Ein hoher Zuwachs fand erst statt, als bekannt wurde, dass eine Windkraftanlage in einem Windpark mit zwölf Anlagen finanziert werden soll. Die Genossenschaft verfügt über eine recht gute Expertise auch zum Thema Windenergie. Mehrere Mitglieder sind im Bereich der Erneuerbaren Energien beruflich tätig. Da die Genossenschaft aber bei der Planung eines eigenen Windenergieprojekts Neuland betrat, wurden die Beauftragung der Planung und die rechtliche Bewertung in fremde Hände gegeben. Diese Vorgehensweise stieß auch seitens der Juristen im Genossenschaftsverband in einem von Mitgliedern der Genossenschaft absolvierten Tagesseminar auf Zustimmung.

Die Genossenschaft verfügt über die Absicherung ihrer Gremienmitglieder durch eine sogenannte D&O-Versicherung, eine Art Haftpflichtversicherung für Managementfehler. Trotzdem sollten sich die Verantwortlichen bei komplexen Themen wie die der Wind-

energie immer Hilfe von außen holen. Die Vorstands- wie auch Aufsichtsratsmitglieder sind gegenwärtig immer noch ehrenamtlich tätig. Eine organisatorische »Aufrüstung« durch fest angestellte Mitarbeiter ist bisher nicht angedacht. Die Gremienmitglieder vertreten aber die Auffassung, dass die administrativen Strukturen mit dem Ausbau der Geschäftstätigkeiten mitwachsen sollen.

Tipps zum Vorgehen

Für Energiegenossenschaften ist es nur sehr schwer möglich ohne Unterstützung durch einen Planer, eigene erste Windenergieprojekte umzusetzen. Gibt es in den eigenen Reihen keinen Projektentwickler, sind allein für Rechtsanwaltskosten pro Windprojekt mindestens 25.000 Euro zu veranschlagen. Diesen Betrag können kleine Photovoltaikgenossenschaften, die erst vor ein oder zwei Jahren gegründet wurden, nur sehr schwer aufbringen. Das »Abenteuer« Windenergie ist daher aus der Sicht der Gremienmitglieder der Energiegenossenschaft Main-Kinzigtal eG nur gelungen, weil die Genossenschaft schon über einen Kapitalstock sowie genügend Projekte und Mitglieder zu Beginn der Planungen zum Windpark verfügte.

Auch für etablierte Genossenschaften ist es schwierig, das Geld so aufzubringen, dass es passt. Gemeint ist damit: Den Mitgliedern sollte im Vorfeld zugesichert werden, dass sie das Geld zurückerhalten, wenn das Projekt nicht zustande kommt. Dies wurde auf Veranstaltungen der Genossenschaft immer wieder erläutert. Insofern empfiehlt es sich im Vorfeld, Informationsveranstaltungen anzubieten, um Mitgliedern und potentiellen Mitgliedern neben dem Zahlenmaterial auch die Bedingungen für die Teilhabe darzulegen.

Bei der Energiegenossenschaft Main-Kinzigtal bestand der Vorteil, dass sie auf den Projektierer und auch späteren Betreiber, einem kleinen Unternehmen aus der Region, ebenfalls hätte zurückgreifen können, wenn die 1,5 Millionen Euro nicht zum gewünschten Zeitpunkt zusammengekommen wären. Denn auch für den Projektierer war es wichtig, eine Genossenschaft bei dem Windpark mit ins Boot zu holen, die die Bürgerbeteiligung möglich macht.

Übernahme Unternehmersgesellschaft

Rechtlich vollzog sich die Übernahme des Windrads folgendermaßen: Die Genossenschaft erwarb zunächst ein Unternehmen mit der Rechtsform einer haftungsbe-



▲ Die »Schöne Gela« Windkraftanlage der Energiegenossenschaft Main-Kinzigtal eG, seit Ende November 2013 im Betrieb, produzierte im Monat Dezember 760.000 kWh CO₂-freien Strom. Foto: privat

schränkten Unternehmersgesellschaft (UG), die zu 100 Prozent vom Projektierer übernommen wurde. Hierfür wurde ein Kaufpreis verhandelt, der das Windrad »schlüsselfertig« an die Genossenschaft liefert. Diese Betriebs-UG wird, wenn Erträge fließen, automatisch in eine GmbH umgewandelt: Sobald das Stammkapital von 25.000 Euro erreicht ist, wird die UG zur GmbH. Die Windkraftanlage hat Ende Dezember 2013, also innerhalb von drei Wochen nach Übernahme der Anlage bereits 30.000 Euro erwirtschaftet. Entsprechend erweist sich diese Umwandlung nur als eine Frage der Zeit. Allerdings fallen hierfür weitere Notarkosten an, da die GmbH ins Handelsregister eingetragen werden muss.

Betreiber des Windrads ist die projektierende Firma. Allerdings wurde vereinbart, dass die kaufmännische Betriebsführung – anders als die technische Betriebsführung – von der Genossenschaft selbst erledigt wird. Dies ist sinnvoll, da die gesamte Buchhaltung und Bilanzenprojekte in der Region befinden sich in Planung. So werden seit Monaten dazu Gespräche mit Bürgermeistern und anderen kommunalen Vertretern geführt. Zurzeit engagiert sich die Genossenschaft für ein Repoweringprojekt, bei dem kleine Anlagen, die seit 1996 in Betrieb sind, durch neue Windkonverter im

3-Megawattbereich ausgetauscht werden sollen. Hier wird die Genossenschaft – nach vorheriger Prüfung und Verhandlung mit dem Projektierer – voraussichtlich zwei Windräder übernehmen. Seitens der Genossenschaft wird bevorzugt, möglichst über ein Windrad in verschiedenen Windparks zu verfügen als über mehrere Windräder in nur einem Park. Auf diese Weise kann die Anhäufung von Risiken vermieden werden.

Risiko breiter streuen

Dies setzt auch voraus, dass jeweils alle Standorte »gut« sind. Damit ist gemeint, dass jeder Windpark mindestens eine mittlere Windgeschwindigkeit von sechs Metern pro Sekunde aufweist. Dies muss durch entsprechende Windgutachten geprüft werden, da es zu Windkraftanlagen im Wald bisher keine umfangreichen verlässlichen Messungen gibt. Trotzdem geben die ersten Wochen Windkraftenergieerfahrung der Energiegenossenschaft Main-Kinzigtal eG Anlass zur Hoffnung, dass die prognostizierten Werte erreicht werden. Informationen zur Genossenschaft sowie Unterstützungsanfragen für Windprojekte sind über die Website www.energiegenossenschaft-mainkinzigtal.de abrufbar. ●

REGIONALENTWICKLUNGSGENOSSENSCHAFT

Sind Genossenschaften gemeinsam stärker?

Auf der Suche nach geeigneten Unterstützungsstrukturen

Aus der gemeinsamen Analyse der aktuellen Situation für Bürgerbeteiligung bei der Energiewende und den unklaren Perspektiven schlossen sich einige Akteure aus Energiegenossenschaften in Baden-Württemberg zusammen. Sie prüfen den Eintritt in neue Geschäftsfelder, der einzelnen Genossenschaften bisher verwehrt ist. Insbesondere bei Windparks hatten sie bisher die Erfahrung gemacht, dass einzelne Genossenschaften nicht zum Zug kommen. In Baden-Württemberg existiert bisher nur ein genossenschaftlich realisiertes Windrad.

TORSTEN SCHWARZ, REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN ● Die grüne Landesregierung in Baden-Württemberg schenkt dem Ausbau der Windkraft viel Beachtung. Sie wünscht ausdrücklich die Beteiligung der Bürger bei der Planung und beim Besitz. Da sollte doch etwas möglich sein? Den wahrgenommenen politischen Rückenwind wollten einige Energiegenossenschaften »beim Schopfe greifen« und sich gemeinsam um Flächen des Staatsforstes bewerben. Die Grundidee: »Wir bündeln die Kraft der Genossenschaften und verschaffen uns Zugang zu Projektrechten an großen Erzeugungsanlagen, vorrangig der Windenergie.« Ein kleines Gründungsteam leistet binnen weniger Wochen die erforderliche Vorarbeit: Satzung, Geschäftsplan und handelnde Akteure wurden zusammengestellt. Die Genossenschaft war schnell gegründet. Im Juni 2013 führten zehn Bürgerunternehmen eine Gründungsversammlung durch und die REGE BW als regionale Projektentwicklungsgenossenschaft war gegründet. Der Vorstand hat seine Arbeit aufgenommen. Die ersten Monate stan-



▲ Mitglieder der Energiegenossenschaft Main-Kinzigtal eG vor den Bauteilen ihrer ersten Windkraftanlage. Foto: Energiegenossenschaft Main-Kinzigtal eG

den unter dem Motto, das angedachte Geschäftsmodell zu überprüfen. Dabei sollten folgende Fragen beantwortet werden: Findet das Modell Interesse bei weiteren Genossenschaften? Finden sich Projektentwickler, die mit der REGE Kooperationen eingehen? Finden sich Finanzierungspartner? Wird der Zusammenschluss von Bürgerbeteiligungsunternehmen bei Ausschreibungen von Staatsforstflächen berücksichtigt? Erst wenn sich diese Fragen positiv beantworten lassen, soll die Genossenschaft bei einem Genossenschaftsverband die Eintragung verfolgen.

Handlungsfähigkeit geschaffen

Wohlwollende Rückmeldungen von Genossenschaften gibt es in ausreichender Anzahl, obwohl bisher keine

Werbung gemacht wurde. Das Thema »Dachgenossenschaft« für ausgewählte Fragestellungen befindet sich bei vielen Genossenschaften ganz oben auf der Tagesordnung. Die Verhandlungen mit Projektentwicklern waren sehr informativ. Nach zähen und harten Verhandlungen gibt es mittlerweile drei Projektentwickler als Kooperationspartner, mit denen sich eine faire Zusammenarbeit abzeichnet. Dabei sind die Konditionen sogar besser als erwartet. Die GLS Bank steht

dem Verbund als strategischer Finanzierungspartner zur Seite. Auch regionale Sparkassen und Volksbanken sind an einer Zusammenarbeit sehr interessiert.

Dreimal grünes Licht also. Nur die vermeintlich leichteste Aufgabe des Zugangs zu Projektrechten bei Staatsforstflächen hat bisher unangenehm überrascht. Aus den gesprochenen Worten des Ministerpräsidenten und Umweltministers, den schriftlich dokumentierten Absichten im Windenergieerlass oder der vom LUBW Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg und dem Staatsministerium herausgegebenen Broschüre »Bürger machen Energie« entstand die Erwartung, dass die Landesregierung ihren Gestaltungsspielraum nutzt und der ForstBW, die Organisation, die die Waldflächen im Besitz des Landes

verwaltet, regionale Bürgerbeteiligung bei seinen Zuschlagskriterien berücksichtigt. Das ist allerdings bisher in keinerlei Weise der Fall.

Bürgerbeteiligung als »Papiertiger«

Die Kriterien für den Zuschlag einer Windparkfläche weisen ein starkes Übergewicht auf die Pachtzahlungen auf. Als weitere Kriterien werden noch die bisher erbrachten Vorleistungen der Projektentwicklung berücksichtigt, die in den sechs Wochen zwischen Ankündigung und Abgabe der Angebote zu leisten sind. Bürgerbeteiligung, regionale Wertschöpfung, lokale Verwurzelung und Akzeptanzschaffung werden nur zur Kenntnis genommen. Das Konzept der REGE BW von Kooperation mehrerer Bürgerenergieunternehmen, unterstützte professionelle Projektentwicklung und Zusammenarbeit mit genossenschaftlichen Banken bei der Finanzierung findet viel Anerkennung, doch die Realität der Ausschreibungen wirkt wie eine kalte Dusche.

Wenn bei einer Brücke drei Elemente stehen, das vierte Element aber fehlt, lässt sich der Weg nicht fortführen. So stellt es sich für die REGE BW gegenwärtig dar. Ein positiver Nachweis für die Tragfähigkeit des Geschäftsmodells konnte bisher nicht erbracht werden. Aufgeben? Auf der Agenda der Kooperation steht noch, der rot-grünen Landesregierung die Widersprüchlichkeit zwischen Ankündigung und Ausführung aufzuzeigen und Änderungsdruck aufbauen. Erst wenn sich dies als vergebliches Unterfangen erweist, wird Mitte 2014 entschieden, das Kooperationsexperiment einzustellen. ●

EGBB ENERGIEGENOSSENSCHAFT BERLIN-BRANDENBURG

»Was einer nicht schafft, schaffen viele« Kooperation als Chance für Windenergieprojekte

Die Energiegenossenschaft ist ein Organisationsmodell, das den Anforderungen einer dezentralen und bürgereigenen Energieversorgung besonders entspricht. Menschen aus Berlin-Brandenburg nutzen diese Unternehmensform, um grüne Energieprojekte umzusetzen und eine unabhängige Energieversorgung aufzubauen. Die Initiative kam Ende 2012 aus der Berliner Unternehmensgruppe Corporate Energies heraus, die im Bereich der Erneuerbaren Energien tätig ist.

MICHAEL KLEIN, REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN ● Den ersten Anstoß für die Gründung einer Energiegenossenschaft gab die Ausgabe einer Direktbeteiligung an einer 2 Megawatt-Windenergieanlage in Brandenburg. Als Privatplatzierung strukturiert, also als Beteiligung unter Ausschluss einer Börse an einige wenige Privatpersonen oder Institutionen direkt vergeben, konnten sich hier Investoren an einer GmbH & Co. KG beteiligen. Das Projekt überzeugte. Mit der Absicht, sich selbst zu kleineren Beträgen an der Windenergieanlage zu beteiligen, gründeten Mitarbeiter und Freunde gemeinsam mit den Verantwortlichen der Unternehmensgruppe Corporate Energies die EGBB Energiegenossenschaft Berlin-Brandenburg eG.

Beteiligung als Einstieg

Mit der Direktbeteiligung an der 2 MW Windenergieanlage in der Prignitz in Höhe von 30.000 Euro erfolgte die erste Investition der EGBB. Im Rahmen des Repowerings, also des Austauschs alter Anlagen zur Stromerzeugung durch neue Anlagen mit höherer Energieausbeute, ersetzt die Anlage drei Bestandsanlagen. Darunter befindet sich eine Anlage, die als eine der ersten in Brandenburg in den 90er Jahren errichtet wurde. Mit einem höheren Wirkungsgrad und auf optimierten Raum wird an dieser Stelle zukünftig eine jährliche Stromerzeugung von 6 Mio. kWh erwartet. Das entspricht der Versorgung von knapp 2.000 Haushalten. Die positiven Erfahrungen aus der Gründung und Beteiligung, führten so zum Vorhaben weiterer Energieprojekte im Bereich Wind-, Solar-, und Bioenergie.

Seit April 2013 können sich Berliner und Brandenburger Bürger und Unternehmen nun mit dem Erwerb von mindestens drei Geschäftsanteilen zu 100 Euro an der Investition in saubere, nachhaltige und regionale Energieprojekte beteiligen. Geplant ist eine Rendite seitens der Energiegenossenschaft von 4 % im Jahr. Die EGBB soll die dezentrale und bürgereigene Energieversorgung in der Region fördern, ihre Mitglieder an der Energieerzeugung sowie in den Entscheidungsprozess einbinden und diese langfristig mit grünem Strom aus den eigenen Anlagen versorgen.

Vorstand, Aufsichtsrat, die Projektentwicklung sowie

Marketing und Vertrieb arbeiten bisher noch ehrenamtlich. Langfristig verfolgt die EGBB das Ziel, den Geschäftsbetrieb auf die eigenen Beine zu stellen und sich wirtschaftlich selbst zu tragen. Zur Minimierung der unternehmerischen Risiken bedarf es der Streuung von Investitionen in verschiedene Energieprojekte und deren ausführliche wirtschaftliche sowie rechtliche Bewertung. Gleichzeitig sind größere Projekte notwendig, um den wirtschaftlichen Ertrag der Energiegenossenschaft zu steigern. Der Windenergiebereich bietet hierfür gute Möglichkeiten, birgt aber auch besondere Herausforderungen.

Professionalisierung erwünscht

Bei der Finanzierung mehrerer Einzelanlagen oder sogar eines gesamten Windparks, stoßen Energiegenossenschaften schnell an ihre Grenzen. Um die Projektfinanzierung und Realisierung zu stemmen, sind Beträge im Millionenbereich notwendig. Bereits für eine einzelne Windenergieanlage kann dabei sehr schnell eine Investitionssumme von 5 Mio. Euro und mehr erforderlich werden. Die Finanzierung erfolgt in der Regel im Verhältnis 20 % Eigenkapital und 80 % Fremdkapital. Für die Energiegenossen-

schaft bedeutet dies, sie muss für ein solches Projekt allein schon eine Million Euro Genossenschaftskapital oder mehr aufbringen. Die Einwerbung des erforderlichen Kapitals kann bei der oft anzutreffenden kleinen Stückelung der Genossenschaftsanteile schnell zur unüberwindbaren Hürde werden.

Risiken großer Energieprojekte

Für eine Energiegenossenschaft, häufig im Ehrenamt geführt, birgt die Projektierungsphase weitere Unwägbarkeiten. Aufgaben wie die Suche nach einem passenden Standort, der Abschluss eines Pachtvertrages, die Einholung von Wind-, Umwelt-, Schall- und Schattengutachten, die Erteilung der Einspeisegenehmigung vom Energieversorger bis hin zum Einreichen eines Bauantrages, muss die Energiegenossenschaft zunächst in Eigenleistung erbringen. Das Risiko, dass es nach Erbringung dieser Vorleistungen zur Versagung der Baugenehmigung kommt, kann für eine Energiegenossenschaft das Aus bedeuten.

Zur Verringerung der Risiken, bietet es sich daher an, die Projektentwicklung extern als Erfolgsauftrag zu vergeben. Entscheidend ist, zu welchem Preis pro MW die Projektleistung erbracht wird. Eine Alternative zur Umsetzung in Eigenregie, kann die finanzielle Beteiligung an einer Betreibergesellschaft sein. Für Betreibergesellschaften hat sich in Deutschland die Verwendung der Rechtsform der GmbH & Co. KG eingestellt. Die Finanzierung wird bei einer GmbH & Co. KG auf das konkrete Projekt abgestellt. Gleichzeitig werden die Haftungsrisiken für die Gesellschafter minimiert.

Rechtliche Hemmnisse

Bei einer bloßen finanziellen Beteiligung einer Energiegenossenschaft an einer GmbH & Co. KG fehlt es jedoch an der Unmittelbarkeit der Zweckverwirklichung der Genossenschaft. Auch ist damit kein entscheidender Einfluss an der Verwirklichung und den Betrieb von Erneuerbaren-Energien-Anlagen verbunden. Dies widerspricht den Anforderungen des Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB). Nach dem

KAGB, das am 22. Juli 2013 in Kraft getreten ist, unterliegt eine Genossenschaft der Bundesanstalt der Finanzdienstleistungsaufsicht, sobald sie bei Kapitalanlegern Geld einsammelt, um sich an Energieprojekten zu beteiligen. Sie ist damit nicht, wie gefordert, in erster Linie operativ tätig. Eine Beteiligung ist zwar grundsätzlich möglich, kann aber nur als Ergänzung zum Betrieb eigener Anlagen gesehen werden.

Eine Lösung für diese Problematik lässt sich im genossenschaftlichen Grundgedanken finden – was einer nicht schafft, das schaffen viele. Aufgrund der skizzierten Herausforderungen ist bei der EGBB Energiegenossenschaft Berlin-Brandenburg eG die Idee gereift, sich bei der Verwirklichung von Windenergieprojekten für den Zusammenschluss mehrerer Energiegenossenschaften zu engagieren. Sie will diese in einer eG & Co. KG (statt einer GmbH & Co. KG) zusammenzuführen, indem die Komplementärgesellschaft,

also der persönlich mit seinem gesamten Vermögen haftende Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft (KG), in der Rechtsform der Genossenschaft organisiert wird. Diese wird im Folgenden Wind eG genannt.

Innovatives Unternehmenskonzept

Mehrere Genossenschaften beteiligen sich dann an der Wind eG mit einem kleinen Anteil zur Deckung der Gründungs- und Verwaltungskosten und sind somit Mitglied. Die Wind eG gründet, um kapitalintensive Windenergieprojekte umzusetzen, Projektgesellschaften in der Rechtsform der eG & Co. KG. Der hohe Finanzbedarf kann nun von mehreren Genossenschaften erfüllt werden, indem sie Anteile bei bestehenden oder neuen Mitgliedern einwerben. Mit dem eingeworbenen Kapital beteiligen sich die Genossenschaften als Kommanditist, also als nur mit

ihren KG-Einlagen haftende Gesellschafter, an der Projektgesellschaft eG & Co. KG. Gleichzeitig sind sie – anders als bei der üblichen GmbH & Co. KG – bei der gemeinschaftlich gegründeten Wind eG als Komplementärin auch Geschäftsführer der eG & Co. KG. Auf diese Weise ist eine operative Tätigkeit für alle beteiligten Genossenschaften gegeben. Zudem sind sie als Mitglied im Aufsichtsrat auch intensiv in die Entscheidungsprozesse eingebunden.

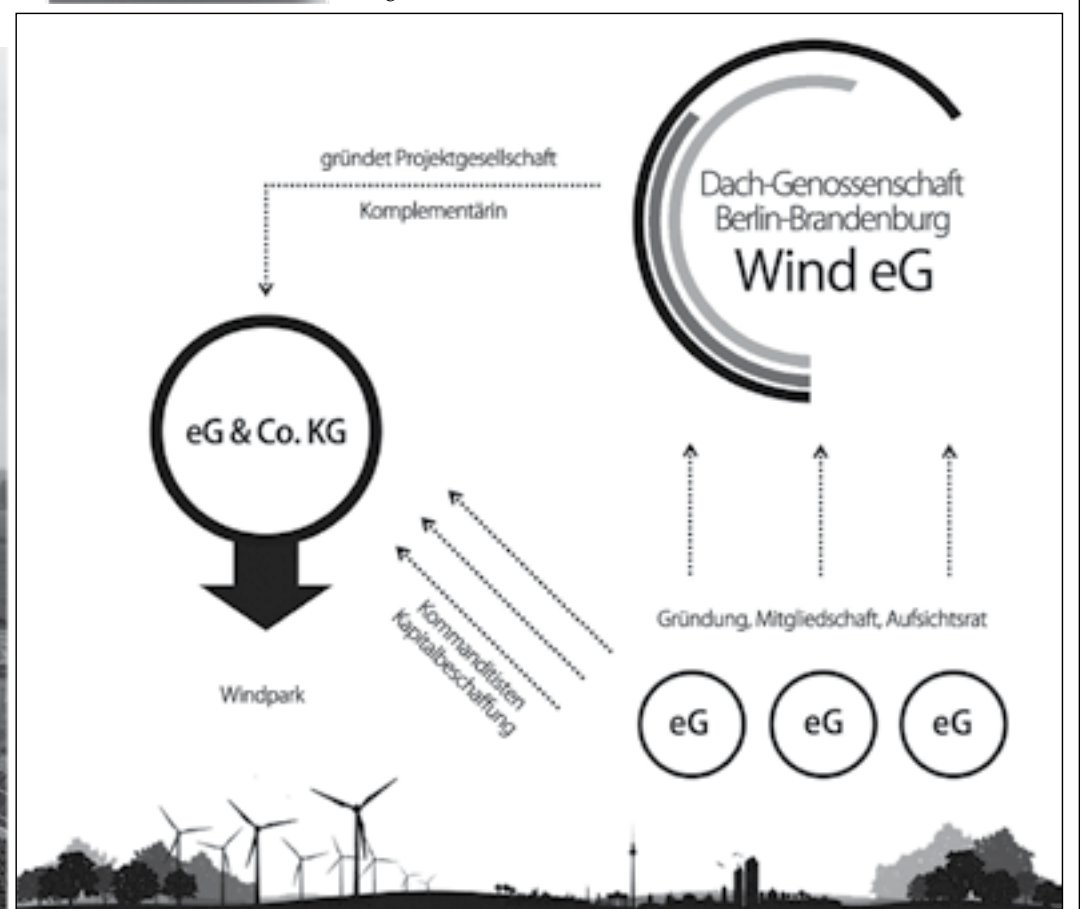
Mit dem Zusammenschluss mehrerer Genossenschaften zu einer Genossenschaft kann der hohe Finanzbedarf für kapitalintensive Windenergieprojekte sichergestellt werden. Auch gewährleistet dies die operative Tätigkeit gegenüber einer bloßen finanziellen Beteiligung an einer Projektgesellschaft. Mit diesem Modell plant die EGBB zukünftig in der Region Berlin-Brandenburg, größere Windenergieprojekte mit anderen Energiegenossenschaften auf den Weg zu bringen. Dieses Vorgehen muss noch mit der BaFin, der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, abgestimmt werden. ●



▲ Wie viele Energiegenossenschaften engagiert sich auch die EGBB im Vorfeld zur letzten Bundestagswahl für die Kampagne "Wir sind die Energiewende".



Fotos: EGBB Energiegenossenschaft Berlin-Brandenburg



▲ Innovative Struktur einer Windenergiegenossenschaft, die für mehrere Energiegenossenschaften mit Projektgesellschaften die Umsetzung von Windenergieprojekten angeht.
◀ Bau der ersten Anlage an der sich die Mitglieder der EGBB Energiegenossenschaft Berlin-Brandenburg beteiligt haben.

BUCHBESPRECHUNGEN

Praxis statt Theorie

Umsetzungshilfen Bücher für genossenschaftliche Energieprojekte

Zur Umsetzung von Energieprojekten und Energiegenossenschaften gibt es mittlerweile zahlreiche Hilfen. Die besprochenen Veröffentlichungen decken hierzu ein breites Spektrum ab. Das Buch von Staab ist ein Einstieg mit Beispielen, das vor allem als Gründungshilfe für Energiegenossenschaften dient, bei dem Handbuch Windenergie geht es um die fundierte Unterstützung von Onshore-Windprojekten. Am Schluss wird eine Praxishilfe bewertet, die aktuell die wichtigste Hilfe für die Nutzung des erzeugten Stroms darstellt.

BURGHARD FLIEGER, REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Energiegenossenschaften gründen

Nach Einschätzung des Autors Jürgen Staab bildet die Genossenschaft eine geeignete Rechtsform, um Bürgerprojekte auf den Weg zu bringen. Vorgestellte Praxisbeispiele erfolgreicher Genossenschaften untermauern dies. Das Buch ist chronologisch von der Vorgündungs- bis zur Betriebsphase aufgebaut und lässt sich begleitend zum Gründungs- und Führungsprozess lesen. Neben Spezialfällen, wie der Exkurs zur Ausschüttungshöhe der Gewinne, werden wichtige Meilensteine abgehandelt, die in Summe eine Genossenschaft erfolgreich machen. Insgesamt ein Buch mit vielen wertvollen Ratschlägen vom Praktiker für den Praktiker vor Ort.

In den einzelnen Etappen des Buches von der ersten Idee bis zur Umsetzung für geplante Projekte werden praxisorientierte Tipps gegeben. Sie beruhen auf dem Erfahrungsschatz des Autors – selbst Vorstand einer Energiegenossenschaft. Es gibt zahlreiche Hilfen zu Ressourcen- und Standortentscheidungen, zu Rechtsform- und Technologiefragen sowie zur Art der Finanzierung und Förderung. Die vorliegende 2. Auflage wurde völlig überarbeitet, lesbarer gemacht und durch weitere Kapitel ergänzt. Zurzeit ist diese Veröffentlichung die wichtigste Monographie zum Thema Energiegenossenschaften. Jürgen Staab: Erneuerbare Energien in Kommunen. Energiegenossenschaften gründen, führen und beraten, Heidelberg (Springer-Verlag GmbH, Heidelberg), 2. Aufl. 2013, 49,99 Euro.

Windenergie im Binnenland

Die neue Fachpublikation BWE Marktübersicht speziell - Windenergie im Binnenland begleitet Interessierte durch alle Phasen eines Windparkprojekts. 30 Experten aus der Windbranche geben darin ihr Wissen in der Planung von Windenergie im Binnenland an Akteure aus Energiegenossenschaften und potentielle Projektierer weiter. Schwerpunkte der rund 400 Seiten sind:

- Projektplanung von Windparks mit Praxistipps zur Flächensicherung
- Möglichkeiten und Grenzen der Windmessung inkl. Tipps zur Fehlervermeidung
- Standortbewertung: so wird der Ertrag berechnet
- Umgang mit Windenergieemissionen
- Windenergie und Luftverkehr-Herausforderungen mit der Höhe
- Planungsrecht: Grafische Darstellung der Planungskaskade
- Akzeptanz: Bürger für das Projekt begeistern
- Pachtzahlungsmodelle: aktuelle Entwicklungen von Pachthöhen

Das Thema Trägerstrukturen einschließlich des Themas Genossenschaft kommt eindeutig zu kurz. Das Verzeichnis potentieller Firmen als Auftragnehmer ist unvollständig. Es legt wie die Auswahl der Auswahl mancher Autoren die Vermutung nahe, Marktdominante Unternehmen hatten einen gewissen Einfluss. Aufmachung und Lesbarkeit sind positiv hervorzuheben. Die Checklisten und viele Tipps aus der Praxis machen die Veröffentlichung dennoch zu einer wichtigen Hilfe, die bei der Planung von Windenergieprojekten hervorragend genutzt werden kann. Bundesverband Wind-

Energie (Hrsg.): Windenergie im Binnenland. Handbuch der Wirtschaftlichkeit und Projektplanung an Binnenlandstandorten, Berlin 2013, 59,00 Euro.

Stromlieferung durch Energiegenossenschaften

Photovoltaik-Projekte sind für Energiegenossenschaften auch im Jahr 2014 wirtschaftlich umsetzbar. Die Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie e.V. (DGS) hat zu diesem Zweck Hilfen anhand erfolgreicher Betreiberkonzepte erstellt. Dabei ist auch ein Solarstromliefervertrag speziell für Genossenschaften. Dieser enthält alle wesentlichen Regelungen, die eine Solarstromlieferung erfordert. Er wurde im Umfang überschaubar gehalten, so dass für den Umgang mit Kunden und Vertragspartnern eine einfache Handhabung gegeben ist.

Eine Anleitung gibt es ergänzend unter dem Titel »Photovoltaik. Stromlieferung und neue Geschäftsmodelle. Leitfaden und Anwendungshilfe des BSW.« Sie führt hervorragend unter rechtlichem Blickwinkel in das Thema ein und erläutert alle einzuhaltenden Anforderungen bei Lieferung an den Letztverbraucher. Der Leitfaden bietet zudem einen ausführlichen Kommentar und die Erörterung vieler Details. Vor allem aber wird das gesamte Spektrum möglicher Einsatzmöglichkeiten auf 48 Seiten aufgezeigt. Vorteile des Ganzen, die jeweilige Energiegenossenschaft kann mit einer attraktiven Vergütung aus PV-Stromlieferpreis und EEG-Vergütung rechnen. Der Solarstromnutzer (z.B. Gebäudeeigentümer oder -pächter) vermindert langfristig seine hohen Stromkosten. Eine win win Situation für alle Beteiligte.

Ergänzend zum Leitfaden stehen drei Vertragsmuster zur Verfügung: 1) Solarstromlieferung an Dritte (vor Ort), 2) PV-Anlage mieten und 3) PV-Anlage teilmieten. Hinzu kommt ein Excel-Rechentool zum Einzelpreis von 10 Euro. Auch jeder einzelne Vertrag ist zu bezahlen. Das macht das Angebot ein wenig unübersichtlich. Dennoch: Die DGS bietet damit eine tolle Hilfe an, durch die sich Solarprojekte häufig weiterhin wirtschaftlich betreiben lassen. Der zusätzliche Vorteil: Eine Genossenschaft entwickelt sich so weiter zu einem Prosumer-Modell (Produzenten-Konsumenten-Modell) – entscheidend für die Zukunft der dezentralen Energiewende. Die Bestellung der Musterverträge und das Abrufen weiterer Informationen sind möglich über www.dgs-franken.de. Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie, Landesverband Franken e.V., DGS, Landesverband Franken, e.V., Landgrabenstraße 94, 90443 Nürnberg. ●



▲ Das Netzwerk „Energiewende jetzt“ mit Teilnehmer/innen einer Qualifizierung zu/r Projektentwickler/in Energiegenossenschaften besucht bei einer Exkursion eine der ersten Windkraftanlagen in Bayern. Foto: Burghard Flieger

QUALIFIZIERUNG

Gemeinsam Wind ernten

Energiegenossenschaften erschließen das Geschäftsfeld Windenergie

Organisatorisches

Termin und Ort: 5. - 7. März 2014 in Essen, BEW Bildungszentrum für die Entsorgungs- und Wasserwirtschaft

Teilnahmebeitrag: 880,00 Euro, einschließlich Übernachtung/Verpflegung 580,00 Euro für Privatpersonen aus NRW. (Der reduzierte Teilnahmebeitrag gilt auch für ehrenamtliche Vorstände und Aufsichtsräte von Energiegenossenschaften aus NRW)

Anmeldung: BEW, Bildungszentrum für die Entsorgungs- und Wasserwirtschaft GmbH, Bildungsstätte Essen, Frau Monika Flocke, Wimberstr. 1, 45239 Essen, Fon 0201 8406-803, Fax 0201 8406-817, E-Mail: Flocke@BEW.de, www.bew.de.

Veranstalter: innova eG, Entwicklungspartnerschaft für Selbsthilfegenossenschaften das Netzwerk »Energiewende jetzt«. ●

Wie können Energiegenossenschaften professionell und erfolgreich Windprojekte entwickeln und betreiben? Welches Know-how brauchen sie dafür? Welche Risiken und Hürden gibt es? Wie können Genossenschaften solche Millionenprojekte finanzieren? Vom 5.-7. März 2014 findet ein Seminar Windenergie im BEW Bildungszentrum für die Entsorgungs- und Wasserwirtschaft in Essen statt, in dem diese Fragen ausführlich behandelt werden.

BURGHARD FLIEGER, REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN ● Das Thema Wind erweist sich bisher für Genossenschaften als ambitioniert. Investoren sichern sich mit unredlichen Versprechen ausgewiesene Flächen für die Nutzung von Windenergie. Projektierer geben möglichst wenig Know-how preis, das für die Planung, Entwicklung und das Betreiben von Windkraftanlagen erforderlich ist. Sie wollen den attraktivsten Teil der Wertschöpfung für sich behalten. Dies ändert sich, wenn Energiegenossenschaften durch Wissen und Kooperation verstärkt das Thema Windkraft für sich erschließen.

Lebendige Mischung

Das Seminar »Gemeinsam Wind ernten« gibt Energiegenossenschaften und ihren Projektentwickler/innen das nötige Wissen an die Hand, um Windkraftanlagen wirtschaftlich erfolgreich auf den Weg zu bringen und zu betreiben. Ziel ist, Energie in Bürgerhand auch im Windsektor konsequent zu verwirklichen.

Im Seminar bekommen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen fundierten Überblick über verschiedene genossenschaftliche Geschäftsmodelle im Bereich Wind. Sie lernen, wie sich Energiegenossenschaften das Geschäftsfeld professionell erschließen können. Die lebendige Mischung von Vorträgen, Diskussionen, Workshops und Best Practice Beispielen erschließt ihnen die Vielfalt der Gestaltungsmöglichkeiten durch Energiegenossenschaften im Bereich Windenergie.



▲ BWE-Buch Windenergie im Binnenland

Seminarinhalt

Mittwoch 5. März 2014

1. Windige Wertschöpfung – Geschäftskonzepte von Energiegenossenschaften im Windsektor
Dr. Burghard Flieger, Vorstand innova eG und Solar-Bürger-Genossenschaft eG
2. Best Practice: Windenergiegenossenschaften
Das Beteiligungsmodell: Catharina Hoff BürgerWIND Westfalen eG, Lichtenau
Das Betreibermodell: Stefanie Usbeck, Susanne Korhammer, Windfang eG, Hamburg/Oldenburg
Das Kooperationsmodell: Hanno Brühl, ENERGIEkooperativ, Tübingen (angefragt)
3. Demokratisch Strom erzeugen – Sind jetzt die Bürger an der Reihe? Der Windenergieerlass NRW und seine Möglichkeiten für die Energiegenossenschaften
Anja Aster, EnergieAgentur NRW
4. Wer Wind sät, wird Sturm ernten? Bürgerinitiativen gegen Windenergie – eine Herausforderung auch für Energiegenossenschaften
Dr. Burghard Flieger und Torsten Schwarz

Donnerstag 6. März 2014

1. Wer die Pacht hat, hat die Macht. Flächensicherung und Pachtvertrag als Grundlage der Errichtung eines Bürgerwindparks
Andreas Bauer, Agrokraft GmbH, Bad Neustadt/Saale
2. Arbeitsgruppen: Inhalte und Gestaltung eines Pachtvertrags – Fragen und Einstiegsdiskussionen anhand einer Vorlage
3. Kleine Änderungen – große Wirkungen. Gestaltungsvarianten eines Pachtvertrags für Bürgerwindprojekte
Torsten Schwarz, REGE BW Regionalentwicklungsgenossenschaft Baden-Württemberg, Freiburg
4. Kooperation und Eigeninteresse – Projektentwicklung von Windkraftanlagen. Projektierer als Dienstleister für Energiegenossenschaften
Roman Antczak, Windwärts GmbH, Hannover
5. Partner auf Augenhöhe – Projektierer steuern und begleiten. Vorgehen und Projektentwicklung bis zur Genehmigung eines Windparks aus energiegenossenschaftlichem Blickwinkel
Wolfgang Reich, Energiegenossenschaft Engelsbrand eG, Engelsbrand
6. Arbeitsgruppen: Verträge und Inhalte zur Absicherung der Zusammenarbeit mit dem Projektierer

Freitag 7. März 2014

1. Schönrechnen – Schlechtabsichern? Kalkulation der Wirtschaftlichkeit von Windanlagen. Workshop zu den Einflussfaktoren auf die Wirtschaftlichkeit und zur Risikoabschätzung
Torsten Schwarz, REGE BW Regionalentwicklungsgenossenschaft Baden-Württemberg, Freiburg
2. Auf die Mischung kommt es an. Finanzieren von Windprojekten durch Genossenschaftsanteile und Nachrangdarlehen
Micha Jost, Energiegenossenschaft Starkenburg eG
3. Wie sag' ichs meiner Bank? Projektfinanzierung von Windkraftanlagen aus Bankensicht
Christian Marcks, GLS Gemeinschaftsbank eG, Hamburg
4. Recht muss recht bleiben. Auswirkungen des KAGB auf Energiegenossenschaften
Christoph Gottwald, RWGV Rheinisch Westfälischer Genossenschaftsverband e.V., Münster
5. Kooperation und Vernetzung. Energie in Bürgerhand durch Stärkung der Zusammenarbeit
Dr. Burghard Flieger, Vorstand innova eG und Solar-Bürger-Genossenschaft eG

KLEINANZEIGEN

BäckerIn gesucht - Echtes Brot backen

Brot auf traditionelle Weise backen! Ohne künstliche Zusatzstoffe! Vom Getreide bis zum Backwerk aus einer Hand! Das gibt's bei uns auf dem Lindenhof, einer Bioland-Hofgemeinschaft am Elm (Landwirtschaft und Gemüsebau).

Zur Verstärkung unserer zwei »alten Hasen« in der Backstube suchen wir eine/n ausgebildete/n Bäcker/in mit Spaß am traditionellen Bäckerhandwerk, Talent für Organisation und Vermarktung und Lust darauf, eine etablierte kleine Backstube weiter zu entwickeln.

Uns zeichnet große Kundennähe aus (Direktvermarktung in unserem Hofladen, auf Wochenmärkten und über Naturkostläden der Region). Bei uns findest Du Raum für eigene Ideen und Weiterbildung und ein Leben in Gemeinschaft.

Wir freuen uns auf Deine Bewerbung! Nähere Infos unter:

www.eilum.de

Geschichte(n) bewahren - ein Generationen verbindendes Projekt

Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff zeichnet sie auf, Grafikerin Anne Kaute gestaltet und illustriert; für CONTRASTE-LeserInnen gibt es 10% Preisnachlass.

arianedettloff@ina-koeln.org

(02 21) 31 57 83

www.werkstatt-fuer-memoiren.de

Möchtet Ihr mehr wissen? Vorträge, Workshops und Seminare zu Themen rund um Solidarische Ökonomien:

Genossenschaften, Hausprojekte, Rechtsform und Finanzierung, Kultur der Kooperation, Mondragón im spanischen Baskenland, Bedingungsloses Grundeinkommen, Geschichte alternativer Ökonomien, Idee und Praxis Solidarischer Ökonomien.

Elisabeth Voß:

post@elisabeth-voss.de

0049 - (0) 30 - 216 91 05

www.elisabeth-voss.de

Redaktionsbüro übernimmt Recherchen

Nennt uns Euer Thema oder Interessengebiet! Wir stellen thematische Fernseh- und Radiosendungen für den Folgemonat zusammen. Wir werten Alternativpresse und linke Zeitungen aus. Einzelheiten unter 0551-55121 o. service@rff-online.de

Paris - jenseits touristischer Klischees erleben.

Maurice Schuhmann bietet alternative Paris-Touren auf den Spuren von SozialistInnen, AnarchistInnen und PhilosophInnen sowie durch die Viertel der Bohème an. Nähere Informationen auf Anfrage:

maurice.schuhmann@yahoo.fr

ANZEIGEN

Der Kaffee für den täglichen Aufstand!



Zapatistischer Kaffee & Espresso
Café Libertad Kollektiv eG
Stresemannstr. 248 - 22749 Hamburg
Telefon: 040-30906892 * Fax: -93
www.cafe-libertad.de * cafe-libertad@gmx.de

Mehr als fair: Kaffee aus solidarischem Handel

- 100% Arabica-Hochlandkaffee
- aus biologischem Anbau
- Café Crema oder Espresso
- Direkt importiert
- enge Zusammenarbeit mit der Kooperativa ANWSI aus Guatemala
- Basisdemokratische Entscheidungsstrukturen
- solidarische Preisbildung

Fair Binding e.V. - Altenbraker Straße 28 - 12051 Berlin - Tel. 030/25040164
www.fairbinding.org - info@fairbinding.org

LATEIN AMERIKA NACHRICHTEN



Weitere Infos zur Zeitschrift und ein umfangreiches Archiv unter www.lateinamerika-nachrichten.de

Aktuelle Berichte, Reportagen, Kommentare und Interviews zu Politik, Gesellschaft und Kultur in Lateinamerika

Ohne Kontakt zur Außenwelt gibt es keinen Neuanfang nach der Haft. Lesen hilft, sich zu informieren und in der Welt zu orientieren.

Bitte spenden Sie deshalb »Contraste« für Gefangene zum Preis von jährlich 45 € oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an:

Freiabonnements für Gefangene e.V.
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 100 205 00, Konto 30 85 400
Kennwort: »Contraste«

LESEN HILFT
www.freiabos.de

KLEINANZEIGEN

Kosten:
• Privat bis zu 5 Zeilen 5 EUR (jede weitere Zeile 1 EUR)
• Gewerblich bis zu 5 Zeilen 21 EUR (jede weitere Zeile 2,6 EUR)

Wichtig: alle Preise zzgl. 19% MWST.
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR

Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muss allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag. Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!

Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR.
Da gibt's nämlich 'ne Rechnung.

Termin: jeweils zum 15. des Monats
Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)

Einse/nden an:
CONTRASTE e.V. • Postfach 10 45 20 • D-69035 Heidelberg

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation erscheint 11 mal im Jahr
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG, BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 51512405
IBAN DE0250890000051512405
BIC GENODEF3333

Vereinsregisternummer: Amtsgericht Heidelberg, VR 1542
USt Steuer Nummer: 32081 / 05427
CONTRASTE wird von ca. 20 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung, Vertriebsvorbereitung und Rechnungstellung erfolgt über das CONTRASTE-Büro in Kassel. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.

Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter:
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter:
www.contraste.org/redaktions-selbstverstaendnis.htm

CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. **Redaktionsschluss** ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen:

06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, (03 46 91) 25 91 93 o. (01 76) 51 45 62 53, E-Mail: richard@attac.de, www.attac.de/koennern/villa / **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Antonia Schui, E-Mail: antonia.schui@contraste.org, Christoph Chang, E-Mail: christoph.chang@riseup.net, Karl-Heinz Bächstädt, E-Mail: karl-heinz.baechstaedt@contraste.org, Johannes Dietrich, E-Mail: johannes.dietrich@contraste.org / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16, (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Yorkstr. 37, E-Mail: bernd.huettnet@contraste.org / **30167 Hannover, Redaktion Hannover**, Ulrike Kumppe, E-Mail: ulrike.kumppe@contraste.org / Pia Kuehnemann, E-Mail: pia.kuehnemann@contraste.org, **34117 Kassel, Redaktion Kassel**, Sabine Conti, E-Mail: info@scontiprojektberatung.de / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, E-Mail: kai.boehne@contraste.org / **39624 Badel, Redaktion Badel**, Steffen und Vadim, E-Mail: kontakt@netz.coop / **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorf Str. 74, (01 70) 59 38 900, E-Mail: heinz.weinhausen@contraste.org und Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, 50678 Köln, (02 21) 31 57 83, E-Mail: ariane.dettloff@contraste.org / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peterstreiff@netz-bund.de / **Österreich: A-8010 Graz**, Brigitte Kratzwald, (0043-

699 11 28 65 57, E-Mail: brigitte.kratzwald@commons.at / **A-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, (0043-46 34 18 590, E-Mail: hans.wieser@contraste.org / **Frankreich: F-75018 Paris, Redaktion Paris**, Dr. phil. Maurice Schuhmann, 39bis, Rue Championnet, 0033 - 611 46 30 46, E-Mail: maurice.schuhmann@contraste.org

Nach dem Tod von Dieter Poschen hat CONTRASTE die Arbeiten und Aufgaben, die er übernommen hatte, neu verteilt. Vieles wird von den Redaktionen in Berlin und Kassel übernommen. Wir werden Dieter und alles, was er für CONTRASTE getan hat, nie vergessen. Die Redaktion führt trotz des unersetzlichen Verlustes die Vereins- und Netzwerk-Arbeit fort und bringt CONTRASTE weiterhin als Monatszeitung heraus.

Fachredaktionen:

Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burg- hardt Flieger, Erwinstr. 29, (07 61) 70 90 23, Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaften@t-online.de / **Kritik der Geldlogik:** 45549 Sprockhövel, Uli Frank, Wittener Straße 169, E-Mail: ulifrank@unverdiend.de / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften:** 13359 Berlin, Th-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinghausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Solidarische Ökonomie:** Elisabeth Voß, Tel. (030) 216 91 05, E-Mail: elisabeth.voss@contraste.org, www.elisabeth-voss.de

V.I.S.D.P.: Antonia Schui und Ulrike Kumppe über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung. Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei den AutorInnen, Kontakt über CONTRASTE e.V., Heidelberg

Anzeigenverwaltung: CONTRASTE e.V., E-Mail: anzeigen@contraste.org, Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 8/11

Herstellung:

CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg; Bildredaktion: bildredaktion@contraste.org, Giovanni Lo Curto IT-Betreuung: Vadim und Steffen von netz.coop eG, http://netz.coop webmaster@contraste.org Layout: layout@contraste.org, Adrien (Taz) Druck: Freiburger Druck GmbH & Co. KG

Kontakt:

Allgemeine Anfragen: info@contraste.org Abonnieren: abos@contraste.org Redaktion: redaktion@contraste.org Buchbesprechungen: rezenionen@contraste.org Termine: termine@contraste.org Verein: vorstand@contraste.org

Internet:

www.contraste.org twitter: https://twitter.com/contraste_org Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter: http://lists.contraste.org/cgi-bin/mailman/listinfo/contrasteliste

Vereidigung und Ermächtigung für DolmetscherInnen und ÜbersetzerInnen



Online bestellen: www.brd-dritte-welt.de

Eine Tageszeitung, die sich gegen Krieg und Ausbeutung positioniert? Lernen Sie uns kennen!

Sie lügen wie gedruckt. Wir drucken, wie sie lügen.

3 Wochen kostenlos testen
Das junge Welt-Testabo ist kostenlos, unverbindlich, muß nicht abbestellt werden, endet automatisch



Jetzt bestellen unter: www.jungewelt.de/testabo
Telefonisch unter 030/53 63 55 50



TIERRA y LIBERTAD
Nachrichten aus Chiapas, Mexiko und der Welt

20 Jahre Aufstand in Chiapas / Die "Kleine zapatistische Schule" / Stimmen aus Chiapas / Verschwindenlassen in Mexiko / Industrielle Schweinemast in Mexiko und anderswo / TAFTA: Globalisierung 2.0 / Menschenrechtsbeobachtung in Guatemala / Terror in Honduras / "Krise" und Solidarität in Spanien / mehr

Nummer 73 - Winter 2013/14 jetzt erhältlich:
tierra-y-libertad.de * abolandundfreiheit@riseup.net

